

91. Sitzung

am Dienstag, dem 17. April 2007, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6911	Adi Sprinkart (GRÜNE)	6923
		Konrad Kobler (CSU)	6925
		Dr. Hildegard Kronawitter (SPD)	6926
		Alexander König (CSU)	6927
		Staatsminister Erwin Huber	6928
Nachruf auf die ehemaligen Abgeordneten Ludwig Schraut und Ludwig Schwabl	6918		
		Antrag der Staatsregierung Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2004 (Drs. 15/4203)	
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Joachim Unterländer und Alexander König	6918	Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/7723)	
		und	
Begrüßung einer Delegation von spanischen Politikern und Medienvertretern	66911	Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haus- haltsrechnung 2004 für den Einzelplan 11 (Drs. 15/4420)	
Ministerbefragung auf Antrag der SPD-Fraktion „ Bayern aber gerechter: Für die Einführung ge- setzlicher Mindestlöhne auch in Bayern “		Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/7722)	
Dr. Thomas Beyer (SPD)	6911	Robert Kiesel (CSU)	6931
Staatsministerin Christa Stewens	6912, 6914, 6915, 6916, 6917, 6918	Werner Schieder (SPD)	6932
Joachim Unterländer (CSU)	6913	Thomas Mütze (GRÜNE)	6934
Eike Hallitzky (GRÜNE)	6914		
Christa Steiger (SPD)	6915		
Martin Sailer (CSU)	6916		
Dr. Martin Runge (GRÜNE)	6917		
		Abstimmung über den Antrag der Staatsregierung (Drs. 15/4203) i. d. F. der Beschlussempfehlung 15/7723:	
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der CSU-Fraktion		Beschluss zur Nr. 1	6936
„ Tourismus in Bayern – Wirtschaftsfaktor mit Zukunft “		Beschluss zur Nr. 2 Buchst. a)	6937
Franz Josef Pschierer (CSU)	6919	Beschluss zur Nr. 2 Buchst. b)	6937
Gudrun Peters (SPD)	6920	Beschluss zur Nr. 2 Buchst. c)	6937
Klaus Stöttner (CSU)	6922	Beschluss zur Nr. 2 Buchst. h)	6937
		Beschluss zur Nr. 2 Buchst. n)	6937

Beschluss zur Nr. 2 Buchst. o)	6937
Beschluss zur Nr. 2 Buchst. p)	6937
Beschluss zur Nr. 2 Buchst. u)	6937
Beschluss en bloc zur Nr. 2 Buchst. d) mit g), i) mit m), q) mit t) sowie v) und w)	6937

Beschluss zum Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (Drs. 15/4420)	6937
--	------

Gesetzentwurf der Abg.

Joachim Herrmann, Joachim Unterländer u. Frakt.
(CSU),

Franz Maget, Kathrin Sonnenholzner u. Frakt. (SPD);
Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Renate Ackermann
u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gesetz über den Landesgesundheitsrat
(Drs. 15/7870)

– Erste Lesung –

Joachim Unterländer (CSU)	6937
Kathrin Sonnenholzner (SPD)	6938
Barbara Rütting (GRÜNE)	6939

Verweisung in den Sozialausschuss	6939
---	------

Bestellung von Mitgliedern für den **Stiftungsrat** **der Sudetendeutschen Stiftung**

Beschluss	6939
-----------------	------

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7
GeschO **nicht einzeln beraten** werden (s. a. Anla-
ge)

Beschluss	6940
-----------------	------

Dringlichkeitsantrag der Abg. Susann Biedefeld u. a.
u. Frakt. (SPD)

**Einbeziehung des Bayerischen Tierschutzbundes in
die Steuerungsgruppe Wildtiermanagement/Große
Beutegreifer** (Drs. 15/7237)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 15/7739)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt.
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Managementpläne für Wildtiere (Drs. 15/5714)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 15/7725)

Susann Biedefeld (SPD)	6940, 6943
Ruth Paulig (GRÜNE)	6941
Dr. Marcel Huber (CSU)	6942
Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard	6943

Beschluss zum SPD-Dringlichkeits- antrag 15/7237	6944
---	------

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeits- antrag 15/5714	6944
--	------

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr,
Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Klimaschutz: Nachtflugverbot (Drs. 15/7250)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
(Drs. 15/7798)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE)	6944
Franz Josef Pschierer (CSU)	6945
Dr. Thomas Beyer (SPD)	6945

Beschluss	6946
-----------------	------

Antrag der Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin
Pranghofer, Reinhold Strobl u. a. (SPD)

Richtlinien für den Schwimmunterricht

(Drs. 15/7187)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 15/7756)

Christa Naaß (SPD)	6946
Berthold Rütth (CSU)	6647, 6948
Christa Naaß (SPD) (Zwischenbemerkung) ..	6948
Simone Tolle (GRÜNE)	6948

Beschluss	6949
-----------------	------

Schluss der Sitzung	6949
---------------------------	------

(Beginn: 15.03 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 91. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk, Fernsehen und Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Die Personalien rufe ich nach dem nächsten Tagesordnungspunkt auf.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Gäste aus dem Ausland begrüßen. Im Ehrengastbereich hat auf Einladung der Deutschen Botschaft in Madrid eine Delegation von spanischen Politikern und Medienvertretern Platz genommen. Unter Ihnen befinden sich auch Abgeordnete des Kongresses und des Senats. Begleitet wird die Delegation vom deutschen Botschafter in Spanien, Herrn Dr. Wolf-Ruthart Born. Ich heiße Sie, meine Damen und Herren, herzlich hier im Bayerischen Landtag willkommen.

(Beifall)

Das Präsidium des Bayerischen Landtags war im Oktober des letzten Jahres in Madrid und besuchte dort auch das Parlament. Wir haben außerordentlich wertvolle Informationen und Einblicke mitgenommen. Ich wünsche Ihnen im Namen des ganzen Hohen Hauses einen angenehmen Aufenthalt. Ich hoffe, Sie erleben viel bayerische Gastfreundschaft und bekommen viele gute Informationen. Herzlich willkommen und guten Aufenthalt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Ministerbefragung

Die vorschlagsberechtigte Fraktion der SPD hat hierfür als Thema benannt: **„Bayern aber gerechter: Für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne auch in Bayern“.**

Zuständig für die Beantwortung ist die Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Frau Kollegin Stewens. Herr Kollege Dr. Beyer hat gebeten, die erste Frage vom Rednerpult aus stellen zu dürfen. Das können wir durchaus so flexibel handhaben. Aber in der Folge geht das nur noch von den Plätzen aus, weil die Redner ständig wechseln können. Ich darf nochmals an die Modalitäten erinnern. Jeder Fraktion stehen mindestens zwei Wortmeldungen zu; es sind also mindestens zwei Fragerunden. Der einzelne Fragesteller darf nicht länger als drei Minuten reden. Als zeitlicher Rahmen ist wie immer eine Dauer von circa 30 Minuten vorgesehen.

Erster Fragesteller: Herr Kollege Dr. Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin für die Bayerische Staatsregierung! Die Bayerische Verfassung sieht Mindestlöhne vor, um die Mindestlebenshaltung zu gewährleisten. Die Mehrheit der Menschen in Bayern ist der Meinung, dass der gesetzliche Mindestlohn den gerechten Lohn abbildet.

Ich bitte Sie deshalb, den Menschen in Bayern folgende Fragen zu beantworten:

Wie bewertet es die Bayerische Staatsregierung, dass 20 von 27 EU-Mitgliedstaaten einen gesetzlichen Mindestlohn haben? Hält die Staatsregierung diese Länder allesamt für wirtschaftlich unvernünftig oder für dumm? Wie bewerten Sie, meine Damen und Herren der Bayerischen Staatsregierung, dass der US-Sachverständigenrat, die britische Low Payment Commission und jüngst eine Initiative amerikanischer Wirtschaftsnobelpreisträger die Anhebung von Mindestlöhnen positiv beurteilen? Wie bewerten Sie, dass Premierminister Blair in seiner Fünfjahresbilanz zur Einführung des Mindestlohns feststellt, sowohl Beschäftigung als auch Mindestlöhne seien in Großbritannien gestiegen? Und: Arbeit lohne sich wieder.

(Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber nimmt auf der Regierungsbank Platz)

– Ich begrüße den Bayerischen Ministerpräsidenten, fühle mich aber gleichwohl etwas gestört. Wenn Sie mir nachsehen wollen, dass das unser Arbeitspensum, dem wir nachkommen wollen, stört.

Ich hatte auf die positiven Erfahrungen in Großbritannien hingewiesen einschließlich der Einschätzung des Chefs des Unternehmerverbandes, der die guten Erfahrungen mit dem Mindestlohn lobt, wohlgemerkt in Großbritannien und nicht in Bayern. Ich frage die Staatsregierung: Ist Ihnen bekannt, dass der Mindestlohn in Großbritannien umgerechnet 7,96 Euro beträgt? Ist der Bayerischen Staatsregierung bekannt, dass der Mindestlohn in Frankreich 8,27 Euro beträgt?

Kann die Bayerische Staatsregierung ernsthaft behaupten, dass der französische Mindestlohn zu irgendeiner nennenswerten Abwanderung von Arbeitskräften etwa aus dem Friseur-, dem Bäcker- oder dem Fleischerhandwerk, dem Reinigungsgewerbe, dem Bewachungsgewerbe oder dem Hotel- und Gaststättengewerbe aus Frankreich nach Deutschland geführt hätte? – Wenn dem aber tatsächlich nicht so ist, warum verwendet die Staatsregierung dann dieses falsche Argument einer Abwanderung von Arbeitskräften gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Bayern?

(Beifall bei der SPD)

Wie bewertet die Staatsregierung, dass Italien, dass Österreich, dass die skandinavischen Ländern als einzige EU-Staaten ohne gesetzlichen Mindestlohn außerhalb Deutschlands eine nahezu flächendeckende Tarifbindung haben, während in Westdeutschland im Jahre 2005 nur 70 % und in Ostdeutschland 54 % der Arbeitnehmer nach Tarif bezahlt wurden?

Wenn Sie alle diese Erwägungen heute mit uns diskutieren, können Sie dann weiterhin die Forderung nach einem Mindestlohn als gerechtem Lohn mit einer ernsthaften Begründung ablehnen? Und ich frage Sie deshalb zum Abschluss stellvertretend für die Menschen in Bayern: Warum können Sie den Menschen dann nicht

bewusst und ehrlich sagen, dass die Bayerische Staatsregierung, weil sie bestimmte Interessen bestimmter Kreise der Wirtschaft schonen will, Niedrigstlöhne in Bayern weiterhin ausdrücklich beibehalten will? Haben Sie den Mut und sagen Sie uns das heute in dieser Befragung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat die Frau Ministerin.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Beyer, Sie haben mit einem Hinweis auf die Bayerische Verfassung begonnen. In der Tat steht in der Bayerischen Verfassung – mir liegt der Artikel 169 vor – Folgendes: „Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.“

– „Für jeden Berufszweig“ übrigens, steht in der Bayerischen Verfassung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Die Gesamtvereinbarung zwischen den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmerverbänden über das Arbeitsverhältnis ist für die Verbandsangehörigen verpflichtend und kann, wenn es das Gesamtinteresse erfordert, für allgemein verbindlich erklärt werden. Das sind die Tarifverträge mit den nachfolgenden Allgemeinverbindlichkeitserklärungen.

Wenn man sich die Bayerische Verfassung ansieht, muss man natürlich auch sagen, dass Bundesrecht Landesrecht bricht – ich glaube, darüber sind wir uns einig –, und wir reden heute über Bundesrecht im Bayerischen Landtag. Aber grundsätzlich kann man durchaus sagen, dass wir in Deutschland auch gemäß der Bayerischen Verfassung jedem Menschen ein existenzsicherndes Mindesteinkommen zukommen lassen, nämlich über SGB II oder – verständlicher ausgedrückt – über Hartz IV, 345 Euro plus – wenn ich den Schnitt nehme – Unterkunftskosten.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das sind Transferleistungen! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hat mit Mindestlohn nichts zu tun!)

Im Endeffekt wird jedem Bürger in Bayern ein existenzsicherndes Mindesteinkommen zugesprochen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Aber nicht als Lohn! Darüber sind wir uns einig!)

Dies ist aber durchaus Sache des Staates. Ich bin auch der Auffassung, dass das weiterhin Sache des Staates sein muss und nicht Sache der Arbeitgeber und der Wirtschaft sein kann und sein darf.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das war ja nicht strittig! Das sind zwei Paar Stiefel!)

Vor diesem Hintergrund denke ich schon, dass wir in Bayern die Bayerische Verfassung umgesetzt haben und jedem Einzelnen ein existenzsicherndes Mindesteinkommen gerade über SGB II/Hartz IV zusichern.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Heute geht es um Lohn für Arbeit!)

Übrigens: Wir haben über eine Million Aufstocker in Deutschland,

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ein Argument für den Mindestlohn, Frau Ministerin!)

wobei lediglich 7,8 % der Aufstocker deutschlandweit 40 Stunden im Monat arbeiten. Der überwiegende Teil sind Minijobs und Teilzeitbeschäftigungen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Deshalb unsere Forderung nach Mindestlohn!)

Lediglich 4 % müssen von Löhnen leben, die unterhalb der SGB-II-Grenze in Deutschland liegen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau! Deswegen wollen wir Mindestlöhne!)

Der Rest – das muss man auch dazu sagen –, der überwiegende Anteil sind Rentner, sind Studenten und sind dazuverdienende Hausfrauen. Auch diese Zahlen muss man kennen. Das sind deutschlandweit insgesamt 4 %, die im Bereich der Aufstocker ein 40-Stunden-Erwerbseinkommen haben und dann eine aufstockende Grundversicherung beantragen müssen. So viel zur Bayerischen Verfassung.

Selbstverständlich ist der Bayerischen Staatsregierung bekannt, dass 20 von 27 EU-Mitgliedsstaaten einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn haben. Sie haben Frankreich zitiert. Auch da kann ich Ihnen nur sagen: Lesen Sie den OECD-Bericht. Er empfiehlt den Franzosen, den Mindestlohn abzusenken, und weist gerade auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich hin. Gleichzeitig sagt er, dass die gesetzlich festgelegten Mindestlöhne mit Ursache für die hohe Jugendarbeitslosigkeit sind.

Professor Rürup vom Sachverständigenrat empfiehlt, wenn überhaupt in Deutschland ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn zum Tragen käme, eine Höhe von 4,50 Euro. Selbst Professor Bofinger empfiehlt,

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Was heißt „selbst“? Er ist klarer Befürworter!)

wenn denn überhaupt ein gesetzlicher Mindestlohn zum Tragen käme, also beschlossen würde, 4,50 Euro. Damit sind wir weit entfernt von den Forderungen der SPD und der Gewerkschaften mit 7,50 Euro.

Sie müssen sich natürlich auch genau ansehen: Was für ein Arbeitsrecht hat zum Beispiel Großbritannien, und was für ein Arbeitsrecht haben wir in Deutschland? Großbritannien kennt so gut wie keinen Kündigungsschutz.

Dort hat man ein wesentlich flexibleres Arbeitsrecht. Vor diesem Hintergrund ist in Großbritannien „hire and fire“ durchaus gang und gäbe. Der Arbeitsschutz durch das Arbeitsrecht hat ganz niedrige Standards ebenso wie in Frankreich. Deshalb können Sie die einzelnen Situationen in den Staaten keineswegs vergleichen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Deswegen wollen Sie beides nach unten!)

– Nein, wir wollen nicht beides nach unten.

Ich denke schon, dass Sie die geschichtlichen Zusammenhänge hier in Deutschland – Stichwort: Tariffloheit – betrachten müssen. Für mich ist ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn ein Ausstieg aus der Tariffloheit Arbeitnehmer/Arbeitgeber, weil der Gesetzgeber den Mindestlohn festsetzt. Vor diesem Hintergrund denke ich, dass das der Weg in die falsche Richtung ist. Wir werden dann vor allen Wahlen politische Forderungen haben, den gesetzlichen Mindestlohn anzuheben.

Herr Kollege Dr. Beyer, schauen wir uns doch einmal die Probleme an, die wir in Deutschland haben, gerade bei den Arbeitslosen. Denken wir nicht so sehr, wie es die Gewerkschaften immer tun, die hauptsächlich die Interessen der Beschäftigten vertreten. Was ist im Bereich der Arbeitslosigkeit in Deutschland los, bei den vier Millionen Arbeitslosen?

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Großbritannien plus Beschäftigung!)

Wir haben es doch endlich geschafft, gerade durch das Fördern und Fordern gemäß SGB II, dass bei uns Geringqualifizierte mittlerweile eine Chance am Arbeitsmarkt bekommen, auch zu niedrigeren Löhnen. Denn wir können die Wirtschaft nicht dazu zwingen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzustellen und sie dann über deren Produktivität zu bezahlen. Wenn wir einen gesetzlichen Mindestlohn gerade in der von Ihnen geforderten Höhe von 7,50 Euro einführen würden, dann hieße das durchaus, dass wir zwei Millionen Arbeitsplätze gerade im Bereich der schwer vermittelbaren, der gering qualifizierten Menschen in Deutschland verlieren würden.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nicht haltbar, Frau Ministerin!)

Dann möchte ich Ihnen noch etwas zu Ihrer Frage sagen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ich habe Beispiele genannt!)

Sie müssen natürlich über unterschiedliche Ebenen diskutieren. Sie müssen auf der einen Seite sehen, was für Verwerfungen wir über das Arbeitnehmerentsendegesetz haben. Können wir noch zusätzliche Branchen in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufnehmen?

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sprechen Sie mit Frau Merkel!)

Da muss man feststellen, ob es Bereiche mit Lohndumping gibt, Stichwort Branchenüberprüfung, wie es übrigens auch im Koalitionsvertrag steht. Wir haben das jetzt im Baugewerbe, wir haben es im Reinigungsgewerbe, und ich kann mir durchaus vorstellen, dass man noch einzelne Gewerbe zusätzlich überprüfen muss, wenn es denn tatsächlich Verwerfungen gibt. Aber dies muss auch ein Stück weit nachgewiesen werden. Vom Grundsatz her sage ich Ihnen ganz klar zu – so steht es übrigens dann auch im Koalitionsvertrag –, dass wir einzelne Branchen überprüfen müssen.

Wenn ich das viel zitierte Beispiel aufgreife, die Friseurin in Sachsen mit 3,30 Euro, und da einen gesetzlich fixierten Mindestlohn einführe

(Dr. Thomas Beyer (SPD): In England!)

– nein, das ist das Beispiel, das zurzeit deutschlandweit immer zitiert wird –,

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Aber nicht heute!)

dann wird es dazu führen, dass das Friseurhandwerk, die Besitzerin, die Meisterin im Grunde keine Preise mehr erzielen kann, die auf dem Markt von den Kundinnen und Kunden bezahlt werden, dass sie ihre Arbeitnehmerinnen entlassen muss und dass die Arbeitnehmerinnen auf den Schwarzmarkt ausweichen.

Das ganz große Problem – wir wissen das und das sagt auch der Sachverständigenrat – ist ein Verdrängungswettbewerb in die Schattenwirtschaft, in die Schwarzarbeit. Genau das wollen wir bekämpfen.

Vor diesem Hintergrund geht es weniger darum, dass Dumpinglöhne zu einer Abwanderung in EU-Oststaaten führen, sondern es geht darum, dass die betroffenen Menschen in die Schattenwirtschaft und damit letztlich in die Schwarzarbeit abwandern. Gleichzeitig möchte ich Ihnen sagen, dass dieses Problem sehr differenziert betrachtet werden muss.

Abschließend kann ich Ihnen sagen, dass die Bayerische Staatsregierung – wenn wir gegen die Einführung eines Mindestlohnes eintreten – keinesfalls die Interessen der Wirtschaft vertreten würde, sondern die Interessen der gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für uns ist es das vorrangige Interesse, diese Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und die Existenz des ersten Arbeitsmarktes sicherzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächster Fragesteller: Herr Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Ursachen für die sicherlich nachvollziehbare Diskussion über die Einführung eines Mindestlohns sind das Wegbrechen von Dienstleistungen, ein Abdriften in die Schwarzarbeit und vor allen Dingen auch das Wegbrechen von einfachen Tätigkeiten für Ungelernte. Bei Fragestellungen zu diesen Themenkreisen

müssen wir diese Aspekte als Ursache klar aufzeigen. In diesem Zusammenhang sehe ich auch eine Verantwortung bei der einen oder anderen Tarifpartei.

Wenn wir den Handlungsbedarf berücksichtigen wollen, so ist vor diesem Hintergrund an die Frau Staatsministerin Christa Stewens die Frage zu stellen: Wie soll aus Ihrer Sicht auf die Lohnentwicklungen reagiert werden, bei denen die Löhne nicht das Existenzminimum der Arbeitnehmer decken? Hierauf eine Antwort zu finden, ist unser gemeinsames Ziel. Welche Konzepte sehen Sie als die richtigen an?

Präsident Alois Glück: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Danke schön, Herr Kollege Unterländer. Vom Grundsatz her müssen wir zwischen zwei Problembereichen unterscheiden. Wir haben auf der einen Seite für die tariflichen Mindestlöhne durch Allgemeinverbindlicherklärungen einen Mindestentgelttarif. Bei einem entsprechenden öffentlichen Interesse, zum Beispiel zur Vermeidung von Lohndumping, sind Allgemeinverbindlicherklärungen gerade für inländische Arbeitnehmer in größerem Umfang denkbar. Wir haben in Bayern 22 Tarifverträge, die wir für allgemeinverbindlich erklärt haben. Deswegen denke ich, wir sollten uns überlegen, bei Branchen, bei denen wir bezüglich der inländischen Arbeitnehmer ein Lohndumping feststellen, entsprechend dagegenuhalten und mit tariflichen Mindestlöhnen und der Allgemeinverbindlicherklärung nach dem Tarifvertragsgesetz zu arbeiten. Man muss branchenspezifisch abklopfen, ob durch entsandte Arbeitnehmer Lohnverwerfungen oder Lohndumping entsteht, und dann diese Branchen in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufnehmen, um die entsprechenden Tariflöhne auch für entsandte Arbeitnehmer zu manifestieren.

Zum Dritten kann man generell sagen: Wir haben in Deutschland und in Bayern als sozusagen unterste Grenze des Mindesteinkommens die Leistungen aus SGB II festgelegt, die auf dem Wege der Aufstockung jedem Arbeitnehmer, der unterhalb dieser Einkommensgrenze Einkommen und Lohn bezieht, zusätzlich zu seinem Lohn zugestanden werden. Die Einkommensgrenzen liegen bei 100 Euro Grundfreibetrag für den Aufwand und zusätzlich 20 Euro aus dem Einkommen zwischen 100 und 800 Euro, sodass zum Beispiel bei einem Brutto-Einkommen von 800 Euro 240 Euro nicht auf die Hälfte angerechnet werden.

Präsident Alois Glück: Nächster Fragesteller: Herr Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Liebe Frau Ministerin! Ihre Position hat offensichtlich den Diözesanrat der Bayerischen Katholiken im Erzbistum München-Freising nicht überzeugt. Dort hieß es:

Wir verfolgen mit Sorge, dass seit einiger Zeit die Arbeitsentgelte gerade der unteren Lohngruppen unter Druck geraten sind und immer weiter abgesenkt werden. Wenn der Lohn für eine ganztägige Arbeit unter ein Niveau sinkt, das für den Lebensunterhalt selbst eines äußerst beschei-

denen Durchschnitts nicht mehr ausreicht, scheint uns der Punkt erreicht zu sein, an dem die Regularien des Marktes versagen und der Staat einzugreifen hat.

Liebe Frau Ministerin, der Diözesanrat hat völlig recht, wenn er „von seiner eigenen Arbeit“ – nicht von Hartz IV oder anderen Almosen – auskömmlich leben spricht. Das berührt die Menschenwürde in ihrem Innersten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darin liegt eine Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, und darin liegt auch die Akzeptanz unseres marktwirtschaftlichen Systems. „Working Poor“ mit Hartz-IV-Aufstockung ist keine Alternative.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf der anderen Seite sind die Mindestlöhne auch nicht – das soll uns keiner erzählen – der Gottseibeiuns der linken Ideologen, vernichtend für unzählige Arbeitsplätze und verantwortlich für ein Zurückdrängen der Wettbewerbsfähigkeit.

Erstens. In einer sozialen Marktwirtschaft ist es völlig normal, dass aus sozialpolitischen Gründen Eingriffe unmittelbar in den Arbeitsmarkt vorgenommen werden. Denken Sie nur an Mindesturlaub, arbeitszeitrechtliche Regelungen und einiges andere. Warum soll nicht gerade dort, wo der Lohn zum Armutslohn verkommt, der Staat in den Arbeitsmarkt eingreifen? Zudem zeigen empirische Untersuchungen – von Kollegen Beyer wurde darauf hingewiesen –, dass Mindestlöhne keine Arbeitselastizitätenplätze kosten. Das ist empirisch belegt und hängt mit den Elastizitäten von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage im Bereich des Existenzminimums zusammen. Es hängt auch mit Nachfragewirkungen zusammen. In der Summe ist das volkswirtschaftlich nicht belegt – trotz der immer wieder zitierten sächsischen Friseurin. Mindestlöhne beschränken nicht Arbeitsmarktchancen, sondern sie stoppen Ausbeutung, und das begrüße ich ausdrücklich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Herr Kollege Beyer erlaubt, werde ich mich auf drei Fragen beschränken.

Die erste Frage: Teilen Sie als gebürtige Altöttinger Katholikin und Sozialpolitikerin die Einschätzung des Diözesanrates der Erzdiözese und der Europäischen Sozialcharta sowie – wie ich annehme – des Kollegen Beyer und von mir, dass der Punkt erreicht ist, an dem die Regularien des Marktes versagen und der Staat in den Arbeitsmarkt einzugreifen hat, und zwar nicht durch zusätzliche Almosen?

Zweitens. Was halten Sie vor diesem Hintergrund von so kindlich naiven Aussagen, wie sie mein sehr geschätzter Kollege Pschierer in der vorletzten Ausgabe der „Staatszeitung“ gemacht hat, wonach es Aufgabe der Tarifparteien und keineswegs Aufgabe des Staates sei, sich auf

entsprechende Löhne zu einigen, wenn für 30 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine Tarifbindung mehr existiert? Was halten Sie davon, dass sich bei über drei Millionen Menschen als „Working Poor“ in Deutschland Pschierers Schlusscredo darin erschöpft, die Wirtschaft um sozialverantwortliches Handeln zu bitten? – Ich hoffe, die Wirtschaftsbesse haben den Artikel gelesen und verhalten sich entsprechend.

Drittens. Warten auf Godot ist offensichtlich sehr viel erfolgreicher – das geht auch an die Kollegen der SPD –, als Fortschritte beim Mindestlohn zu erreichen. Welche konkreten Initiativen – insbesondere im Bundesrat – planen Sie, um den Stillstand und die ideologischen Grabenkämpfe, die die entscheidungsunabhängige Große Koalition uns in Sachen Mindestlohn ständig präsentiert und die eine Unverschämtheit gegenüber den betroffenen Armutslohnbeziehern sind, zu überwinden, ohne dass dies zu bürokratischen und unglaublichen Scheinkompromissen führt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Danke schön, Herr Kollege Hallitzky. Vom Grundsatz her möchte ich aus dem Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 08.11.2005 zitieren: Die überproportional angehobenen oder gänzlich gestrichenen unteren Tariflohngruppen haben in den vergangenen beiden Jahrzehnten nicht unwesentlich zu dem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter beigetragen. Ein gesetzlicher Mindestlohn – soweit er eingeführt würde – würde ähnliche Effekte aufweisen. Ein Verlust von Arbeitsplätzen wäre die Folge. – So das Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Ich möchte eines sagen: Ich sehe durchaus die Probleme. Wir haben immer mehr Arbeitgeber, die ohne Tarifverträge arbeiten und Arbeitsverträge abschließen.

Ich sehe dabei durchaus die Probleme, die man in den neuen Ländern hat. Allerdings wehren sich gerade die Ministerpräsidenten der neuen Länder ganz massiv gegen gesetzliche Mindestlöhne, weil sie genau wissen, dass diese zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern führen. Man muss also die Lösung dieses Problems sehr sensibel angehen; das ist gar keine Frage. Aus Gesprächen mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wissen wir, dass es hier durchaus Probleme gibt. In einigen Branchen gibt es Tarifverträge, die einen sehr niedrigen Stundenlohn enthalten. Die Gewerkschaften sagen mir, Herr Kollege, dass sie diese Tarifverträge lediglich deshalb abgeschlossen haben, damit der Stundenlohn nicht noch weiter abrutscht. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Sittenwidrigkeit gesetzlich definieren, um dann entsprechend einschreiten zu können.

Aber wir haben doch das gleiche Ziel: Wir wollen, dass auch niedrig qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Arbeit bekommen. Man kann aber der Wirtschaft

nicht zumuten, einen Lohn zu zahlen, der oberhalb der Produktivität der jeweiligen Arbeitnehmer liegt. Das ist doch der Kern des Problems.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Was ist mit der Würde des Menschen?)

Deswegen garantiert der Staat hier – hier gibt es die unterschiedlichsten Modelle – auf jeden Fall ein Mindesteinkommen, und so übernimmt der Staat die Existenzsicherung. Länder, die gesetzliche Mindestlöhne fixiert haben, haben ein ganz anderes Niveau im Bereich der Grundsicherung und der Sozialhilfe. Eine Grundsicherung in diesen Ländern findet keineswegs in der Höhe statt, wie es sie in Deutschland gibt. – Ich bin gerne bereit, mit dem Diözesanrat der Katholiken darüber zu diskutieren.

Vom Grundsatz her teile ich die Auffassung des Kollegen Pschierer zu Ihrer Frage. Ich bin der Überzeugung, dass wir für die 3 Millionen „Working Poor“ in Deutschland andere Zuverdienstregeln benötigen. Darüber könnte ich noch lange Ausführungen machen. Wir müssen auch noch lange darüber reden.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie widersprechen sich innerhalb von zehn Minuten!)

Hierzu hat die Große Koalition eine Arbeitsgruppe eingesetzt, Herr Dr. Beyer, die zurzeit Lösungsmöglichkeiten erarbeitet.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Machen! Machen!)

Zu Ihrer Frage nach einer Bundesratsinitiative, Herr Kollege Dr. Beyer, darf ich ihnen sagen: Wir werden von Bayern aus erst dann Bundesratsinitiativen auf den Weg bringen, wenn wir es für nötig halten und vor allem, wenn die Ergebnisse der Arbeitsgruppe der Großen Koalition vorliegen. Dann kann man sehen, ob man über Bundesratsinitiativen handeln muss oder nicht. Im Vorfeld, also bevor wir die Ergebnisse kennen, werden wir von Bayern aus mit Sicherheit keine Bundesratsinitiative einleiten.

Präsident Alois Glück: Nächste Fragestellerin: Frau Kollegin Steiger.

Christa Steiger (SPD): Frau Ministerin, Fakt ist doch, dass es für immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schwieriger wird, durch ihre Arbeit ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen. Betroffen sind vor allen Dingen Dienstleistungsberufe, und die auch noch mit einem besonders hohen Frauenanteil. Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass mehr als 2,5 Millionen, fast 3 Millionen Vollzeitbeschäftigte in Deutschland für Armutslöhne arbeiten, die weniger als 50 % des Durchschnittslohnes betragen. Lassen Sie mich bitte einige Tarifvergütungen aus Bayern anführen – wir brauchen nicht nach Sachsen zu der berühmten Friseurin zu gehen –: Im Erwerbsgartenbau gibt es einen Stundenlohn von 5,41 Euro. Das ergibt bei einer 38-Stunden-Woche im Monat einen Arbeitnehmerbruttoverdienst von 822,32 Euro. In der Landwirtschaft beträgt der Stundenlohn 5,45 Euro, in der Floristik 5,94 Euro, im Friseurhandwerk 6,06 Euro, im Dachdeckerhandwerk 6,13 Euro, im Bewachungsge-

werbe 6,26 Euro, in der Zeitarbeit 7,38 Euro, und im Einzelhandel werden 7,54 Euro in der Stunde bezahlt. Diese Arbeitsplätze und auch die Arbeitsplätze im Küchen- und Haushaltshilfenbereich sind Dienstleistungen, die nicht ins Ausland verlagert werden können. Ihre These ist ja, dass ein gesetzlicher Mindestlohn eine Ausweitung der Schwarzarbeit bedeutet. Dazu frage ich Sie: Wo liegt nach Ihrer Auffassung die Untergrenze eines menschenwürdigen Erwerbseinkommens, das Schwarzarbeit verhindert? – Wo soll diese Grenze liegen?

Sie weisen immer darauf hin, dass im Niedriglohnsektor Geringqualifizierte beschäftigt sind. Ist Ihnen bekannt, dass 60 % der Beschäftigten im Niedriglohnsektor über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen? – In diesen Berufen sind die Aufstiegsmöglichkeiten gering.

Frau Staatsministerin, stimmen Sie mit mir der Aussage zu, dass, wer Qualität in der Beschäftigung haben will, auch anständig entlohnen muss? – Denn das hat auch etwas mit der Würde des Menschen zu tun. 500 000 Menschen im Vollerwerb erhalten ergänzende Sozialleistungen, weil ihr Lohn nicht zum Leben ausreicht. Das heißt: Die gesamte Gesellschaft subventioniert Dumpinglöhne.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben vorhin gesagt, dass Menschen über SGB II Lohnersatzleistungen bzw. ergänzende Sozialleistungen bekommen. Sie vermengen dabei Fürsorge mit dem Erwerbseinkommen.

(Beifall bei der SPD)

Soll der Staat nach Ihrer Auffassung als Reparaturbetrieb für Lohndumping auftreten? – Auf diese Frage möchte ich gerne eine Antwort von Ihnen. Die Einführung von Kombilöhnen – das wäre eine Lösung durch die Hintertür – wird das Problem der Lohndrückerei nicht lösen, sondern eher verschärfen.

Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass Bundeswirtschaftsminister Glos – er gehört bekanntlich der CSU an – festgestellt hat: Wenn es Kombilöhne gibt, muss es eine Lohnschränke nach unten geben. Nachdem die CSU auch in Berlin Regierungsverantwortung trägt, frage ich Sie: Warum sperrt sich die Staatsregierung angesichts der Tatsache, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien vom erarbeiteten Lohn nicht leben können, gegen die gesetzliche Einführung eines Mindestlohnes, der sich in seiner Höhe am Niveau vergleichbarer europäischer Staaten orientiert? – Diese Frage haben Sie bis jetzt noch nicht beantwortet.

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, wir sind schon gut über der Zeit.

Christa Steiger (SPD): Ein letzter Satz. – Welchen Lösungsansatz haben Sie denn? – Auch auf diese Frage hätte ich gern eine Antwort. Trotz mehrfachen Fragens haben Sie darauf noch keine Antwort gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Frau Kollegin Steiger, diese Fragen habe ich – sie sind schon mehrfach gestellt worden – bereits beantwortet. Ich habe erstens gesagt, dass ich der festen Überzeugung bin, dass wir im Bereich der unteren Tariflohngruppen mehr mit Allgemeinverbindlicherklärungen nach § 5 des Tarifvertragsgesetzes arbeiten müssen, um ein Abrutschen der Löhne zu vermeiden. Über die Zusammensetzung des Tarifausschusses kann man durchaus reden. Aber immerhin sind beispielsweise 73 % der Beschäftigten des Friseurhandwerks in Bayern mit Tarifverträgen abgedeckt. Das habe ich ganz klar und deutlich gesagt.

Als Zweites habe ich klar und deutlich gesagt, dass unser vorrangiges Interesse darin besteht, zu verhindern, dass eine erhöhte Zahl von Niedrigqualifizierten in der Arbeitslosigkeit hängen bleibt, wie es nach jedem Anstieg der Arbeitslosigkeit bisher der Fall war. Wir haben ja durchaus eine Delle in der Wirtschaftskraft zu verzeichnen gehabt. Vor diesem Hintergrund ist es ganz wichtig, der Wirtschaft die Möglichkeit zu geben, die Niedrigqualifizierten zu Löhnen, die ihrer Produktivität entsprechen, einzustellen. Das ist doch das ganz große Problem, das wir hier in Deutschland haben. Gleichzeitig müssen wir die Zusatzverdienstmöglichkeiten und den Lohnbezug im Bereich der Aufstocker, der 1-Euro-Jobber, regeln.

Die Arbeitsgruppe der Großen Koalition arbeitet auch an Modellen für Kombilöhne.

Frau Kollegin Steiger, ich glaube, Sie haben da etwas falsch verstanden. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hat gesagt, er könne sich die Lohnschränke bei Kombilöhnen für Arbeitnehmer unter 25 Jahren durchaus vorstellen; das ist überhaupt keine Frage. Das ist in der Arbeitsgruppe offensichtlich schon ein Stück weit beschlossen worden. Bei den Kombilöhnen für Arbeitnehmer über 50 Jahren sucht man zurzeit noch nach einer Einigung. Gleichzeitig hat man gesagt, da sollte man durchaus eine Lohnschränke einziehen, deren Höhe sich auf die Grundsicherung nach SGB II bezieht. Das halte ich vom Grundsatz her in diesem Bereich für ausgesprochen vernünftig und richtig, weil hier dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer zusätzlich eine staatliche Subvention gewährt wird. Das möchte ich ganz klar sagen.

Ich bin natürlich der Ansicht, dass die Wirtschaft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen entsprechenden Lohn und ein entsprechendes Einkommen bezahlen muss. Deshalb bin ich der Ansicht, dass der Staat zusammen mit den Tarifvertragsparteien und dem Tarifausschuss – egal ob auf Landes- oder Bundesebene – noch stärker die Möglichkeit einer Allgemeinverbindlicherklärung im Bereich des § 5 des Tarifvertragsgesetzes nutzen muss, um das Abrutschen dieser Löhne zu verhindern.

Präsident Alois Glück: Nächster Fragesteller: Herr Kollege Sailer.

Martin Sailer (CSU): Frau Staatsministerin, wenn wir in das europäische Ausland schauen, dann sehen wir, dass in Tschechien, Ungarn, Polen oder im Baltikum Mindest-

löhne von weniger als 2 Euro pro Stunde bezahlt werden. Welche Auswirkungen haben nach Ihrer Ansicht a) dort gesetzliche Mindestlöhne, b) die von der Bundesregierung allgemein oder für bestimmte Branchen für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlöhne, c) Lohnanteilschranken und d) neue gesetzliche Konkretisierungen der Sittenwidrigkeit von Löhnen?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was war c)?)

Präsident Alois Glück: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Soweit ich das verstanden habe, betraf c) die Lohnanteilschranken.

Ein Stundenlohn von 2 Euro, der in den östlichen Nachbarstaaten und im Baltikum gezahlt wird, wird natürlich Auswirkungen auf Bayern erst im Jahr 2009 oder 2011 haben – ich vermute, im Jahr 2009, denn wir werden im Jahr 2009 kaum einen nachhaltig gestörten Arbeitsmarkt innerhalb der Europäischen Union geltend machen –, und zwar Auswirkungen bei der Dienstleistungsrichtlinie und beim Arbeitnehmerentsendegesetz. Man muss dann sehen, aus welchen Branchen entsandte Arbeitnehmer zu uns kommen und wo es dann tatsächlich Dumpinglöhne gibt. Diese Branchen muss man dann auch in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufnehmen, wie das SPD und Union gemeinsam im Koalitionsvertrag formuliert haben.

Herr Kollege Sailer, ich bin der Ansicht, dass gesetzliche Mindestlöhne zum einen einen Ausstieg aus der Tarifhoheit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bedeuten. Ich halte die Tarifhoheit für ein hohes Gut in Deutschland. Wenn man den gesetzlichen Mindestlohn bei 7,50 Euro festsetzt, dann bedeutet das auf der anderen Seite, dass etliche Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich vernichtet werden. Genau dieses Problem hatten wir bislang im deutschen Arbeitsmarkt, und durch die SGB-Reformen und durch Hartz IV haben wir da wieder etwas Bewegung hineingebracht. Das war übrigens die Regierung Schröder; darauf möchte ich hinweisen.

Zu den Allgemeinverbindlicherklärungen: Ich halte es für notwendig, dass man im Niedriglohnbereich mit Allgemeinverbindlicherklärungen auch in Bayern stärker operiert. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass Bayern – das wird mir immer von meinen Kollegen in anderen Ländern vorgeworfen – eine relativ hohe Anzahl von Allgemeinverbindlicherklärungen ausspricht.

Generelle Lohnanteilschranken halte ich für falsch. Man muss wissen, dass darüber diskutiert wird, dass der Betrag in der Höhe der Grundsicherung nach SGB II entspricht, also 345 Euro plus durchschnittliche Unterkunftskosten beträgt. Ich halte die Lohnanteilschranke in Verbindung mit den Kombilöhnen für richtig, weil das sonst in eine nicht gewollte Subvention der Arbeitgeber münden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Ich halte eine neue gesetzliche Konkretisierung der Sittenwidrigkeit für Löhne für richtig, Herr Kollege Sailer.

Präsident Alois Glück: Nächste und letzte Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Frau Ministerin! Ich darf mich in meinen Fragen dem Thema des Mindestlohns grundsätzlich widmen, aber auch dem Feld des Niedriglohnes, des Dumpinglohnes in Grauzonen oder im Illegalen. So wie der Rumäne am Bau, der zwar korrekt nach Tarif bezahlt wird, aber in seinem Heimatland die Hälfte seines Einkommens zurückzahlen, abgeben muss. Weiteres Beispiel: Ein Bauarbeiter erhält zwar auf dem Papier den Tariflohn, arbeitet aber sehr viel mehr Stunden, als eigentlich erlaubt ist.

Wir sind uns darin einig, dass diese Erscheinungen schlecht für die Arbeitnehmer und genauso schlecht für potenzielle Wettbewerber sind. Hier gibt es eine enge Verknüpfung zu den Regelungsfeldern der Arbeitnehmerüberlassung und der Arbeitnehmerentsendung.

Die Bundesregierung wollte hier im Jahr 2002 einige Schieflagen beseitigen. Ich nenne als Stichworte das Antikorruptionsregister und das Tariftreuegesetz auf Bundesebene. Beide Vorhaben sind auch am Widerstand Bayerns gescheitert. Zur Tariftreue haben Sie selbst in einer Presseerklärung ausgeführt, das sei schlecht für den öffentlichen Personennahverkehr; der sei da vor große Probleme gestellt. Dabei haben Sie wohl eine Mitteilung, Leitlinien aus dem Wirtschaftsministerium in Bayern übersehen, in der die Tariftreue im ÖPNV schon Jahre vorher empfohlen wurde. Die Ablehnung des Gesetzes zur Errichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen begründete Bayern damit, dass in das Register nur echte Korruptionsdelikte, aber nicht Verstöße gegen die Vorgaben zur Arbeitnehmerüberlassung und zur Arbeitnehmerentsendung eingetragen werden sollten.

Genau diese Verstöße stellen aber ganz große Probleme im Zusammenhang mit dem heutigen Thema dar. Deswegen meine Fragen: Erstens. Ist die Staatsregierung bereit, jetzt endlich wirkungsvolle Maßnahmen gegen illegales Lohndumping und damit gegen illegalen Dumpingwettbewerb mitzutragen?

Zweitens. Sind Sie bereit, für ein künftiges Antikorruptionsregister auch die Einträge von Verstößen gegen Vorgaben zur Arbeitnehmerüberlassung und zur Arbeitnehmerentsendung vorzusehen?

Drittens. Ich bitte da um eine konkrete Antwort, damit wir nicht denken müssen, Bundesminister Horst Seehofer hätte mit seiner Bemerkung über Sie – ausweislich der heutigen Tagespresse – recht, es gäbe immer wieder Leute, die wenig wüssten, aber viel reden würden. Deswegen appelliere ich an Sie, mir eine konkrete Antwort zu geben. – Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass entgegen der neoklassischen Ideologie Mindestlöhne in vielen Ländern, in denen es sie gibt, weder zu einem Arbeitsplatzabbau noch zu erhöhter Arbeitslosigkeit noch zu sinkender Wettbewerbsfähigkeit geführt haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Herr Kollege, gerade auf Ihre letzte Frage kann ich antworten: Ich bin der festen Überzeugung, dass ich durchaus viel weiß und auch über Dinge spreche, von denen ich etwas weiß.

(Zuruf von den GRÜNEN: Tun Sie das hier bitte auch!)

– Das tue ich hier auch. Sie sollten dann aber auch zuhören. Sie sollten auch die Äußerungen des Sachverständigenrates und den Bericht der OECD zur Kenntnis nehmen. Sie sollten auch zur Kenntnis nehmen, dass nicht einmal die Gewerkschaften voll hinter einem gesetzlich festgelegten Mindestlohn stehen; lesen Sie nach, was Hubertus Schmoldt dazu sagt.

(Zurufe des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Nehmen Sie das einfach einmal zur Kenntnis, auch wenn Ihnen das überhaupt nicht passt! Das wäre schlicht und einfach ein staatlich festgelegter Lohn, und damit würden die Tarifparteien aus ihrer Tarifhoheit und aus ihrer Verantwortung für die Lohnfindung in Deutschland entlassen. Das kann man nicht so leichtfertig machen.

Was wir jetzt in Schwung gebracht haben, sehen wir als hohes Gut an. Gering Qualifizierte bekommen die Chance, in Lohn und Brot zu kommen und erwerbstätig zu sein, auch wenn sie staatliche Hilfeleistungen erhalten. Ich sehe durchaus die Probleme und sage nicht, dass ich der Meinung wäre, dass die Löhne noch weiter abrutschen dürften. Gerade in den Niedriglohngruppen müssen wir wesentlich mehr mit Allgemeinverbindlicherklärungen arbeiten. Ich denke dabei zum Beispiel an die Altersvorsorge. Dafür gibt es etliche gute Tarifverträge.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Seit Helmut Kohl findet das faktisch nicht mehr statt!)

– Nein. Das kann man keineswegs so sagen. Ich denke gerade an das Bäckerhandwerk. Dort haben wir 2003 eine Allgemeinverbindlicherklärung ausgesprochen. Herr Kollege Dr. Beyer, Sie sollten sich informieren, wenn Sie über dieses Thema sprechen.

Sie können Mindestlöhne nicht in jeder Branche generell bei 7,50 Euro festsetzen. Die Mindestlöhne müssten branchenspezifisch und regional unterschiedlich festgesetzt werden. Ich kann Ihnen sagen, dass dies mit einem ungeheuren bürokratischen Aufwand verbunden wäre. Mit Ihrem Antikorruptionsregister würden Sie da nicht mehr weiterkommen, weil es für Staat und Verwaltung überhaupt nicht leistbar wäre, Ihre Lösung zu kontrollieren. Sie sollten Ihre Haltung zu diesem Thema einmal überdenken.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Ich habe eine konkrete Frage gestellt!)

Abschließend kann ich Ihnen nur sagen, dass ich als Arbeits- und Sozialministerin sehr darauf achten werde, dass entsandte Arbeitnehmer nicht zu Dumpinglöhnen in Bayern arbeiten. Wir müssen deshalb gegebenenfalls einzelne Branchen in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufnehmen. Ein zweiter Punkt ist mir in diesem Zusammenhang wichtig: Wir brauchen Anträge zur Allgemeinverbindlicherklärung der Tarifverträge im Tarifausschuss. Ich weiß, dass sich die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber bei Stimmengleichheit im Tarifausschuss „lähmen“. Man kann auch über die Zusammensetzung des Tarifausschusses reden. Wir müssen das Abgleiten der niedrigeren Löhne in den Dumping-Bereich durch eine Allgemeinverbindlicherklärung verhindern.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, bitte ich Sie, zweier ehemaliger Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 7. April verstarb Herr Ludwig Schraut im Alter von 77 Jahren. Ludwig Schraut war von 1966 bis 1970 und von 1972 bis 1974 Mitglied des Bayerischen Landtags; er vertrat für die Fraktion der SPD den Wahlkreis Schwaben. Ludwig Schraut engagierte sich in mehreren Ausschüssen, zuletzt im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und im Ausschuss für Geschäftsordnung und Wahlprüfung. Sein besonderes Interesse galt – nicht zuletzt aufgrund seines Lehrerberufes – der Bildungspolitik.

Ebenfalls am 7. April verstarb Herr Ludwig Schwabl im Alter von 85 Jahren. Ludwig Schwabl gehörte dem Bayerischen Landtag von 1970 bis 1978 an – als Wahlkreisabgeordneter von Oberbayern in der Fraktion der SPD. Seinem Geburtsort Inzell blieb er bis zu seinem Lebensende eng verbunden. Als 1. Bürgermeister seiner Heimatgemeinde lenkte und gestaltete er 24 Jahre lang überaus erfolgreich die Entwicklung Inzells zu einem bekannten Tourismusort und zu einem weltweit anerkannten Sportzentrum. Ebenso engagiert für die Bürgerinnen und Bürger war seine kommunalpolitische Arbeit auf Kreistags- und Landkreisebene sowie in Sozialorganisationen. Als Landtagsabgeordneter war er unter anderem Mitglied im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr mit dem Schwerpunkt Tourismus.

Der Bayerische Landtag wird den beiden Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren der Toten von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich möchte noch zwei Glückwünsche aussprechen. Am 13. April feierte Herr Kollege Joachim Unterländer einen runden Geburtstag. Heute hat Herr Kollege Alexander König Geburtstag. Beiden Kollegen spreche ich einen

herzlichen Glückwunsch aus und wünsche ihnen alles Gute für die weitere Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der CSU vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Tourismus in Bayern – Wirtschaftsfaktor mit Zukunft**“ beantragt. In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält ein Mitglied sieben Minuten Redezeit. Diese Redezeit wird auf die Gesamtredezeit der Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. Der erste Redner ist Herr Kollege Pschierer.

Franz Josef Pschierer (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Wer vor wenigen Tagen die Prognos-Studie aus der Schweiz betrachtet hat, hat festgestellt, dass sich der Wirtschaftsstandort Bayern besser als viele andere Wirtschaftsstandorte in der Bundesrepublik, in Europa und in der Welt entwickelt hat. Man könnte sich jetzt fragen, woran das liegt. Diese Entwicklung hat sicher viele Ursachen. Bayern hat den Strukturwandel vielleicht besser als andere Bundesländer bewältigt. Wir haben in unserer Volkswirtschaft immer Hightech-Politik und Bestandspflege betrieben. Der Grund liegt aber vielleicht auch in einem Wirtschaftsfaktor, der häufig etwas unterschätzt wird, obwohl er volkswirtschaftlich gesehen durchaus eine große Bedeutung hat. Ich spreche vom Tourismus und vom Fremdenverkehr.

Betrachten wir uns einmal die Beschäftigtenzahlen im Freistaat Bayern. Wir sind alle sehr stolz auf unsere Automobilindustrie, auf unsere florierende IuK-Technik, auf unsere Luft- und Raumfahrtindustrie. Wir vergessen aber, dass auf dem Feld des Tourismus und des Fremdenverkehrs in den letzten Jahren viele hoch qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen wurden. Der Wirtschaftsausschuss hat sich mit diesem Thema in der Vergangenheit mehrfach beschäftigt. Für die Fraktion der CSU ist der Tourismus mehr als ein normaler Wirtschaftszweig. Er ist bis zu einem gewissen Grade eine Leitökonomie und ein wichtiger Impulsgeber. In den letzten Jahren haben wir nicht zuletzt auch mit der Unterstützung des Wirtschaftsministeriums eine Grundlagenstudie in Auftrag gegeben, um die Zukunft des bayerischen Tourismus zu erforschen. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass im Wirtschaftszweig Tourismus durchaus noch Potenzial steckt.

Meine Damen und Herren, die Tourismuspolitik ist für die Mehrheit dieses Hauses Standortpolitik und Wirtschaftspolitik. Dieser Politikbereich ist nicht isoliert, sondern stellt eine Querschnittsaufgabe dar. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern hat weltweit ein äußerst positives Image. Von diesem Image, das auch durch die Tourismuswirtschaft geprägt wird, profitieren die Wirt-

schaftsstandorte der Bundesrepublik Deutschland und Bayern. Vom Tourismus profitieren im Freistaat Bayern wiederum viele Wirtschaftszweige, angefangen von den Ausbauhandwerken über die Gewerbe bis hin zur Nahrungsmittelindustrie und dem Hotel- und Gaststättengewerbe.

Die nüchternen Zahlen mögen dies verdeutlichen: Wir haben allein im letzten Jahr im bayerischen Tourismus einen Bruttoumsatz von knapp 25 Milliarden Euro erwirtschaftet. Fast die Hälfte davon entfällt auf das Gastgewerbe. Interessant ist dabei: Der Schwerpunkt beim bayerischen Tourismus liegt auf dem Tagestourismus, der eklatant dazu beigetragen hat, dass im Tourismusgewerbe des Freistaates Bayern viele Arbeitsplätze entstanden sind. Betrachten wir uns einmal die Zahlen in Bayern hinsichtlich der Beschäftigungswirksamkeit: Über eine halbe Million Menschen erzielen in Bayern ein Durchschnittseinkommen aus einer Tätigkeit im Tourismus, im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Beherbergungsbereich.

Insofern verdient dieser Wirtschaftszweig etwas mehr Aufmerksamkeit, als wir ihm in der Vergangenheit haben zukommen lassen. Bayern ist im Tourismus Spitzenreiter. Wir sind im nationalen Vergleich die Nummer eins, gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Bei der Wertschöpfung sind wir absoluter Marktführer.

Bei aller Freude über gute Beschäftigtenzahlen und gute Umsätze sind auch einige Hausaufgaben zu erledigen, mit denen wir uns in unserer Fraktion gemeinsam mit dem Hohen Haus in der nächsten Zeit stärker beschäftigen wollen. Ich fange mit ein paar Punkten an, die für uns wichtig sind.

Bei der Zertifizierung und der Klassifizierung haben wir sicherlich Nachholbedarf. Auf dem Premiumsektor haben wir in Deutschland insgesamt, aber sicherlich auch bei uns in Bayern, Nachholbedarf. Bei den längeren Urlaubsreisen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Umland hat unser Marktanteil in den letzten Jahren etwas nachgelassen. Diesen Ansatzpunkt wollen wir konsequent verfolgen. Wir haben hier durchaus Marktanteile abgeben müssen an Küstendestinationen in Mecklenburg-Vorpommern oder anderen Regionen. Für uns ist es daher wichtig, dass wir unsere Stärken in der nächsten Zeit konsequent ausbauen. Dazu werden ein paar Maßnahmen erforderlich sein.

Wir werden uns in unserer Fraktion mit dem Thema Investitionsstau in der Tourismuswirtschaft beschäftigen. Der bayerische Wirtschaftsminister hat mit einem Darlehensprogramm über 100 Millionen ein erstes wichtiges Zeichen gesetzt. Wir wollen nicht mit der Gießkanne, sondern schwerpunktmäßig und sektoral fördern, weil wir wissen, dass in bestimmten Bereichen Nachholbedarf besteht. Wir wollen und werden die Tourismusförderung verbessern.

Als Nächstes wollen wir Offenheit für neue Gäste entwickeln. Die Welt ist kleiner geworden. Für viele von uns war es vor einigen Jahren noch unvorstellbar, dass Chinesen, Inder oder Russen bei uns Urlaub machen. Sie dürfen

nicht vergessen, wir haben heute auch in diesen Ländern ein zahlungskräftiges Publikum, egal ob es Indien, China, die GUS-Staaten oder die Vereinigten Arabischen Emirate sind. Diese Potenziale können und werden wir nutzen.

Ein konkreter Ansatzpunkt wird folgender sein: Der Freistaat Bayern unterhält weltweit in 15 Ländern 21 Auslandsrepräsentanzen. Kein Bundesland macht das. Wir nutzen diese Auslandsrepräsentanzen, um unseren Unternehmen den Zugang zu den Märkten in diesen Ländern zu erleichtern und um auch umgekehrt Unternehmen zu akquirieren, damit sie sich in Deutschland engagieren. Künftig werden wir diese Auslandsrepräsentanzen auch dazu nutzen, den Tourismusstandort Bayern stärker zu positionieren. Wir werden nicht nur in die Hardware investieren müssen – das betrifft insbesondere die Premiumsegmente und andere Bereiche –, sondern wir werden sicherlich auch stärker in die Software investieren müssen. Damit meine ich die im Tourismus Beschäftigten. Wir brauchen nicht nur die bestqualifizierten Chefs, sondern auch die bestqualifizierten Mitarbeiter. Wenn Sie die Gästekünfte aus dem Ausland steigern wollen, brauchen Sie auch Personal, das mit Fremdsprachenkenntnissen up to date ist. Genauso muss auch das Beschwerdemanagement in Fremdsprachen perfekt sein. Hier gibt es Nachholbedarf, den wir gemeinsam mit der Tourismuswirtschaft lösen werden.

Gemeinsam mit den Tourismusverbänden werden wir unsere Online-Präsenz steigern.

(Gudrun Peters (SPD): Das haben wir doch schon alles wunderbar gelöst!)

– Entschuldigen Sie, Frau Peters, hier wird nichts abqualifiziert. Ich sage nur, wo wir Positives erreicht haben, wo wir Defizite haben und wo wir auf neue Gästestrukturen Rücksicht nehmen werden.

(Gudrun Peters (SPD): Toll! Guten Morgen!)

Wir haben heute ein anderes Buchungsverhalten als vor zehn oder zwanzig Jahren. Neue Medien eignen sich besser für touristische Angebote als andere Medien. Sie können in den neuen Medien touristische Angebote perfekt darstellen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Donnerwetter!)

Wir werden also die neuen Medien stärker nutzen als in der Vergangenheit, meine Damen und Herren.

Wichtig für uns ist die Effizienz der Verbände. Es lohnt sich, über diesen Punkt nachzudenken. Aufgrund der Neuorganisation der Bayern Tourismus Marketing GmbH – BayTM – haben wir natürlich keinen Tourismusverband Bayern alter Prägung mehr, der als der Lobbyisten- oder Interessenverband des bayerischen Tourismus auftritt. Wir haben eine Vielzahl von Verbänden. Wir haben die BayTM, die vier Regionalverbände, den Hotel- und Gaststättenverband; wir haben Spezialverbände, wie zum Beispiel die Verbände der Schlepplift- und Seilbahnbetreiber, und viele andere Verbände. Wir brauchen aber auch eine starke gemeinsame Interessenvertretung der Tourismus-

wirtschaft. Bei BayTM und den vier Regionalverbänden wollen wir stärker darauf achten, dass klar ist, wer was macht, wem die Aufgaben zugeteilt sind, wer sich um die Dachmarke Bayern kümmert und wer die Aufgaben und den Job vor Ort erledigt.

Wir werden weiterhin an einem konsequenten Ausbau der Infrastruktur arbeiten. Das ist auch nicht zu unterschätzen, und ich hoffe, dass wir dabei auch von Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, wohlwollend begleitet werden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Staatsstraßenausbau!)

Die schönsten Destinationen helfen Ihnen nichts, wenn Sie nicht – egal ob über die Straße, die Schiene oder die Luft – just in time dorthin kommen. Dann wird es nicht funktionieren. Lassen Sie uns hier doch zusammenarbeiten. Wir werden auf Bundesebene immer wieder auf die Bundesregierung einwirken, Wettbewerbsnachteile zu beseitigen. Ein Wettbewerbsnachteil sind die Mehrwertsteuerregelungen innerhalb der Europäischen Union. Tatsache ist nun einmal, dass wir beim Wintertourismus gegenüber Österreich, der Schweiz und Italien mit eklatanten Wettbewerbsnachteilen zu kämpfen haben. Hier schreibt uns niemand etwas vor. Das zu regeln ist einzig und allein Angelegenheit der Bundesrepublik Deutschland. Da bitten wir Sie, dass Sie uns begleiten. Herr Beyer und Frau Kronawitter, ich habe kein Problem damit, wenn Sie uns dabei begleiten, für Dienstleistungen durch Schlepplift- und Seilbahnbetreiber den reduzierten Mehrwertsteuersatz zu fordern.

Insgesamt sind wir im Tourismus gut aufgestellt. Ich kündige Ihnen heute an, dass sich die CSU-Landtagsfraktion mit dem Thema Tourismus in diesem Jahr schwerpunktmäßig beschäftigen wird. Wir werden bei der Tourismusförderung einiges auf den Prüfstand stellen. Wir werden uns mit dem Premiumsegment und mit den Qualitätssteigerungen sowohl auf dem Gebiet der Hardware als auch auf dem Gebiet der Software konsequent beschäftigen. Wir werden diesen Wirtschaftsfaktor für die Zukunft weiterhin fit halten. Der Tourismus ist ein Wirtschaftsfaktor, der unsere Aufmerksamkeit verdient und in dem noch viel Potenzial für die bayerische Wirtschaft und für die bayerische Bevölkerung steckt.

(Beifall bei der CSU – Joachim Wahnschaffe (SPD): Ein Ankündigungstourismus!)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Peters.

Gudrun Peters (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, vor allem Herr Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie! Herr Pschierer, wo waren Sie denn im Ausschuss, als wir genau das beantragt haben? Heute tun Sie so, als hätten Sie es erfunden.

(Beifall bei der SPD)

Hier habe ich so einen dicken Hals bekommen. Ich finde das unsäglich und unglaublich.

(Thomas Kreuzer (CSU): Frau Kollegin, bleiben Sie doch ruhig! Das ist doch so ungesund!)

Man darf sich in dem Hause doch noch aufregen, Herr Kreuzer. Er muss das doch hören.

Seit drei Jahren versuche ich, den Tourismus in diesem Haus zu thematisieren. Was bekomme ich darauf zur Antwort? – Das machen wir schon, das ist schon erledigt, das haben wir schon gemacht. Jetzt gibt Herr Herrmann eine Pressemitteilung heraus und bestätigt genau das, was wir gefordert haben. Sie müssen sich einmal den Zeitraum vorstellen. 2005 haben wir die Anhörung gefordert. Wir haben zwei Jahre gewartet, und schon hat die Anhörung stattgefunden.

(Beifall bei der SPD)

So wichtig ist der CSU dieses Thema. Jetzt, nach der Anhörung, die wir nach zwei Jahren endlich erreicht haben, sind Sie auch auf dieses Thema gekommen. Herr Pschierer, bei Ihnen habe ich vermisst, dass Sie die Schwächen, die in der Anhörung benannt worden sind, darstellen. Online-Präsenz, gemeinsame Tools, bessere Buchbarkeit quer durch Bayern haben wir gefordert – aber das haben wir doch schon, wie Sie bei unseren Anträgen regelmäßig feststellten.

Ich darf aber auch ein paar erfreuliche Zahlen und Daten nennen, denn wir freuen uns auch darüber, dass 22 % aller Übernachtungen in Deutschland in Bayern stattfinden. Das ist doch wunderbar. Wir wissen, dass wir nach Italien und Spanien das beliebteste Reiseland sind. Das ist doch auch wunderbar. Soviel Sonne im Tourismus haben wir schon immer in den Pressemitteilungen von Herrn Wiesheu oder seinem Nachfolger, Herrn Huber, erfahren. In Bayern ist immer alles bestens. Wir haben immer die besten Pressemitteilungen lesen können. Ein Rekordjahr gab es hier, ein Rekordjahr gab es auch dort.

Sie haben die Arbeitsplätze im Tourismus angeführt, Herr Pschierer. Es wäre schön, wenn diejenigen, die im Tourismus arbeiten, auch einmal in den Urlaub fahren könnten. Soll ich Ihnen sagen, was diese Menschen verdienen? – In der Stadt Straubing gibt es im Gaststättengewerbe das Beispiel eines Stundenlohns von 2,92 Euro. Das ist der Verdienst im Tourismus. Man könnte noch mehr Einnahmen im Tourismus verzeichnen, wenn auch diese Leute in den Urlaub fahren könnten.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Was schlagen Sie denn vor? – Gegenruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD): Mindestlohn!)

Ich muss die „Rekordjahr-Begeisterung“ etwas dämpfen. Verschiedene Professoren, ob Herr Pechlaner oder Herr Meyer, haben darauf hingewiesen, dass die Übernachtungsentwicklung in Bayern unterdurchschnittlich blieb. Im Gesamtzeitraum von 1993 bis 2004 gingen die Übernachtungszahlen sogar zurück, obwohl in München und Oberbayern überdurchschnittlich viele ausländische

Gäste zu verzeichnen waren. Herr Herrmann hat inzwischen erkannt, dass es regionale Unterschiede gibt und die Aufenthaltsdauern unterschiedlich stark sinken. Ich erspare Ihnen, Ihre regelmäßigen Aussagen zum Rekordjahr zu zitieren. Nicht ersparen kann ich aber einen Ausspruch der CSU Passau. Herr Regierungsdirektor Keilwerth, Regierung von Niederbayern, hat das folgendermaßen titulierte: Ein Übernachtungsrückgang von über 9 % im Bayerischen Wald und von 20 % im Rottaler Bäderdreieck im letzten Jahrzehnt sei darauf zurückzuführen, dass man zu lange von der Substanz gelebt habe und das Tourismusangebot nicht mehr dem Standard entspreche, den Österreich oder Südtirol böten.

Ich kann Ihnen ein paar weitere Zahlen nicht ersparen, die auch in diesen Vergleichszeitraum fallen: Bayern hat ein Plus von 18,1 % bei der Gästeankunft, bei Übernachtungen aber ein Minus von 4,8 %. Niederbayern und Unterfranken sind mit über 12 % Spitze bei den Verlusten. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Infrastruktur eingehen. Herr Huber preist zwar ständig die Aufsteigerregion Niederbayern, vergisst sie aber, wenn es um die Infrastruktur geht.

(Beifall bei der SPD)

Ich verweise auf den zweigleisigen Ausbau.

(Zurufe von der CSU)

Ich weiß, Sie schieben den Schwarzen Peter regelmäßig nach Berlin.

(Alexander König (CSU): Frau Peters mag Huber nicht!)

Sie müssen sich vorhalten lassen, dass der Ausbau nicht im Landesentwicklungsprogramm steht. Sie haben lediglich einen weittragenden Antrag vorgelegt, dass zu gegebener Zeit dies nachgeholt werde. Die B 20 steht nicht im Landesentwicklungsprogramm, ebenso wenig die Marzlinger Spange.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Mit Recht!)

Nun gibt es das Programm der CSU „Zukunft für den ländlichen Raum“. Ich war der Meinung, dass das dort stehen müsste. – Fehlanzeige.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wieder nichts!)

Ich vermisse Ihre niederbayerische Handschrift sehr. Sie können das aber nachholen.

In der Anhörung wurde zur Bestandsaufnahme einiges deutlich dargestellt. Wo gibt es die Defizite? – Sie sind bei der Qualität, der Kooperation, der Vermarktung, der Innovativität und der Koordination zwischen und in allen Ebenen zu finden. Bei den Angeboten besteht Verzettelungsgefahr, weil die Vermarktungseinheiten zu kleinräumig und damit ineffizient sind. Sie sind verwaltungsorientiert anstatt marktorientiert zu sein. Herr Pschierer

hat die Bayern Tourismus Marketing – BayTM – und die Tourismusverbände angeführt. Er hat die Landkreise und die Kommunen vergessen, die auch Marketing betreiben. Sie haben ihren eigenen Flyer. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist Geldvernichtung. Hier müsste man ansetzen.

(Beifall bei der SPD)

Das Problem wurde in der Anhörung thematisiert, aber von den Anwesenden wurde keine Lösung geboten. Die Ausstattung und die Angebote sind veraltet und nicht nachfrageorientiert. Wir haben das 100-Millionen-Programm.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wo ist es? – Franz Josef Pschierer (CSU): Ein erster guter und wichtiger Schritt!)

Herr Huber, meinen Respekt. So oft, wie Sie das Programm verkauft haben, muss es schon mindestens eine Milliarde sein.

(Beifall bei der SPD)

Mich würde interessieren, wo das Geld mittlerweile angekommen ist.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wo man hinkommt, nirgends!)

Ab 2008 gilt die Transparenzrichtlinie. Dann können wir fragen, wo das Geld geblieben ist. Mit den momentanen Auskünften kann man gar nichts anfangen.

Die Investitionsbereitschaft und -fähigkeit sind niedrig. Herr Herrmann hat mehr Geld gefordert. Herr Huber wird darauf eingehen, denn 100 Millionen Euro in drei Jahren sind nicht einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein. Das ist gar nichts.

(Joachim Herrmann (CSU): Mehr als ein Tropfen schon!)

– Da bereits ein Projekt großen Sanierungsbedarf hat, muss man, Herr Herrmann, gewaltig nachbessern.

Die Top-Regionen weisen nachlassende Dynamik aus. Die Wintersportgebiete, die zu den Top-Regionen in Bayern zählen, hatten ein 60-prozentiges Minus. Sie haben geglaubt, man könnte den Schneemangel mit Beschneiungsanlagen beheben. Leider war es heuer nicht kalt genug, sodass man die neuen Beschneiungsanlagen im Bayerischen Wald nicht einsetzen konnte.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): So viel Wasser gibt es gar nicht!)

Ich meine, Umdenken ist angesagt.

Ich finde es nicht in Ordnung, wenn vonseiten der Staatsregierung behauptet wird, es gäbe keine Förderung für die Beschneiungsanlagen. Zwar gibt es keine Landesmittel, aber es gibt europäische Mittel für die Beschnei-

ungsanlagen. So ehrlich solle man sein und von Förderung sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Pschierer hat die Online-Präsenz angesprochen. – Jetzt ist er nicht da. Er hat die Online-Präsenz dargestellt, als hätte er sie soeben erfunden. Wir wissen alle, wie notwendig sie ist. Ich kann nur hoffen, dass auf diesem Gebiet etwas passiert.

Auch die Weiterbildung – –

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, haben Sie die Uhr im Blick?

Gudrun Peters (SPD): Oh, Frau Präsidentin, die ist mir ganz entgangen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf Sie daran erinnern.

Gudrun Peters (SPD): Ich will noch einen Satz sagen: Da unsere Anträge zur Aus- und Weiterbildung noch nicht behandelt wurden, habe ich große Hoffnung, dass wir wenigstens auf diesem Feld Ihre Zustimmung erreichen können. Für diese Zustimmung möchte ich mich schon im Voraus bedanken. Vielleicht nützt das etwas.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Stöttner, bitte.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kennen Sie den Unterschied zwischen der SPD und der CDU/CSU? – Der Unterschied ist, dass wir Haushaltsverantwortung haben. Sie stellen Anträge auch dann, wenn sie nicht finanziert werden können. Wir stellen die Anträge dann, wenn sie Erfolg haben.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Frau Kollegin Peters, Sie haben gesagt, dass selbst in Niederbayern die Schneekanonen nicht arbeiten konnten, weil der Winter sehr warm war. Alle neun Jahre haben wir keinen Winter und alle neun Jahre einen gigantischen Winter.

(Gudrun Peters (SPD): Welcher Wahrsager hat Ihnen das erzählt?)

– Das, Frau Kollegin Peters, trifft auch für Straubing und Niederbayern zu.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sind Sie neuerdings beim Wetterdienst? Respekt!)

Die Staatsregierung hat gute Entscheidungen getroffen, nämlich, dass mit Wegfall der zeitlichen Beschränkung nunmehr von November bis März der Einsatz von Be-

schneigungsanlagen möglich ist und endlich staatliche Förderung nicht mehr verboten ist.

Wer schon einmal am Spitzingsee war und genau hinterfragt hat, was dort passiert, hat bemerkt: Ein Gast, der 10 Euro für die Bergbahn ausgibt, gibt weitere 50 Euro in der Region aus. Bei 100 000 Besuchern sind das 1 Million Euro für die Bergbahn, und 5 Millionen Euro für die Region. Bei 500 000 Gästen bleiben 25 Millionen Euro in der Region. Deshalb ist es bedeutsam, dass wir bei der Infrastruktur für den Wintertourismus einiges voranbringen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Berechtigterweise müssen wir uns mit unserem Nachbarland Österreich vergleichen, zum Beispiel bei der Genehmigungspraxis. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist in Österreich wesentlich einfacher als bei uns.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Schneesicherheit durch den Einsatz von Schneekanonen macht unsere Hotels voll. Wenn man die Hoteliers fragt, warum die Gäste in diesem milden Winter frühzeitig abgereist sind, dann geben sie die fehlende Schneesicherheit als Grund an. Deswegen brauchen wir für unsere Gäste, für die Familien, die in der Region Ski fahren, Schneesicherheit.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wenn es nicht kalt genug ist! – Gudrun Peters (SPD): Ist Ihnen bekannt, dass man die Zentralalpen nicht ins bayerische Hoheitsgebiet versetzen kann?)

– Frau Kollegin Peters, schauen Sie sich einmal die Wetteraufzeichnungen seit 1950 an. Wir hatten schon immer sehr kalte und sehr milde Winter. Das hat es schon immer gegeben. Dieser milde Winter begünstigt Ihre Argumentation in der aktuellen Klimadiskussion.

Meine Damen und Herren, wir wollen in Bayern etwas bewegen. Wir haben das Problem, dass unsere Bergbahnen nicht mehr dem aktuellen technischen Stand entsprechen, und wir haben Probleme, weil unsere Bergbahnen benachteiligt sind. Alle ausländischen Bergbahnbetreiber unterliegen einem verminderten Mehrwertsteuersatz. Die deutschen Bergbahnbetreiber hingegen unterliegen dem vollen Mehrwertsteuersatz. Das heißt, die Bergbahnbetreiber in Deutschland sind benachteiligt. Das Umsatzsteuergesetz enthält den Passus, dass die Personenbeförderung im öffentlichen Personennahverkehr dem niedrigeren Mehrwertsteuersatz unterliegt. Die Bergbahnen sind von dieser Regelung explizit ausgenommen. Dass die Verantwortlichen in Schleswig-Holstein oder Mecklenburg-Vorpommern nicht interessiert, was mit den bayerischen Bergbahnen passiert, ist verständlich. Hier müssen wir aber den Finger in die Wunde legen, damit unsere Bergbahnbetriebe ebenso dem verminderten Mehrwertsteuersatz zugeordnet werden. Die Steuereinsparungen können dann in die Betriebe investiert werden. Das ist wichtig, damit sich unsere Betriebe modernisieren können.

(Hermann Memmel (SPD): Warum nicht bei den Hotels?)

– Alles geht nicht sofort.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

– Wenn das so leicht wäre, Herr Kollege, dann würde ich das genauso unterstützen.

Frau Peters, Sie haben richtig gesagt, dass wir mehr Servicequalität brauchen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann muss man mehr in die Ausbildung investieren!)

Wir sind uns darin einig, dass wir bei der Qualität Verbesserungen erreichen müssen. Es ist wichtig, dass wir die Qualitätsverbesserung in den Vordergrund rücken. Wir müssen uns aber auch von dem Kirchturmdenken entfernen und von den kleinen Strukturen wegkommen. Nicht jeder kleine Verband oder jede kleine Gemeinde muss einen eigenen Prospekt bei der internationalen Tourismusmesse ITB in Berlin auslegen. Wir brauchen deshalb ein Netzwerk, und wir brauchen größere Vermarktungsgebiete und ein klareres Profil. In dieser guten politischen Stimmung müssen wir ein positives Signal für den Tourismus setzen.

Ich sage: Wir brauchen eine schnellere und unkomplizierte Begleitung vernünftigerer Tourismusprojekte. Die Überschrift muss lauten: Tourismus als Querschnittsaufgabe braucht Vorfahrt.

(Beifall der CSU – Gudrun Peters (SPD): Toll! Wunderbar!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Als nächstem Redner darf ich Herrn Kollegen Sprinkart das Wort erteilen. –

(Peter Hufe (SPD): Das war besser als der Applaus vorher!)

– Ich bitte, wieder zur Ernsthaftigkeit zurückzukehren.
– Bitte schön, Herr Kollege.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Ich weiß nicht, ob mir das gelingt. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Tourismus ist unstrittig ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Bayern. Trotz der sehr blumigen Worte des Kollegen Pschierer müssen wir nüchtern feststellen: Der Anteil des Tourismus am Bruttoinlandsprodukt beläuft sich auf 9 % und hat bei weitem nicht den Stellenwert wie in unserer Nachbarregion Tirol. Ganz im Gegenteil; ich erlebe, dass der Tourismus vor Ort deutlich überbewertet wird. In meinem Heimatlandkreis Oberallgäu – übrigens vermisste ich den Vorsitzenden des Tourismusverbandes Allgäu/Bayerisch-Schwaben bei dieser wichtigen Diskussion – werden 80 % der Mittel zur Wirtschaftsförderung für den Tourismus ausgegeben. Der Tourismus hat aber nur einen Anteil an der Wertschöpfung von rund 20 %. Ein Unternehmen, das 20 % seiner Produktpalette mit 80 % seiner Werbemittel bewirbt, ohne dass eine Besserung zu verzeichnen wäre, würde das nicht lange überleben. Beim Tourismus scheint dies zu funktionieren. Der Tourismus

hat ohne Zweifel einen gewissen Wohlstand in die ländlichen Räume gebracht. Ich meine, das ist unbestritten. Derzeit – das müssen wir allerdings nüchtern feststellen – liegt der Städtetourismus im Trend, nicht so sehr der Landtourismus.

Meine Damen und Herren, es fehlt – ich möchte es so nennen – die Balance. Von den 20 Gemeinden in Bayern mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung sind 17 Tourismusgemeinden. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung in Bayern beträgt 720 Euro. In Oberstdorf beläuft sie sich auf 6182 Euro. Oberstdorf ist dabei noch nicht der Spitzenreiter. Ich habe in der Zeitung gelesen, dass Oberstdorf angeblich auf dem Wege der Besserung ist. Das heißt, die Kommunen, die Gemeinden, stecken deutlich mehr Steuergelder in die Tourismusinfrastruktur, als sie in Form von Steuern und Abgaben von der Tourismusbranche zurückbekommen. Dieser Zustand ist auf Dauer nicht haltbar; ich hoffe, Sie werden mir darin zustimmen.

(Alexander König (CSU): Jetzt kommt die reine Marktwirtschaft!)

– Sie können von mir auch Marktwirtschaft lernen; da brauchen Sie keine Sorge zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Anhörung zur bayerischen Tourismuswirtschaft hat ergeben, dass unsere Tourismusstrukturen nicht effizient genug sind. Insbesondere die Marketingmaßnahmen müssen auf Landesebene gebündelt werden. Ich bin gespannt, wie das umgesetzt werden wird. Allseits wird beklagt, dass wir im Vergleich zu unseren Mitbewerbern ausgesprochen bescheidene Marketingbudgets hätten. Die werden dort allerdings auch deutlich stärker von den Nutznießern des Tourismus gespeist. Aber eine Zwangsabgabe – wie das so schön heißt – kommt bei uns nicht in Frage. Allein die Wortwahl spricht Bände. Jede Steuer ist eine Zwangsabgabe; denn kaum jemand zahlt freiwillig Steuern.

„Kein Einfluss der Politik auf das operative Geschäft“ wurde mehr oder weniger deutlich bei der Anhörung gefordert. Wie sieht die Realität bei uns in Bayern aus? – Vor Ort mischt sich die Politik teils mächtig ein – darauf werde ich später noch eingehen –, und sogar die Vorsitzenden der Regionalverbände sind teilweise Politikerkollegen.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Beispiele!)

Hier gibt es erheblichen Optimierungsbedarf, um es vorsichtig auszudrücken. Das Schöne daran: Die Optimierung würde nicht einmal Geld kosten, sondern es bedürfte nur der Einsicht der Politiker. Die ist allerdings manchmal nicht bezahlbar.

Lassen Sie mich zu zwei Entwicklungen kommen, die den Tourismus entscheidend beeinflussen werden: zum einen die älter werdende Gesellschaft, und zum anderen der Klimawandel.

Zur demografischen Entwicklung: Schauen wir uns die Zahlen aus dem Allgäu an, die im Wesentlichen auf Bayern übertragbar sind. Wir können feststellen, dass bereits jetzt die Sechzig- bis Siebzيجjährigen mit 26 % die stärkste Gästegruppe darstellen. Die über Vierzigjährigen machen nahezu drei Viertel unserer Gäste aus. Quelle dieser Informationen aus dem Jahr 2001 ist das Mittelstands-Institut an der Fachhochschule Kempten von Prof. Bauer. Das heißt, dass Bayern eigentlich, von seiner bestehenden Gästestruktur betrachtet, auf die älter werdende Gesellschaft bestens vorbereitet ist. Warum, so frage ich mich, gehen wir bei diesen Voraussetzungen dieses Thema so zögerlich und nicht offensiv an? Liegt es etwa am Jugendwahn der politisch Verantwortlichen? – Die älter werdenden Gäste bieten viele Vorteile: Sie haben erstens Zeit, zweitens Geld und drittens eine hohe Standorttreue.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich wäre es vernünftig, wenn wir uns auf dieses Segment konzentrierten und versuchten, dafür optimale Angebote zu gestalten.

Bei der Klimaveränderung ist es wie mit vielen Umweltkatastrophen: Zuerst wird sie geleugnet, und wenn das nicht mehr geht, dann tut man so, als sei sie gottgegeben.

Unter touristischen Gesichtspunkten ist relevant, dass die Temperaturen im Winter steigen und dass bei einer Erwärmung um lediglich 2 Grad, was der niedrige Stand wäre, wenn wir sofort handeln, nur noch 11 % der Skigebiete in Schwaben und 15 % in Oberbayern als schneesicher gelten. Herr Kollege Stöttner, da hilft dann auch keine Beschneiungsanlage mehr. Wenn Sie in diesem Winter durch das Allgäu gefahren sind, haben Sie genügend Beschneiungsanlagen gesehen, die nicht in Gang gesetzt waren. Der Skifahrer, der Schneesicherheit will, kommt in Zukunft sicherlich nicht mehr ins Allgäu und nach Oberbayern; jetzt schon nicht mehr und in den nächsten Jahren noch viel weniger, da können wir so viel in die Beschneiungsanlagen investieren wie wir wollen.

Aber was machen wir? Wir investieren auf Teufel komm raus in Beschneiungsanlagen. Wenn es dabei nur um privates Kapital ginge, wäre das schon schlimm genug, aber wir geben auch noch Steuergelder dazu.

Werfen wir nun einen Blick auf die Befragung der Gäste. Auch hier beziehe ich mich insbesondere auf die Befragung von Herrn Prof. Bauer. An der Spitze der Aktivitäten stehen Ausflüge mit 80 %, gefolgt vom Wandern und Schwimmen. Radfahren und Wintersport liegen mit 21 % bzw. 20 % etwa gleichauf, wobei unter Wintersport nicht nur Alpinski fahren, sondern auch Langlauf, Rodeln usw. gezählt wird.

Das heißt, die Urlaubsaktivitäten passen durchaus zur demografischen Struktur unserer Gäste. Vergleichen wir diese Erkenntnisse mit den Maßnahmen, die im Tourismus ergriffen werden – sowohl im investiven als auch im Marketingbereich –, dann finden wir erhebliche Abweichungen. Wir finden die Investitionen – ich will nicht sagen ausschließlich, aber doch in starkem Maße – auf

dem Sektor des alpinen Wintertourismus. Ein vernünftiges, zusammenhängendes Radwegenetz gibt es bei uns im Allgäu bisher nicht, und meine Fraktionskolleginnen und -kollegen haben mir ausdrücklich gesagt, mit Ausnahme von Unter- und Mittelfranken sei die Situation im Rest Bayerns nicht besser als im Allgäu. Hier hinken wir darüber hinaus auch weit hinter den Mitbewerbern Österreich und Schweiz hinterher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit aber nicht genug. Sie glauben immer noch, dass sportliche Großveranstaltungen eine zumindest mittelfristig positive Auswirkung auf den Tourismus – sprich Gäste- und Übernachtungszahlen – haben. Haben schon Untersuchungen in den USA ergeben, dass die Auswirkungen weit geringer sind als vermutet, wird dies durch die aktuellen Zahlen aus Oberstdorf als Folge der Nordischen Ski-WM in den Bereich der Märchen und Sagen gedrängt. Oberstdorf hatte im Jahre 2006 die schlechtesten Übernachtungszahlen seit 20 Jahren. Mit einem Minus von 5,6 % liegt es weit hinter dem bayerischen Durchschnitt, der bei plus 0,1 % lag, und ganz deutlich hinter dem Allgäu, wo die Übernachtungszahlen um 2,1 % zurückgingen. Wahrlich eine stolze Bilanz dafür, dass wir über 23 Millionen Euro – das meiste davon Steuergelder – in die sportliche Hardware gesteckt haben. Von den anderen Kosten ganz zu schweigen.

Ich hatte einen Lehrer in der Realschule, der hat immer gesagt: Alle Menschen machen Fehler, nur die Dummen immer wieder den gleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Garmisch wird ganz offensichtlich der gleiche Fehler noch einmal gemacht, nur dass dort der Fehler das Drei- bis Vierfache kostet wie in Oberstdorf. Solche Wahrheiten passen natürlich nicht ins Bild der politisch Verantwortlichen. Deshalb musste der Kurdirektor in Oberstdorf – noch kein halbes Jahr im Amt – gehen. Hatte er doch in einem internen Papier auf die allenfalls kurzfristige Wirkung solcher Großveranstaltungen auf den Tourismus hingewiesen. Das war nicht irgendeiner. Der Herr war vorher Kurdirektor in Lech und für das Entstehen von Heidi-Land in der Schweiz zuständig.

Vor lauter Verbohrtheit in den alpinen Skitourismus übersehen wir, dass die Klimaerwärmung durchaus auch positive Auswirkungen auf den Sommertourismus haben kann. Unsere Badeseen werden wirklich warm, und es kann durchaus damit gerechnet werden, dass die klassischen Badegäste nicht mehr nach Italien, Griechenland oder Spanien fahren, weil es dort zu heiß ist, sondern in Bayern bleiben. Und vielleicht kommen darüber hinaus von dort sogar Menschen zur Sommerfrische nach Bayern.

Mein Resümee lautet: Die Ausgangsbasis für das Meistern der touristischen Herausforderung der Zukunft ist in Bayern nicht schlecht. Verschlafen wir diese Entwicklung nicht, sondern gehen sie offensiv und kreativ an. Mit einer Qualitätsoffensive allein, wie sie von der CSU-Fraktion

gefordert wird, meine Damen und Herren, werden wir das sicherlich nicht schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen wir die Hände weg vom permanenten staatlichen Hineinfuschen in den Tourismus. In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Schlusssatz der Presseerklärung des Fraktionsvorsitzenden Herrmann eingehen, der sagt: Schließlich fordert die CSU-Landtagsfraktion in einem Antragspaket, dass in den jeweiligen touristischen Organisationen und Betrieben ein noch größeres Gewicht auf Kunden- und Serviceleistung gelegt wird. Da frage ich mich: Was ist der Tourismus? – Er ist ein Wirtschaftsreich.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich bitte Sie um Ihren Schlusssatz!

Adi Sprinkart (GRÜNE): Ich bin beim letzten Satz, Frau Präsidentin. Würden Sie einen Antrag stellen, in dem Sie die Staatsregierung auffordern, dass BMW mehr Gewicht auf Kunden- und Service-Orientierung legt? Warum machen wir das im Tourismus? Das sind doch lauter Unternehmer. Wenn ich einem Tourismusunternehmer das sagen muss, ist es im Grunde schon zu spät. Er muss es selbst merken.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist überschritten!

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Er kommt später, aber er bleibt länger! – Heiterkeit)

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kobler, bitte.

Konrad Kobler (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Pschierer hat in seinem Eingangsstatement ausführlich über die Bedeutung und die Querschnittsaufgabe des Tourismus gesprochen.

(Christa Naaß (SPD): Spät, aber immerhin!)

Ich möchte einen nicht zu unterschätzenden Schwerpunkt innerhalb des Tourismus aufgreifen. Ich meine den sogenannten Kurtourismus. Stichwort: Wellness, Kur. In den bayerischen Heilbädern und Kurorten werden rund 30 % der bayerischen Übernachtungen getätigt. Und das, was vor allem in den bayerischen Thermenregionen unter der Erde liegt, ist wertvoll wie Gold und Silber – mindestens!

Ich meine, wir müssen – gerade weil diese Thematik heute noch nicht angesprochen wurde – auch dem Thema Werbung, Marketing im Kurtourismus eine noch größere Aufmerksamkeit schenken. Diese unterirdischen Thermalwasservorkommen sorgen nämlich dafür, dass die bayerischen Thermalquellen zu den heilkräftigsten und bekanntesten auf dem Kontinent zählen. Unsere bayerischen Thermalbäder, vor allem die privaten im südbayerischen Raum und die staatlichen im nordbayeri-

schen Raum sind die Flaggschiffe der Bäderwirtschaft in Deutschland und weit darüber hinaus.

Werte Kolleginnen und Kollegen, da sich die CSU-Fraktion des Megatrends Gesundheitstourismus durchaus bewusst ist, haben wir mit dem vorher angesprochenen Antragspaket auch einen gezielten Antrag vorbereitet, mit dem wir die Staatsregierung auffordern, diesem Bereich noch größere Aufmerksamkeit zu schenken und ein auf die bayerische Heilbäderlandschaft abgestimmtes Konzept zu entwickeln bzw. das bestehende Konzept mit Wellness und Vitalangeboten – und was da alles vorhanden ist – weiter fortzuentwickeln. Damit wollen wir dem Gesundheitstourismus in Anbetracht des demografischen Wandels und der älter werdenden Bevölkerung stärker als bisher Rechnung tragen. Grund dafür, dass einschlägige Konsequenzen zu ziehen sind und der sogenannte Kurtourismus zu forcieren ist, ist, dass gerade die Kurzurlaube in den letzten Jahren stark zugenommen haben und nach den Prognosen bis zum Jahre 2010 um weitere 7 % wachsen werden. Wellness-Urlaube von drei bis fünf Tagen haben eine deutlich steigende Tendenz. Die größten Zukunftschancen haben dabei Wohlfühlqualitätsprodukte mit medizinischem Inhalt, und die Kur im Urlaub erfreut sich immer größerer Beliebtheit und findet immer mehr Selbstzahler. Auch das muss hier einmal angemerkt werden.

Kritisch ist anzumerken, dass gerade in diesem wichtigen Zukunftsmarkt die Zielgruppen neue oder jüngere Senioren nicht den richtigen Stellenwert haben ebenso wie ausländische Kurgäste. Auch da muss noch stärker gepowert werden. Als Merkpunkt sei darauf hingewiesen, dass gerade der Prävention und der Entwicklung der Segmente Senioren und Auslandsgäste als große Zukunftspotenziale weiterhin große Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Die touristische Produktvermarktung ist insbesondere noch stärker auf Prävention und die jüngere Generation sowie schwerpunktmäßig auch auf die ältere Generation hin abzustellen.

Es darf nicht übersehen werden, dass die 47 bayerischen Heilbäder und Kurorte konkurrieren mit 1100 Heilbädern und Kurorten in ganz Europa, die sich teilweise gleichmäßig in Konkurrenz gegenüberstehen. Die Konkurrenz schläft natürlich nicht, insbesondere nicht diejenige in Mittel- und Osteuropa, die zu wesentlich anderen Konditionen, personalkostenmäßig usw., anbieten kann.

Damit die bayerischen Heilbäder und Kurorte in Zukunft bestehen können, müssen sie mit Qualität und Vielfalt überzeugen und ihre Entwicklung konsequent auf folgende drei Säulen stellen: Erstens. Die Festigung der traditionellen Kur durch eine ständige Verbesserung der Qualität. Die mehrsprachige Ausbildung ist heute schon am Rande angesprochen worden. Zweitens. Schaffung neuer medizinischer Gesundheitsprodukte für den Wachstumsmarkt, für Prävention und neue Senioren sowie - drittens - Qualitätsangebote im Bereich Wellness für Sportliche, Aktive, für Relaxen usw., insbesondere für die Selbstzahler.

Es wäre auch darauf hinzuweisen, dass die Medien in ihren Reportagen und Berichterstattungen ein wenig stärker hin und wieder einheimische, nationale Einrichtungen bevorzugen und in ihren Reportagen nicht ausländische Anbieter favorisieren sollten bzw. dass die Kassen nicht die Versicherten, die Kurnehmenden zu stark ins Ausland vermitteln. Hier sollte man schon ein wenig egoistisch nationaler denken und nicht Arbeitsplätze bei uns in dieser wichtigen Struktur exportieren.

Das, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, schwebt uns in groben Zügen hier vor. Wir wollen alles daransetzen, um das Kurland Bayern qualitativ fortzuentwickeln, damit es weiterhin die Nummer eins in Deutschland und darüber hinaus bleibt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Kronawitter.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Frau Präsidentin, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angriff ist die beste Verteidigung. Nach dieser Devise ist die CSU vorgegangen und hat das Thema Tourismus auf die Tagesordnung der heutigen Aktuellen Stunde gesetzt.

Sie haben das Thema auch in einer Pressemitteilung angekündigt. Da habe ich mir gedacht: Hey, die sind jetzt die Oppositionspartei im Bayerischen Landtag und beklagen, dass sie viele Anträge nicht durchgebracht haben.

(Alexander König (CSU): Schlecht geschlafen und geträumt!)

Jetzt legen Sie erneut mit einem Antragspaket los.

Ich sage Ihnen, diese Antragspakete hatten wir in der letzten Zeit vorgelegt, und Sie haben sie immer abgelehnt. Deshalb kann ich nur sagen: Aufgewacht, guten Morgen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Handlungsbedarf in der bayerischen Tourismuswirtschaft ist in der Tat groß. Das haben nicht nur wir festgestellt, sondern das ist das Ergebnis einer Anhörung, die Ende März auf unseren Antrag hin im Bayerischen Landtag stattgefunden hat. Kollegin Peters hat eine Reihe von Zahlen gebracht, die diese Einschätzung untermauern. Ich zitiere Herrn Professor Meyer, Sie alle kennen ihn. Er sagt: „Die Stärken Bayerns im Tourismus beruhen auf seinen natürlichen Ressourcen.“ Zugegeben, ich würde es nicht wagen, so scharf zu formulieren. Aber wenn der Herr Professor das sagt, dann zitiere ich ihn sehr gerne, weil damit als Hintergrund deutlich wird: Es muss etwas getan werden. Entsprechend gibt es Handlungsbedarf.

Ich beziehe mich weiter auf diese Anhörung: Die Hauptforderung, die mehrmals erhoben wurde, lautete: „Tourismus muss als Leitökonomie in Bayern erkannt, gefördert und politisch durchgesetzt werden.“ Allerdings hat das zur Konsequenz, dass das auch mehr Geld kostet.

Es ist letztlich ein Skandal, wenn das Haus der Kunst in München einen Etat hat so groß wie die Bayerische Tourismus GmbH. Wie soll sich diese wirklich groß bewegen können in einem internationalen Bereich, wenn das Finanzkorsett so knapp ist?

Als Handlungsbedarf wurden fünf Bereiche angeführt. Ich zitiere sie, weil das deutlich macht, was notwendig ist.

Erstens: Ein Investitionsschub muss stattfinden. In der Anhörung wurde beklagt, dass die Programme, die es gibt, völlig überlastet sind. Man braucht mehr Mittel, und das viel beschworene 100-Millionen-Euro-Kreditprogramm – das wurde hier bereits angesprochen, aber hören Sie – ist bereits überzeichnet, soll aber für die nächsten drei Jahre gelten. Ich frage Sie: Was sollen die Unternehmen machen, wenn sie heute aufgefordert wurden von Herrn Minister Huber, kräftig zu investieren und die Fördermittel in Anspruch zu nehmen, wenn doch keine mehr da sind?

(Gudrun Peters (SPD): Er bietet vielleicht gleich eine Milliarde an!)

Herr Minister, vielleicht sagen Sie uns anschließend, was noch kommen soll im Haushalt. Wie gesagt, es wird dringend gebraucht. Ich verweise auf das Protokoll unserer Anhörung.

Außerdem ist bei diesem 300-Millionen – nein, 100-Millionen-Programm, das hoffentlich aufgestockt wird, notwendig,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dreimal verkauft macht 300!)

– wo ist Herr Kobler? – dass das modifiziert wird für den Bereich Kurtourismus und das, was damit zusammenhängt. Das ist nicht vorgesehen.

Zweitens: Kräfte bündeln, da ist ein weiterer Handlungsbedarf. Jetzt zitiere ich wieder einen Experten, der sagte, es gebe eine unsägliche Verquickung zwischen Politik und Geschäft in den bayerischen Tourismusorganisationen. Auch das würde ich nie so scharf formulieren, sage aber: Da ist Handlungsbedarf angemahnt, und da muss etwas passieren. Vielleicht wird in dem CSU-Antrag erkennbar, was sich die CSU traut.

Drittens: Internationalisierung ist notwendig. Das wurde angesprochen. Bayern ist als große einheitliche Marke international zu positionieren, damit die Wahrnehmung besser wird. Ich zitiere das nur und denke, es ist für Sie selbstverständlich.

Viertens: Qualifizierung. Wir werden in der nächsten oder übernächsten Sitzung erleben, ob Sie unsere Anträge, die sehr konkret sind, was Qualifizierung anlangt, wieder ablehnen oder ob Sie sich endlich bewegen zu sagen: Na gut, es ist ein guter Vorschlag. Machen wir es.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau! Da ist was notwendig!)

Fünftens: Diversifizierung der Angebote. Ich möchte das Beispiel Wintertourismus bringen. Es war ein großer Teil in unserer Anhörung. Bisher haben Sie als CSU auf die Problemlage, die sich doch deutlich abzeichnet, mit der Vorstellung reagiert: mehr Schneekanonen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das war nicht sehr zielführend!)

Sie müssen wissen, wenn der Winter nicht ausreichend kalt ist, helfen Schneekanonen nichts, weil sie eine Grundtemperatur brauchen, damit der Schnee hält, der auf den Boden geschneit wird.

(Susann Biedefeld (SPD): Das hat dieser Winter gezeigt!)

Das wissen wir aus dem Winter heuer. Also Diversifizierung, Angebote —

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Sie sind jetzt auch eine Minute über die Zeit.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Also gut, ich sage zum Schluss: Es ist uns recht, wenn ein Antragspaket vonseiten der CSU kommt. Wir rechnen damit, dass viele Vorschläge von uns recycelt sind. Auch das soll uns recht sein, wenn dadurch mittelfristig für Bayerns Tourismuswirtschaft etwas erreicht wird.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege König, bitte.

Alexander König (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das waren sehr unterschiedliche Wortmeldungen, die wir vonseiten der Opposition gehört haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Echt?)

Ich darf in Erinnerung rufen: Frau Kollegin Peters hat eigentlich nur kritisiert. Sie sagte zwar, sie sei seit drei Jahren bemüht, zu diesem Thema konkrete Vorschläge zu machen. Aber es war anscheinend nicht genügend Zeit, um auch nur einen dieser Vorschläge noch einmal zu nennen.

(Susann Biedefeld (SPD): Sie kennen doch die Anträge, Sie haben sie doch abgelehnt!)

Sie hat eine Auseinandersetzung geführt wie immer mit unserem niederbayerischen Minister Erwin Huber, dass er an allem schuld sei, auch im Tourismus. Herzlichen Glückwunsch, Erwin Huber! Sie hat kritisiert, dass zu viel Geld ausgegeben wird von zu vielen unterschiedlichen Organisationen, von den Tourismusverbänden, von den Landkreisen. Das sei Geldvernichtung, haben Sie gesagt, Frau Peters. Bitte, sprechen Sie mit Ihrem Landrat.

Sie haben das 100-Millionen-Investitionsprogramm kritisiert, Sie haben selbstverständlich die Beschneiungsanlagen kritisiert.

(Gudrun Peters (SPD): Oh mei, oh mei! Zuhören!)

Ich habe von Ihnen nur Kritik gehört, und ich würde Ihnen raten, Frau Kollegin Peters, bevor Sie dazwischenplärren, erst einmal das Protokoll Ihrer eigenen Rede zu lesen. Dann werden Sie merken, dass ich recht habe.

(Beifall bei der CSU)

Vom Kollegen Sprinkart haben wir etwas anderes gehört. Herr Kollege Sprinkart, es war schwer zu verstehen. Sind Sie jetzt eigentlich dafür, den Tourismus auszubauen, dass wir etwas für den Tourismus in Bayern tun, oder sind Sie nicht dafür? Das zu erkennen fiel mir schwer. Klar war: Sie haben gesagt, der Tourismus würde unsererseits überbewertet. Wir würden uns mit anderen Worten – wenn ich Sie richtig verstehe – zu sehr darum kümmern und zu arg darum bemühen. Wir würden ihn überbewerten, weil sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt – so Ihre Worte – nicht so hoch wäre, dass es wert wäre, sich in diesem Maße darum zu kümmern.

Sie haben weiter gesagt, Herr Sprinkart, auch die Kommunen würden sich für ihr Gebiet zu sehr für den Tourismus engagieren und aus ihren Haushalten zu viel Geld für den Tourismus ausgeben. Das hat Herr Kollege Sprinkart gesagt. Ich kann nur den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in den Tourismusgebieten raten, gut zuzuhören, wie sich die Opposition im Allgemeinen und die GRÜNEN im Speziellen die Tourismusförderung vor Ort vorstellen. Sie kritisieren sie.

Sie haben weiterhin am Ende Ihrer Ausführungen erklärt, Herr Kollege Sprinkart, Sie hielten es für falsch, wenn wir uns Gedanken über eine höhere Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Tourismus machten und wir uns um eine bessere Ausbildung und eine bessere Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Tourismus kümmern wollten. Auch das haben Sie kritisiert. Sie haben weiterhin kritisiert, dass Geld für Investitionen, für eine Nordische Skiweltmeisterschaft und für eine Skiweltmeisterschaft in Garmisch-Partenkirchen ausgegeben wird. Sie haben weiterhin, Herr Kollege Sprinkart – auch das will ich selbstverständlich anführen, weil ich dem beipflichte – ausgeführt, wir müssten uns gerade um die älter werdende Generation und die älter werdenden Gäste kümmern, da diese eine wichtige Zielgruppe seien. Darin stimmen wir Ihnen zu, wobei ich seitens der CSU-Fraktion hinzufügen: Das kann nicht die einzige Zielgruppe sein. Für uns ist Zielgruppe die gesamte Bevölkerung weltweit. Wir müssen uns um alle kümmern.

Frau Kollegin Dr. Kronawitter hat etwas anderes als Frau Kollegin Peters gesagt. Sie hat – ebenso wie wir – zu verstehen gegeben, dass es beim Tourismus Defizite gibt, um die wir uns kümmern müssen. Sie haben diese auch aufgezählt. Das sind genau die Defizite, die vorher unsere Redner, namentlich Herr Kollege Pschierer, aufgezählt haben. Ich frage mich schon, Frau Kollegin Dr. Krona-

witter, ob es sich lohnt, um so etwas zu streiten. Lohnt es sich, zwischen den Fraktionen Mauern aufzubauen, oder wäre es nicht viel vernünftiger, miteinander die Probleme, die erkannt worden sind, anzugehen und miteinander für ein 100-Millionen-Investitionsprogramm zu sein und miteinander für mehr Qualifizierung, mehr Ausbildung der Beschäftigten im Tourismus, für die Bündelung der Kräfte usw. zu sein?

Das ist die Diskrepanz, die wir immer wieder feststellen. Ihr Schwerpunkt ist das Kritisieren, und Sie sind nicht willens und in der Lage, zusammen mit der Mehrheitsfraktion, die Staatsregierung bei ihren Bemühungen zu unterstützen, auch bei ihren Bemühungen um den Tourismus im Tourismusland Bayern. Wir werden am Ball bleiben. Wir werden die Probleme angehen, so wie es die Kollegen Pschierer, Stöttner und Kobler angesprochen haben. Auf uns kann sich die Tourismuswirtschaft in Bayern verlassen. Wir sind weiterhin – ich sage das ausdrücklich, weil das von allen angesprochen wurde – für den Ausbau der Beschneiungsanlagen. Natürlich gibt es, wie Klaus Stöttner gesagt hat, auch weiterhin Winter. Es gibt weiterhin Schnee, auch wenn es in der vergangenen Saison keinen gegeben hat. Sie stellen sich immer wieder selbst in die Ecke, wenn Sie die Alpen dadurch erhalten und schützen wollen, dass Sie gegen jede neue Beschneiungsanlage sind, genauso wie Sie das Klima bewahren wollen, indem Sie für die Abschaffung der Glühbirnen sind.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Huber um das Wort gebeten.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Staatsregierung begrüßt es, dass die CSU-Fraktion das Thema Tourismuswirtschaft in Bayern zum Gegenstand dieser Aktuellen Stunde gemacht hat. Der Tourismus ist in der Tat ein wichtiger Faktor der bayrischen Wirtschaft mit einem weiteren Entwicklungspotenzial. Die vielen Vorschläge, die gemacht worden sind, werden wir aktiv und engagiert aufnehmen. Ich darf mich insbesondere beim Kollegen Pschierer für eine Fülle von Anregungen, die damit verbunden waren, bedanken. Ich werde auch, verehrte Frau Kollegin Kronawitter, all das bedenken, was Sie vorgetragen haben.

Zunächst einmal die Zahlen: Das Jahr 2006 war außerordentlich erfolgreich für den Tourismus in Bayern. Wir hatten 25,5 Millionen Gäste, mit einem Plus von 2,5 %, und die Übernachtungen stiegen auf nahezu 75 Millionen, auch mit einem Plus. Das ist in der Tat ein außerordentlich gutes Ergebnis. Ich meine, es ist zunächst einmal Anlass, all denjenigen zu danken, die durch ihre Angebote und ihre tägliche Arbeit Bayern zu einer so attraktiven Tourismusdestination und damit zu einem – auf bairisch gesagt – schönen Urlaubsland machen.

Wir haben etwa 560 000 Beschäftigte und etwa 70 000 Unternehmen in einer ausgeprägten mittelständischen Struktur, die sich im harten Wettbewerb hervor-

gend schlagen. Ich meine, es ist zunächst einmal Anlass für das Parlament, aber auch für die Staatsregierung, all denen, die mit ihren Ideen und mit ihrer täglichen Arbeit dazu beitragen, Dank und Anerkennung zum Ausdruck zu bringen.

Das Zweite: Maßgeblich für das Wachstum im Jahr 2006 war insgesamt eine Zunahme der Zahl der Auslands-touristen. Wir haben eine Zunahme von 8,4 % zu verzeichnen, mit einer Zunahme der Übernachtungen um sogar 9,4 % auf 12 Millionen. Das ist deshalb erfreulich, weil wir in einem harten globalen Wettbewerb stehen. Ich kann nicht verstehen und nicht rechtfertigen, dass es Flüge für 39 Euro nach Mallorca gibt. Ich meine, man sollte in diesem Zusammenhang etwas unternehmen, und zwar nicht allein aus Wettbewerbsgründen, sondern aus Gründen des Klimaschutzes. Das macht das Bestehen im globalen Wettbewerb deutlich. Dass wir trotz sehr attraktiver Tourismusangebote im Süden Bayerns, in Österreich und der Schweiz gerade auch für ausländische Touristen erfolgreich sind, spricht dafür, dass die bayerische Tourismuswirtschaft diesem Wettbewerb sehr aufgeschlossen und tatkräftig gegenübersteht.

Ich möchte im Gegensatz zu dem, was von Kollegen der Opposition gesagt worden ist, herausheben, dass die Werbemaßnahmen und die Großveranstaltungen – Fußballweltmeisterschaft, die Nordische Skiweltmeisterschaft in Oberstdorf oder die kommende Skiweltmeisterschaft Alpin 2011 in Garmisch-Partenkirchen – Anlass sind, das Image Deutschlands in der Welt zu verbessern, sie sind aber auch eine langfristige Investition in den Tourismus. Deshalb wird die Staatsregierung auch in Zukunft diese Großveranstaltungen fördern. Wir werden Investitionen, finanzielle Mittel und Fördermittel zur Verfügung stellen. Wir achten aber immer darauf, dass nicht in erster Linie einmalige Ausgaben finanziert werden, sondern dass Einrichtungen, die dauerhaft zur Verfügung stehen und für andere sportliche Ereignisse genutzt werden können, finanziert werden. Das gehört zu einem modernen Urlaubsland dazu.

Wir haben im Januar dieses Jahres erfreulicherweise trotz der ungewöhnlichen Witterung eine weitere Zunahme gehabt. Die Gästeankünfte sind im Januar – dafür liegen jetzt verlässliche Zahlen vor – um 2,2 % und die Übernachtungen um 1,1 % gestiegen. Das heißt auch, dass die Urlaubsgebiete in Bayern durchaus in der Lage waren, trotz eines ungewöhnlich sommerlichen Winters attraktiv zu werden, indem sie andere Angebote gemacht haben, sodass die Gäste auch im Winter gerne nach Bayern gekommen sind.

Zum ewigen Reizthema Beschneiungsanlagen – dazu ist heute schon einiges gesagt worden –: Ich nenne zunächst eine sehr beeindruckende Zahl: Ich habe – jedenfalls bei der Feierlichkeit im Dezember 2006 – mitgewirkt, dass im Spitzinggebiet eine große Beschneiungsanlage, eine der größten in Deutschland, in Betrieb genommen wurde. Das war die Grundlage dafür, dass dort trotz dieses Winters an 60 Tagen Skibetrieb stattfinden konnte. Das heißt, die Legende, die Sie verbreiten, wonach trotz der Witterung die Beschneiungsanlagen nichts genutzt hätten, ist falsch. Ich sage: 60 Tage Skifahren wäre dort ohne die Beschneiungsanlage nie möglich gewesen.

Aber wie aus der Kernenergie machen SPD und GRÜNE auch aus den Beschneiungsanlagen einen Glaubenskrieg. Sie sind unfähig zu einer pragmatischen Abwägung der Vor- und Nachteile, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie greifen nur einseitige Argumente auf!)

Wenn Sie nachdenken würden, was gelegentlich zu tun ich empfehlen möchte, müssten Sie zu folgender Abwägung kommen: Wer das Skifahren nicht verbieten will,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wer macht das denn?)

und das wollen wir doch sicherlich alle nicht, dem muss man sagen: Es ist jedenfalls günstiger, wenn die Familien in bayerische Skigebiete fahren, ins Fichtelgebirge und in die Alpen, als ewig lange Wege nach Österreich, in die Schweiz und nach Italien auf sich zu nehmen.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Was ist umweltfreundlicher, 500 Kilometer oder vielleicht nur 100 Kilometer weit zu fahren? Hinzu kommt, dass man das Geld im eigenen Land lässt.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist hier zu nennen: Sie bezeichnen sich selbst doch immer als sozial. Ich möchte, dass auch Familien mit geringerem Einkommen Skifahren können. Deshalb bin ich für Beschneiungsanlagen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn im nächsten Winter wieder Beschneiungsanlagen in Bayern eröffnet werden, werde ich gerne dabei sein.

(Zuruf der Abgeordneten Gudrun Peters (SPD))

Wir fördern die Beschneiungsanlagen im Übrigen nicht aus dem bayerischen Staatshaushalt. Aber wenn Gelder der Europäischen Union zur Verfügung stehen, frage ich, warum wir diese nicht weiterleiten sollen. Es wäre doch irrsinnig, zu sagen: Wir geben das Geld mit herzlichem Dank an Brüssel zurück, weil die SPD dagegen ist. – Nein, meine Damen und Herren, ich bin dafür, dass wir bestehende Investitionsmöglichkeiten wahrnehmen. Letztlich entscheidet jeder Investor selbst. Selbstverständlich findet hier eine Abwägung von Chancen und Aufwendungen statt; wir sollten unseren Investoren auch zutrauen, diese Berechnungen anzustellen.

Ich möchte die Fördermaßnahmen der Staatsregierung in den letzten zehn Jahren ansprechen. Durch das Wirtschaftsministerium wurden Zuschüsse und Darlehen in einer Größenordnung von insgesamt – gewerbliche und kommunale Förderung zusammengefasst – rund 300 Millionen Euro ausgegeben. Dadurch wurde eine Investitionssumme von etwa 1,5 Milliarden Euro ausgelöst. Das hat mit dazu beigetragen, dass Bayern hier wachsende Beschäftigungszahlen hat.

Auf dem Tourismustag in München habe ich vor etwa einem Jahr moderne Angebote und Qualität in der Gastronomie angesprochen. Das hat nicht allen Anbietern gefallen. Aber diese Anfrage hat erfreulicherweise zu heftigen und positiven Reaktionen geführt. Der Charme der Siebzigerjahre bringt's in der Tat nicht mehr. Eine Welle von Investitionen ist Gott sei Dank in Gang gesetzt worden. Ich möchte denen, die hier investieren, sagen: Sie sind mutig, zumal es oft nicht einfach ist, von Banken im Bereich Tourismus Kredite zu bekommen. Hier ist leider eine gewisse Zurückhaltung festzustellen. Deshalb haben wir mit dem 100-Millionen-Euro-Sonderprogramm einen sehr wichtigen Anstoß gegeben. Es spricht doch alles dafür, dass das Programm attraktiv ist, wenn man nach drei Monaten schon feststellt, dass es überzeichnet ist.

(Manfred Ach (CSU): Ja!)

Das heißt: Die Idee war gut. Wenn mir der Bayerische Landtag – und darum bitte ich herzlich – mehr Geld zur Verfügung stellt, werden wir das Programm selbstverständlich aufstocken. Das wird im Zusammenhang mit den Beratungen über den Nachtragshaushalt 2008 eine Rolle spielen.

(Gudrun Peters (SPD): In welcher Größenordnung?)

Da die CSU-Fraktion die heutige Aktuelle Stunde beantragt hat, lege ich ihr sehr ans Herz, das Königsrecht des Parlaments, nämlich das Haushaltsrecht, in dieser Weise auszuschöpfen

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wer ist der König?)

und für den Bereich Tourismus, Herr Kollege Ach, ganz kräftig in die Staatsschatulle zu greifen. Das wird für ganz Bayern, auch für Unterfranken, nicht schlecht sein.

(Manfred Ach (CSU): Ich habe die herzliche Bitte aufgenommen, Herr Staatsminister!)

Wir haben neben diesen Mitteln durch die Haftungsfreistellung viele Möglichkeiten gegeben, dass hier investiert wird.

Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass es wichtig ist, im Bereich des Marketings noch mehr zu tun. Dennoch möchte ich herausstellen: Die Bayern Tourismus Marketing GmbH leistet insbesondere mit der Einführung von Markenkonzepten eine exzellente Arbeit, die weit über Bayern hinaus anerkannt ist. Erstmals ist es gelungen, auf der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin mit einem Gemeinschaftsstand aufzutreten, der weithin Beachtung gefunden hat. Die Illustrierte „Stern“ hat viele Auftritte auf der Internationalen Tourismus-Börse verrissen, aber einen einzigen gelobt, nämlich den des Freistaates Bayern. Das heißt: Von den Verbänden ist gute Arbeit geleistet worden.

Dennoch möchte ich alle Anregungen unterstützen, hier zu einem effizienteren Einsatz der Gelder zu kommen. Wir wollen das nicht von oben befehlen, aber ich möchte darum bitten, in den kommunalen Gremien die Effizienz des Mitteleinsatzes zu überprüfen, zu mehr kommunaler Zusammenarbeit zu finden und gemeinsam aufzutreten. Die Möglichkeiten und die Chancen, die es gibt, angefangen von der Gesundheit bis hin zum Bereich des Städtetourismus, sollten stärker ausgeschöpft werden. Wir werden in Zukunft noch mehr kombinierte Angebote machen müssen. Der reine Naturtourismus, wenn man nicht gerade einen Knut hat, was natürlich ein Ausnahmefall ist, bringt es alleine nicht mehr. Wir müssen eine stärkere Kombination von Kultur und Natur erreichen. Wir brauchen mehr Premiumangebote und einen effektiven Einsatz der Marketingmaßnahmen. Ich bin sicher, meine Damen und Herren, dass das Potenzial für Tourismus in Bayern besonders gut ist und dass wir in den nächsten Jahren mit Wachstumsraten und mit einer steigenden Beschäftigung auf diesem Gebiet rechnen können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir sollten die Anregungen, die heute gemacht wurden, in aktive Maßnahmen umsetzen. Ich bedanke mich. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, dass Bayern auch in der Zukunft das attraktivste und schönste Urlaubsland in Deutschland, wenn nicht gar in Europa ist und bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister Huber. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 3 und 4 auf:

**Antrag der Staatsregierung
Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2004 (Drs. 15/4203)**

Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2004 für den Einzelplan 11 (Drs. 15/4420)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierfür eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart.

Bevor ich als erstem Redner Herrn Kollegen Kiesel das Wort erteile, darf ich zu diesen Tagesordnungspunkten den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofes im Namen des Hohen Hauses herzlich begrüßen. Seien Sie uns willkommen, Herr Dr. Fischer-Heidlberger.

(Beifall)

Herr Kollege Kiesel, bitte. – Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, Platz zu nehmen und die Gespräche außerhalb des Plenarsaals zu führen.

Robert Kiesel (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zur Entlastung der Staatsregierung

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

für das Haushaltsjahr 2004 und zur Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2004 für den Einzelplan 11. Der Haushaltsausschuss hat hierüber tagelang diskutiert. Wir haben die Anregungen des Rechnungshofes zum Haushalt aufgegriffen, umfangreiche Beschlüsse gefasst und der Staatsregierung jede Menge Berichtspflichten auferlegt, die bis Ende des Jahres 2007 bzw. 2008 erfüllt werden müssen. Wir beantragen heute die Entlastung. Der Oberste Rechnungshof hat angemerkt:

Die in der Haushaltsrechnung 2004 aufgeführten Beträge stimmen mit den in den Büchern nachgewiesenen Beträgen überein. Bei den geprüften Einnahmen und Ausgaben sind keine Beträge festgestellt worden, die nicht belegt waren. Die Prüfung wurde stichprobenweise durchgeführt (Art. 89 Abs. 2 BayHO)

Die Gesamtbeurteilung der Haushalts- und Wirtschaftsführung im Jahr 2004 lautet:

Unbeschadet der im Übrigen dargestellten Prüfungsergebnisse kann festgestellt werden, dass die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Freistaates Bayern insgesamt geordnet war.

Die CSU-Fraktion schlägt deshalb die Entlastung der Staatsregierung für das Haushaltsjahr 2004 und die Entlastung des Obersten Rechnungshofes für den Einzelplan 11 vor. Gestatten Sie mir auch im Namen des Kollegen Gabsteiger dem Obersten Rechnungshof ein herzliches Dankeschön zu sagen, dem Herrn Präsidenten, dem Kollegium sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr großes Engagement und die vielen Anregungen, die sie uns, dem Landtag, für unsere Arbeit gegeben haben. Wir greifen sie gerne auf und werden natürlich entsprechend bei der Staatsregierung einfordern, dass das eine oder andere verändert werden muss.

Ich möchte mich auch sehr herzlich bei der Staatsregierung bedanken, auch bei Finanzminister Faltlhauser und Herrn Staatssekretär Meyer sowie bei der Finanzverwaltung, welche die Hauptlast des Haushalts zu tragen haben, für das große Engagement. Mein herzliches Dankeschön gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Finanzverwaltung für ihre große Motivation und die zielstrebige Arbeit.

(Jürgen Dupper (SPD): Wo bleibt der Dank an die Opposition?)

– Das kommt noch, Herr Kollege. Lieber Herr stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses, ich möchte mich auch bei der Opposition herzlich bedanken, bei allen Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses für die gemeinsame gute Diskussion. Ich bedanke mich beim Vorsitzenden Ach für die souveräne Führung. Das ist ganz wichtig; denn die Arbeit macht

trotz gelegentlich kontroverser Auffassungen viel Spaß. Am Ende kommen oft einstimmige Beschlüsse heraus. Wir haben viele Anmerkungen und Aufgaben für die Staatsregierung einstimmig verabschiedet. Die Entlastung wurde beim Einzelplan 11 selbstverständlich einstimmig beschlossen ebenso wie die Anregungen an die Staatsregierung zum Haushaltsjahr 2004.

Der Bayerische Landtag und der Haushaltsausschuss sind auf die Kontrolle des Obersten Rechnungshofs angewiesen. Ohne die Arbeit des Obersten Rechnungshofs hätten wir wesentlich mehr Schwierigkeiten, die Staatsregierung zu kontrollieren, was nach der Verfassung Aufgabe des Landtags ist.

Gestatten Sie mir einige Anmerkungen: 2004 war ein schwieriges Haushaltsjahr. Dennoch waren die Haushaltszahlen Bayerns im Vergleich mit den übrigen Bundesländern sehr positiv. Die Zinsquote in Bayern lag bei 3 %, die der westlichen Länder durchschnittlich bei 12,9 %, jene der östlichen Länder bei 14,6 %. Die Investitionsquote lag in Bayern bei 11,7 %, bei den westlichen Ländern bei 8,9 %. Jetzt passen Sie auf: Die Steuerdeckungsquote in Bayern lag bei 75,7 %, die der westlichen Länder bei 68,3 % und die der östlichen Bundesländer bei 47,1 %. Bedenken Sie den Abfluss aus Bayern für den Länderfinanzausgleich! Ich glaube, andere Bundesländer müssen da noch sehr viele Hausaufgaben erledigen, um ihren Haushalt in Ordnung zu bringen, ihre Schulden zurückzuführen, um mit dem Geld, das sie aus dem Länderfinanzausgleich erhalten, eine zukunftsorientierte Politik zu machen.

Die Personalausgabenquote in Bayern lag 2004 bei 42,4 %, in den westlichen Ländern bei 40,7. Hier komme ich auf eine Anmerkung des Obersten Rechnungshofs zu sprechen und auf die Diskussion über den Unterrichtsausfall, die derzeit in allen Fraktionen geführt wird. Der Oberste Rechnungshof bemerkt:

Die für ältere Lehrer geltenden pauschalen Ermäßigungen ihrer Arbeitszeit sind im Ländervergleich großzügig und binden derzeit eine Kapazität von 540 Lehrkräften.

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Hört, hört!)

Aufgrund der Altersstruktur der Lehrer wird sich diese Zahl bis zum Schuljahr 2010/11 verdoppeln. Der ORH sieht die Notwendigkeit, diese Aspekte und auch die Regelungen für den Ruhestandseintritt beamteter Lehrer in die Diskussion um die geforderten Neueinstellungen von Lehrkräften mit einzubeziehen.

Wenn sich diese Zahl bis zum Schuljahr 2010/2011 verdoppelt und gleichzeitig von vielen gesellschaftlichen Gruppen, vor allem der älteren Generation, gefordert wird, dass man sich über das 65. Lebensjahr hinaus einbringen kann, dann kann das Parlament das nicht ignorieren, sondern muss sich damit auseinandersetzen. Gestatten Sie mir diese Anmerkung als Haushälter.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bayern ist mit einer Steuerdeckungsquote von 75,7 % vorbildlich. Die Opposition kritisiert immer wieder, dass die Betriebsprüfung über zu wenige Leute verfügt. Ganz so schlecht kann es nicht sein, weil es sonst eine Steuerdeckungsquote in dieser Größenordnung nicht gäbe. Die übrigen Bundesländer haben da noch einen enormen Aufholbedarf.

Die Arbeitszeiterhöhung für Beamte hat insgesamt einen Kapazitätsgewinn von 460 Planstellen gebracht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

In der Finanzverwaltung haben wir von 1998 bis 2007 150 zusätzliche Stellen für die Außenprüfung geschaffen. Des Weiteren wurden 100 Millionen Euro in den letzten fünf Jahren in die EDV investiert sowie 20 Millionen in die Verkabelung. Das bedeutet, dass die Finanzverwaltung wesentlich effektiver arbeiten kann, als das oft dargestellt wird. Das muss man berücksichtigen. Es gibt also neue Konzepte und neue EDV-Programme. Die Verwaltung setzt alles daran, das vorhandene Personal effizient und zielgenau einzusetzen.

Großes Augenmerk wird auf das Risikomanagement gelegt. Die Steuerverwaltung arbeitet mit Hochdruck an einem elektronischen Risikomanagementsystem. Ziel ist, das Risiko für einen Steuerfall auf der Basis der verfügbaren Daten zu automatisieren und einfache und unrisikante Fälle maschinell zu veranlagern. Schwierige und fiskalisch risikobehaftete Fälle werden ausgesteuert und sorgfältig von Hand geprüft. Bearbeiter werden von der Prüfung unbedeutender Fälle entlastet und haben mehr Zeit für die Prüfung der risikobehafteten Fälle. Das muss man so deutlich sehen. Dass die Steuerdeckungsquote bei uns so hoch ist, hat gewiss auch damit zu tun.

Dann gibt es Diskussionen über die Umsatzsteuer. Nach wie vor ist die Umsatzsteuer durch Karussellgeschäfte, die über andere europäische Staaten laufen, risikobehaftet. Deshalb muss man auch hier die Risikofälle möglichst schnell erkennen und zeitnah erfassen, damit das Geld eingehoben werden kann, ehe sich alles verflüchtigt.

Der Oberste Rechnungshof macht weiter eine Anmerkung zu den Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, wo seiner Ansicht nach noch etwas verbessert werden kann. Das kann ich zwar nicht ganz verstehen, aber wenn der ORH das feststellt, dann gehe ich davon aus, dass er das korrekt geprüft hat. Er schätzt Steuerausfälle in Höhe bis zu 150 Millionen, weil bei der Erstveranlagung zu viele Fehler passieren. Die Staatsverwaltung setzt alles daran, das zu verbessern und die Risiken bei der Erstveranlagung durch mehr Außenprüfungen auszuschalten.

Man ist bemüht, eine elektronische AfA-Tabelle zu erarbeiten und einzusetzen. Das kann man wohl alles von in den Griff bekommen.

Bauunterhalt der staatlichen Gebäude war ein wesentliches Thema. Der ORH hat angemerkt, dass für Bauunterhalt zu wenig ausgegeben wird. Ich stelle fest: Im Doppelhaushalt 2005/2006 sah man dafür jährlich durch-

schnittlich 126 Millionen Euro vor. Der Ansatz dafür steigt im Doppelhaushalt 2007/2008 auf 226 Millionen Euro. Damit sind wir dem Ziel der geforderten 1,5 % des Neubauwerts für den Substanzerhalt sehr nahe oder erreichen es sogar.

Dann wurde die „Immobilien Freistaat Bayern“ gegründet. Ich bin davon überzeugt, dass mithilfe dieser Einrichtung die Bedarfsplanung, die Optimierung des Managements der Verwaltung und des Unterhalts der Immobilien wesentlich verbessert werden kann. Ich bitte die Finanzverwaltung, mit allem Hochdruck daran zu arbeiten, dass die Immobilienverwaltung effizient arbeiten und ihr Ziel erreichen kann.

Verwaltungsreform und Bürokratieabbau sind ein Dauerthema. Der Bürger kann das schon fast nicht mehr hören: Wann immer eine Kleinigkeit irgendwo abgebaut wird, entsteht woanders neue Bürokratie. Als Beispiel nenne ich die Bärenverordnung mit 40 Seiten. Auch die Verordnung zum Büchergeld ist sehr umfangreich.

(Zuruf von der SPD: Abschaffen!)

Diese Themen muss der Landtag einmal aufgreifen; hier gäbe es viel zu verbessern.

Die Politik sollte alles daran setzen, sich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen zu beschränken. Die Staatsregierung muss dafür sorgen, dass die Arbeit vor Ort erledigt werden kann. Wer Vertrauen schenkt, wird Verantwortung ernten. Die Weiterbildung der Führungskräfte hat Vorrang und muss noch verbessert werden.

Verwaltung soll dort stattfinden, wo sie notwendig ist. Ein Weniger an Verwaltung und Bürokratie wäre oft mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer Vertrauen schenkt, wird Verantwortung ernten. Ich glaube, die Staatsregierung muss mehr Vertrauen an ihre unteren Behörden übertragen. Sie muss die Rahmeneckdaten klar abstecken, damit der Ermessensspielraum genutzt werden kann. Dann haben wir die Chance, im Wettbewerb weiterhin an vorderster Stelle mitzuspielen. Herr Finanzminister, ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich und bitte um die Entlastung der Staatsregierung für das Haushaltsjahr 2004 und des Obersten Rechnungshofs, Einzelplan 11, für das Haushaltsjahr 2004.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schieder.

Werner Schieder (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Rechnungshof hat uns mit dem diesjährigen Bericht eine Menge Anregungen gegeben. Wir haben im Haushaltsausschuss darüber sehr ausführlich diskutiert. Der Bericht enthielt viele Anregungen für die Regierungsarbeit, aber auch für die Arbeit des Haushaltsausschusses insgesamt. Dafür sind wir sehr dankbar.

Ich möchte mich in meinem Beitrag nur auf vier Punkte beschränken, die unter der Fragestellung stehen: Ist die Politik der Bayerischen Staatsregierung nachhaltig?

(Herbert Fischer (CSU): Jawohl!)

Ich beantworte diese Frage vorweg schon einmal mit einem klaren Nein. Ich werde das im Detail noch begründen.

Meine Damen und Herren, ich möchte erstens mit einem Beispiel beginnen, bei dem ich sozusagen über einen „Stein des Anstoßes“ berichte: Der Rektor der Universität Regensburg hat in einem Regal seines Dienstzimmers einen Betonbrocken stehen. Dieser Betonbrocken ist von einer Fassade im Innenhof der Universität heruntergefallen, als der Rektor gerade den Hof überqueren wollte. Dieser Betonbrocken hat den Rektor nur knapp verfehlt. Beinahe wäre etwas passiert. In der Erinnerung an dieses Ereignis und als einen Mahnstein für den heruntergekommenen baulichen Zustand der Universität Regensburg hat er diesen Betonbrocken in seinem Zimmer aufgestellt.

(Beifall bei der SPD)

In der Universität Regensburg müssen in den Hörsälen Eimer aufgestellt werden, weil es dort hineintropft. An den Innenwänden der Gänge läuft das Regenwasser herunter. Einzelne Bezirke der Universitätsinnenhöfe sind mit Gittern abgesperrt, weil es zu gefährlich wäre, die Höfe an diesen Stellen zu durchqueren, da der Beton herunterfallen könnte. Das ist der Zustand der Universität Regensburg, den ich aus eigener Anschauung schildern kann.

Ich bin deshalb sehr dankbar, dass der Rechnungshof dieses Thema in seinem Bericht aufgegriffen hat. Der Rechnungshof hat festgestellt, dass die Staatsregierung für den Bauunterhalt der Universität Regensburg über lange Jahre hinweg nur drei bis vier Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat. Nötig wären jedoch sieben bis zehn Millionen Euro gewesen. Inzwischen beläuft sich der Sanierungsrückstand auf knapp 400 Millionen Euro. Wenn die Staatsregierung weiterhin jährlich drei bis vier Millionen Euro für den Bauunterhalt zur Verfügung stellt, wird es nach meiner Rechnung ungefähr hundert Jahre dauern, bis die Universität Regensburg saniert sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser heruntergekommene bauliche Zustand der Universität Regensburg ist – das schreibt der ORH der Staatsregierung ins Stammbuch – das Ergebnis einer jahrelangen Vernachlässigung des Bauunterhalts. Dies gehört auch zum vollständigen Bild der bayerischen Hochschullandschaft. Das gehört zur ganzen Wahrheit über die bayerische Hochschulpolitik.

(Beifall bei der SPD – Thomas Mütze (GRÜNE): Der Finanzpolitik!)

Was wir in Regensburg vorfinden, ist ein Armutszeugnis für ein an sich reiches Land. Es ist ein beschämendes Resultat der Politik der Staatsregierung. Ich möchte an

dieser Stelle ausdrücklich sagen: Wir fordern, dass die Staatsregierung endlich tätig wird und die Sanierung der Universität Regensburg zügig voranbringt. Dies ist ein Beispiel dafür, dass die Politik der Staatsregierung nicht nachhaltig ist. Die Staatsregierung verlagert schwerwiegende Lasten auf zukünftige Generationen und Entscheider.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Punkt: Der ORH stellt fest, dass das Beispiel der Universität Regensburg zwar außergewöhnlich und extrem, aber leider Gottes nicht das einzige Beispiel ist. Wenn der Freistaat Bayern seine Gebäude einigermaßen unterhalten und erhalten wollte, müsste er dafür jährlich etwa 300 bis 400 Millionen Euro aufwenden. Tatsächlich stehen im Haushalt über Jahre hinweg dafür nur 175 Millionen Euro zur Verfügung. Im ORH-Bericht wird dargelegt, dass es beim Einzelplan 15, also bei den Hochschulen, besondere Probleme gibt. Die Bauämter haben nämlich erklärt, dass zum Erhalt der Substanz jährlich 150 Millionen Euro erforderlich wären. Tatsächlich stellen die Staatsregierung und die CSU – sie ist mit ihrer Mehrheit der Haushaltsgesetzgeber – nur 40 Millionen Euro zur Verfügung.

150 Millionen Euro wären nötig, tatsächlich werden aber nur beschämende 40 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das Ergebnis ist, dass es mit der Qualität der staatlichen Gebäude nicht mehr zum Besten steht. Wegen der Vernachlässigung des Bauunterhalts wird die nächste Generation überproportional belastet. Diese Generation wird Mehrausgaben tätigen müssen; denn je länger etwas nicht bereinigt wird, umso teurer wird es später. Die Haushaltsbelastungen werden schlicht in die Zukunft verschoben. Eine solche Politik ist nicht nachhaltig, sondern das Gegenteil davon. Hier handelt es sich um eine schon jetzt festzustellende schwere Erblast der Regierung Stoiber. Das möchte ich hier einmal feststellen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der dritte Punkt, den ich hier anführen möchte, betrifft das Stichwort Private Public Partnership oder – wie es neuerdings heißt – Öffentlich-Private Partnerschaft – ÖPP –. Der Rechnungshof hat – wie bereits vor einigen Jahren – zwei Projekte, in diesem Fall Staatsstraßenprojekte, analysiert, die unter dem Modell der Öffentlich-Privaten Partnerschaft durchgeführt worden sind. Seine Feststellungen sind interessant, weil es in den letzten Jahren modern geworden ist, so zu tun, als wären ÖPPs eine Möglichkeit, Projekte besser oder effizienter zu verwirklichen. Der ORH rechnet uns jedoch vor, dass diese ÖPP-Projekte, die er untersucht hat, keine Kostenvorteile bringen. Er stellt fest, dass eine Kreditfinanzierung durch den Staat deutlich billiger käme, weil der Staat Kredite günstiger als private Beteiligte aufnehmen kann. Außerdem muss man sehen, dass bei den ÖPP-Projekten eine Menge von Beratern und Anwälten beteiligt sind, die alle Geld verdienen möchten. Das verursacht natürlich Kosten. Deshalb sind die ÖPP-Projekte teurer, als wenn der Staat selbst bauen würde.

Der ORH sagt, dass jedes Projekt langfristige finanzielle Belastungen für die Zukunft begründen würde. Das ist

interessant; denn die Staatsregierung sagt immer, dass sie einen ausgeglichenen Haushalt und Generationengerechtigkeit erreichen sowie Belastungen für künftige Generationen und Entscheider verhindern wolle. Nach der Analyse der ÖPP-Projekte ist jedoch klar, dass die Staatsregierung finanzielle Belastungen in die Zukunft verschiebt. Wörtlich schreibt der ORH in seinem Bericht: „Das wird auch zukünftig die Haushalts- und Handlungsspielräume einengen.“

Meine Damen und Herren, ÖPP-Finanzierungen sind im Grunde genommen nichts anderes als eine nicht offengelegte Verschuldung. Herr Finanzminister, Sie reden zwar vom ausgeglichenen Haushalt, haben aber eine Menge nicht offengelegter Verschuldung. Dadurch werden im Grunde Schattenhaushalte begründet.

(Beifall bei der SPD)

An der Stelle will ich sagen, das hat nichts mit einer nachhaltigen Politik zu tun, sondern damit verschieben Sie Lasten auf spätere Generationen. Deswegen halten wir es für falsch, noch mehr in ÖPP-Projekte einzusteigen.

Meine Damen und Herren, ein vierter und letzter Punkt in dem Zusammenhang. Der ORH hat festgestellt, dass bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung über ein Viertel der Fälle unzureichend bearbeitet werden. Ein wichtiger Grund dafür ist die nach wie vor bestehende Unterbesetzung der betriebsnahen Veranlagung und des Veranlagungsinneendienstes. Der ORH sagt, dass nach vorsichtiger Hochrechnung allein bei der Einkunftsart Vermietung und Verpachtung jährlich Steuerausfälle in Höhe von 150 Millionen Euro entstehen. Das ist doch Geld, das wir dringend für die Maßnahmen brauchen, die ich gerade angesprochen habe.

Hauptproblem ist hier, dass diese Beanstandung seitens des ORH nicht zum ersten Mal, sondern zum wiederholten Male gemacht wird. Zum wiederholten Mal wird darauf hingewiesen, dass wir keinen geordneten Steuervollzug mehr haben. Dafür gibt es Verantwortliche. Herr Finanzminister, Sie schauen mich so an. Bei diesem Punkt muss ich auch sagen, dass diese Politik nicht der Nachhaltigkeit dient. Zu einer nachhaltigen Politik gehört es auch, dass wir die Steuereinnahmen sicherstellen, die wir für die Finanzierung dringender öffentlicher Aufgaben brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Punkt wäre durchaus einer ausführlicheren Betrachtung wert. Gerade in den letzten Monaten ist er in den Monatszeitschriften der Bayerischen Finanzgewerkschaft immer wieder aufgegriffen worden. Ich zitiere nur kurz. Die mangelnde Personalausstattung der Finanzverwaltung in Bayern ist vom Vorsitzenden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Dieter Ondracek, scharf kritisiert worden. Er sagt, diese mangelnde Personalausstattung koste den Freistaat jährlich 500 Millionen Euro. Das ist auch plausibel, wenn man die Feststellungen des Obersten Rechnungshofes in den letzten Jahren im Zusammenhang sieht. Dabei reden wir noch nicht einmal über den Vorsteuerbetrug, der noch dazukommt. Eine halbe Milliarde

fällt also aus, weil der Finanzminister einen geordneten Steuervollzug in Bayern nicht mehr gewährleisten kann. Herr Ondracek bringt es auf den Punkt, indem er sagt, Bayern sei deutschlandweit das Schlusslicht. Herr Finanzminister, Sie sind hier nicht vorne, sondern Bayern ist hier Schlusslicht. Das ist beschämend, und das sollte geändert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mit diesen Ausführungen verständlich machen, dass wir angesichts solcher Fehlleistungen der Entlastung der Staatsregierung nicht zustimmen werden. Selbstverständlich werden wir der Entlastung des Obersten Rechnungshofes zustimmen. Bei der Gelegenheit will ich mich beim Obersten Rechnungshof herzlich bedanken für die Anregungen, für die geleistete Arbeit und für die gute Zusammenarbeit. Ich bedanke mich beim Präsidenten, beim Kollegium und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofes und der Prüfungsämter. Es ist wichtig, dass wir in Bayern eine solche Einrichtung haben. Es ist jedes Mal interessant, wenn wir im Ausschuss über die Anregungen und die Hinweise auf die Fehlleistungen der Staatsregierung miteinander diskutieren können. In diesem Sinne herzlichen Dank! Wir werden der Entlastung des ORH zustimmen. Der Entlastung der Staatsregierung werden wir nicht zustimmen. Ich bitte den Herrn Präsidenten auch, bei der Abstimmung über die Punkte, über die im Ausschuss nicht einstimmig beschlossen wurde, gesondert abstimmen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Das werden wir machen. Ich habe aber noch zwei Wortmeldungen. Die nächste Wortmeldung: Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Minister, Herr Staatssekretär, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir geben der Staatsregierung für das Rechnungsjahr 2004 natürlich keine Entlastung.

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Das ist aber eine Überraschung!)

2004 war das Jahr der tiefen Einschnitte. Es war das Jahr, in dem Initiativen und Organisationen von der Staatsregierung teilweise an die Wand gefahren wurden. Es war das Jahr, von dem sich bis heute viele noch nicht erholt haben. Dafür gibt es von uns keine Entlastung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der ORH nimmt die Haushaltsrechnung für 2004 genauer unter die Lupe. Einige Feststellungen scheinen uns schon bemerkenswert. Das gilt vor allem für die Feststellungen zu den haushaltswirtschaftlichen Quoten, also für die allgemeinen Feststellungen. Kollege Kiesel, einige Quoten haben Sie schon genannt, eine Zahl haben Sie allerdings ausgelassen. Es war die Investitionsquote. Ich kann mir schon vorstellen, warum.

(Manfred Ach (CSU): Er hat sie schon genannt! 11,7 %! Bundesweit 8,9 %!)

Die Investitionsausgaben allein der Hauptgruppen sieben und acht haben sich um über eine Milliarde, also um fast 22 % vermindert. Darunter haben insbesondere folgende Politikfelder besonders gelitten – ich zähle sie auf: Bei der Wohnungsbauförderung waren es 50 Millionen weniger; beim Bau von Abwasseranlagen waren es 20 Millionen weniger; bei den Zuweisungen für die Bahnregionalisierung waren es 68 Millionen weniger; beim Schul- und Krankenhausneubau waren es 141 Millionen weniger. Sonst haben Sie auf diese Quote immer stolz geschaut. Sie haben sie immer ganz hoch gehalten, weil die Investitionsquote der Ausdruck von Handlungsfähigkeit ist. Die Investitionsquote zeigt, wie handlungsfähig der Staat ist, was er sich leisten kann. Heute sind Sie an dem Punkt etwas stiller. Das wird später auch bei den Textnummern deutlich. Kollege Schieder hat es schon erwähnt. Ich nenne nur die Stadt Regensburg. Sie wissen, was dort passiert, wenn die Investitionsquote so stark sinkt.

Eine allgemeine Anmerkung zur Staatsverschuldung. Trotz der Privatisierungserlöse sind die Staatsschulden seit 1993 um 50 % auf 23 Milliarden Euro gestiegen. Das ist Ihnen bekannt. Der ORH meint, dass sich der Freistaat in den beiden Jahren 2004 und 2005 mit insgesamt 2,8 Milliarden neu verschuldet habe, obwohl die Steuereinnahmen die Haushaltsansätze übertroffen haben. Das entspricht einem Schuldenzuwachs von 13,6 %. Eine dauerhafte Haushaltskonsolidierung – so sagt der ORH, Herr Finanzminister – könne nur erreicht werden, wenn Ausgaben ohne Kredite gedeckt und Mehreinnahmen zum Schuldenabbau verwendet würden. Über den Schuldenabbau haben wir in diesem Hause noch nicht gesprochen. Im Moment wird in der Föderalismuskommission II darüber gesprochen. Dort besteht die Chance auf eine Regelung, die im kommenden Staatshaushalt den Einbau einer Schuldenbremse verlangt. Der ORH hat bereits darauf hingewiesen. Herr Minister, ich bin gespannt darauf, wie Sie eine Schuldenbremse sehen, ob Sie sie als Chance sehen, in Zukunft Schulden abzubauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der ORH nimmt sich alle Jahre wieder auch der freiwilligen Leistungen an. Diese entsprechen mit rund 2,7 Milliarden etwa 8 % des Staatshaushaltes. Das ist ein nicht kleiner Anteil. Er hält die Überprüfung dieser Subventionen für notwendig, denn freiwillige Leistungen sollen leistungsbezogen sein. Sie sollen ein Anreiz zur Optimierung sein. Bagatellförderungen sollen vermieden werden. Mit den Förderungen sollen Ziele vorgegeben werden, was erreicht werden soll, damit auch die Notwendigkeit der Förderung klar wird. Mitnahmeeffekte sollen vermieden werden. Mitnahmeeffekte entstehen vor allem dann, wenn die Leistungsfähigkeit eines Zuwendungsempfängers nicht berücksichtigt wird. Es soll eine Erfolgskontrolle geben. Der bloße Mittelabfluss darf nicht als Erfolgskontrolle genommen werden. Bei der Hightech-Offensive reicht es zum Beispiel, dass das Geld einfach weg ist. Es wurde aber niemals evaluiert, ob die Maßnahme ein Erfolg war oder nicht. Und es soll Transparenz geben. Für die Transparenz haben Sie einiges getan. Es gibt einen Internetauftritt, in dem alle Förderungen aufgelistet sind. Bei den anderen Punkten mangelt es immer wieder. Dass die Kriterien nicht immer eingehalten werden, hat auch dieser ORH-Bericht wieder

bewiesen. Es gibt immer wieder Punkte, bei denen die Staatsregierungen Verbesserungen hartnäckig schuldig bleibt und bei denen die Landtagsfraktion der CSU willfähige Helferin ist. Soweit zum einen.

(Manfred Ach (CSU): Das ist aber kein freundlicher Ausdruck!)

Zur niedrigen Personalausstattung der Finanzämter hat Kollege Schieder schon etwas gesagt. Jahr für Jahr gibt es Ausfälle in Höhe von 150 Millionen bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. Dabei sagt der ORH selbst, dies sei vorsichtig geschätzt. Aus Zeitmangel können die Prüfer die Sachverhalte einfach nicht mehr ermitteln. Es gibt Mängel in der Sachverhaltsermittlung. Das führt zu diesen Ausfällen.

Auch bei der Lohnsteueraußenprüfung gibt es Ausfälle in Millionenhöhe wegen eklatanter Unterbesetzung beim Personal.

Dies führte immerhin dazu, dass dem Finanzamt München zusätzliches Personal zur Prüfung von Körperschaften zur Verfügung gestellt wurde. Das heißt, Sie haben in dem Fall eingesehen, dass etwas falsch gelaufen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir von Steuergerechtigkeit reden, sollten wir erst einmal damit anfangen, die Steuern, die dem Staat sowieso zustehen, einzuholen. Wir brauchen keine neuen Regelungen, keine neuen Steuern, keine neuen Gesetze, sondern wir müssen lediglich die Regelungen, die wir jetzt schon haben, durchsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bundeswirtschaftsminister Glos will Steuergeschenke verteilen und meinte, die Bürger müssten Entlastung spüren. Über die Gegenfinanzierung hat er nicht gesprochen. Hier haben Sie die Gegenfinanzierung. Damit könnten Sie die Steuergeschenke finanzieren. Das könnten Sie Bundeswirtschaftsminister Glos an die Hand geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Punkt zwei, die Landwirtschaft. Kollege Eckstein ist nicht da. Ich sage es trotzdem. Ich habe noch kein Ministerium erlebt, das sich in den letzten Jahren so resistent gegen Anmerkungen des ORH gezeigt hat, wie das Landwirtschaftsministerium. Da müssen erst strafrechtlich relevante Fälle zutage treten. Da müssen Gerichte eingeschaltet werden und diese per Urteil feststellen, dass etwas falsch gelaufen ist. Dann, erst dann, reagiert dieses Ministerium. Das ist mehr als peinlich. Letztes Jahr haben Sie, Herr Kiesel, angemerkt, Subventionsbetrug müsse geahndet werden. Das ist nicht mein Zitat, das ist Ihres anlässlich des letzten ORH-Berichts. Dabei bleibt es. Es kann nicht angehen, dass möglichst viele Fördermittel an möglichst viele Landwirte verteilt werden, unabhängig davon, ob das notwendig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn es geht – das hat der diesjährige ORH-Bericht bewiesen – fließt auch doppelt Geld aus unterschiedlichen Programmen. Dafür werden für KULAP-Doppelförderungen Richtlinien verändert, wie für die Förderung in Wasserschutzgebieten.

Punkt drei. Dieser Punkt – Kollege Schieder hat das schon angemerkt – dokumentiert am besten die Widersprüchlichkeit und das Vorspiegeln falscher Tatsachen. Ich nenne es das „Prinzip Regensburg“. Warum das? – Es wird etwas neu gebaut. In dem Falle vor über 20 Jahren eine Universität.

(Werner Schieder (SPD): 40!)

Dann passiert jahrzehntelang nichts. Die vorhandene Infrastruktur verrottet. Es passiert nichts. Die Mittel, die zum Bestandserhalt eingesetzt werden müssten, werden nicht zur Verfügung gestellt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Es regnet durch!)

Die Instandhaltung wird versäumt. Herr Minister, das geht in erster Linie Sie etwas an. Sie müssen das Geld zur Verfügung stellen. Es ist nicht so, dass man das nicht gewusst hätte. Schon 1998 wurde von der Staatsregierung eine Liste erstellt mit 5000 Liegenschaften, die saniert werden müssen.

(Robert Kiesel (CSU): Die meisten sind saniert!)

– Das, lieber Kollege Kiesel, zweifle ich ganz massiv an, denn der Bauunterhalt wird von der Staatsregierung konsequent unterfinanziert.

Statt 1 % bis 1,5 % wird bis jetzt mit einem halben Prozent gearbeitet. Inzwischen, wenn zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen, bequemen Sie sich endlich, vielleicht 1,5 % in den Haushalt einzustellen. Für ein halbes Prozent bekommt man keine sanierten Liegenschaften. Regensburg ist nur die Spitze des Eisberges.

Die Staatsstraßen und die Brücken über unsere Flüsse sind ebenso betroffen. Bestes Beispiel ist Unterfranken. Die absolute Spitze ist dann, dass die Staatsregierung zur Lösung des Problems mit der Öffentlich-Privaten Partnerschaft – ÖPP – oder Public Private Partnership – PPP –, wie es Ihnen lieber ist, ein Mittel vorschlägt, das der ORH im vorliegenden Bericht in Bausch und Bogen demaskiert. ÖPP ist kein Allheilmittel, als das es die Staatsregierung gerne hinstellen möchte. Von daher wird es von uns abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Im Endeffekt ist das teuer!)

Zusammenfassend darf ich zu den Liegenschaften, Straßen und Brücken ausführen: Sie lassen sich für einen ausgeglichenen Haushalt feiern, vernachlässigen gleichzeitig aber die Infrastruktur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verschieben die Sanierung als Folgelasten in die Zukunft. Der neue Ministerpräsident kennt das Problem. Er ist für die Straßen und Brücken zuständig. Vielleicht löst er es auch endlich.

(Werner Schieder (SPD): Er wird spitzen, was er hinterlassen bekommen hat!)

– Allerdings.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD – Glocke des Präsidenten)

– Ich habe noch etwas Zeit. Ich bin gerne bereit, diese Diskussion zu eröffnen.

(Manfred Ach (CSU): Da kommen Sie nicht gut weg!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf nebenbei bemerken, dass viele Punkte des ORH-Berichts im Haushaltsausschuss einstimmig verabschiedet wurden. Das bedeutet, dass die CSU-Fraktion bei Punkten, die ihr nicht so wehgetan haben, einsichtig ist. Das heißt, dass in den meisten Fällen die Kritik von der CSU wahr- und ernstgenommen wird, bis auf die wichtigen alljährlichen „Hämmer“, die uns Jahr für Jahr präsentiert werden.

Wir möchten uns beim ORH bedanken, dass er wie ein Trüffelschwein jedes Jahr die Perlen staatlichen Fehlverhaltens präsentiert und wir gemeinsam dieses Fehlverhalten kritisieren können. Oft hilft dies. Wir wären froh, wir müssten das Fehlverhalten nicht kritisieren, weil es dieses nicht gäbe. Dann gäbe es auch den ORH nicht. Auf diese Diskussion möchte ich aber nicht verzichten. Wir entlasten den ORH, nicht aber wegen ihrer falschen Politik die Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ist das richtig? – Dann ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 3 abstimmen. Der Abstimmung liegt die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/7723 zugrunde. Ich gehe davon aus, dass über die einzelnen Nummern getrennt abgestimmt werden soll, wie das Kollege Schieder beantragt hat.

(Manfred Ach (CSU): Nur die Differenzpunkte!)

Nach der Nummer 1 der Beschlussempfehlung soll der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2004 und des Jahresberichts 2006 des Bayerischen Obersten Rechnungshofes gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2004 Entlastung erteilt werden.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. So beschlossen.

Nach der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen soll die Staatsregierung gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht werden, entsprechend den Buchstaben a) mit w) eine Reihe von Maßnahmen zu veranlassen und zu den Buchstaben a) mit d), f) mit j) sowie r) mit v) zu berichten. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 15/7723.

Ich lasse zunächst über die Buchstaben a) mit c), h), n) mit p) und u), zu denen kein einstimmiges Ausschussvotum vorliegt, einzeln abstimmen.

Wer dem Buchstaben a) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. So beschlossen.

Wer dem Buchstaben b) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. So beschlossen.

Wer Buchstaben c) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist so beschlossen mit den Stimmen der CSU-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Wer Buchstaben h) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist mit Mehrheit der CSU-Fraktion so beschlossen.

Wer Buchstaben n) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Wer Buchstaben o) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Gegen die Stimmen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist mit den Stimmen der CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion so beschlossen.

Wer Buchstaben p) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist mit den Stimmen der CSU-Fraktion und der Fraktion der SPD so beschlossen.

Wer Buchstaben u) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen?

– Dann ist so beschlossen mit den Stimmen der CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Nun lasse ich gemeinsam über die einstimmig beschlossenen Buchstaben d) mit g), i) mit m), q) mit t) sowie v) und w) der Nummer 2 abstimmen. Wer der Nummer 2 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle drei Fraktionen. Ich frage trotzdem Gegenstimmen ab. – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen ist damit in allen Punkten zugestimmt worden. Damit ist der Staatsregierung nach Maßgabe der soeben beschlossenen Ersuchen die Entlastung für das Haushaltsjahr 2004 gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung erteilt.

Ich lasse nun über Tagesordnungspunkt 4 abstimmen. Nach der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/7722 soll dem Bayerischen Obersten Rechnungshof für das Haushaltsjahr 2004 die Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Dem Bayerischen Obersten Rechnungshof ist gemäß Artikel 101 in Verbindung mit Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung damit ebenfalls einstimmig die Entlastung erteilt. – Herr Präsident Dr. Fischer-Heidlberger, Gratulation. Ich hoffe, dass Sie das auch als Auftrag auffassen, weiterhin die Linie Ihres Hauses konsequent zu verfolgen. Sie sind sozusagen das einzige Kontrollorgan in Bayern, vor dem alle Angst haben.

(Allgemeiner Beifall)

Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 sind damit erledigt. Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Gesetzentwurf der Abg. Joachim Hermann, Joachim Unterländer u. Frakt. (CSU),
Frank Maget, Kathrin Sonnenholzner u. Frakt. (SPD),
Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Renate Ackermann
u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesetz über den Landesgesundheitsrat
(Drs. 15/7870)
– Erste Lesung –**

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Unterländer. Bitte schön.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gesundheitspolitik betreffen gerade in der Prävention, der Versorgung durch niedergelassene Ärzte und der stationären Behandlung – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, einen Augenblick. – Liebe Kolleginnen und Kollegen bei der Regierungsbank, ich habe die große Bitte, dass Sie den parlamentarischen Ablauf nicht stören. Draußen gibt es genug Platz. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Vielen Dank, Herr Präsident.

Diese Bereiche der Gesundheitspolitik betreffen wie kaum ein anderer Sektor die Landespolitik. Wie ebenfalls kaum ein anderer Bereich ist der Gesundheitssektor von kompetenten Akteuren gekennzeichnet, die in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Landesgesundheitsrats und dem zugrunde liegenden Gesetz nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Der Landesgesundheitsrat ist für den Landtag und die Staatsregierung ein geeignetes Gremium für fachliche Anregungen und ein Forum. Die fehlende Abbildung der gesundheitspolitischen Realität in der Zusammensetzung und eine unklare Aufgabenbeschreibung, was der Landesgesundheitsrat tatsächlich zu tun hat, haben in der Vergangenheit, gerade in den letzten Jahren, dazu geführt, dass seine Arbeit und insbesondere die Arbeitsergebnisse unzureichend wahrgenommen worden sind. Das hat letztlich dazu geführt, dass die Präsenz, gerade der parlamentarischen Vertreter, immer mehr abgenommen hat.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang feststellen, dass zur Abbildung der gesellschaftlichen und gesundheitspolitischen Realität möglicherweise das Verhältnis von Parlamentariern zu Akteuren des Gesundheitswesens im Landesgesundheitsrat noch stärker zugunsten der Fachleute korrigiert werden muss. Wenn wir akzeptieren und anerkennen, dass der Landesgesundheitsrat ein Beratungsgremium ist und nicht das gleiche Schicksal wie beispielsweise der Bayerische Senat erleiden soll, das irgendwann vollständig ersatzlos abgeschafft wird, wie es vor dem Hintergrund der von mir geschilderten Entwicklung die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gefordert hat, sind im Hinblick auf die Aufgabenbeschreibung und die Zusammensetzung Konsequenzen zu ziehen.

Den drei im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen ist es fraktionsübergreifend gelungen, diesen Gesetzentwurf einzubringen, der zum einen vorsieht, in Artikel 1 die Zuständigkeits- und Aufgabenbeschreibung des Landesgesundheitsrates weiterzuentwickeln. Konkret soll auf die Landespolitik abgehoben werden.

Des Weiteren soll die Zusammensetzung zulasten der parlamentarischen Vertreter verändert werden. Dafür sollen Vertreter anderer Bereiche, die bisher de facto ausgeblendet waren, zum Beispiel Heilpraktiker, die Selbsthilfe, Patientenvertretungen, Gesundheitsberufe sowie der öffentliche Gesundheitsdienst, in stärkerem Maße einbezogen werden.

Was den Vollzug dieser Änderungen anbelangt, die wir auf dem Verhandlungswege gemeinsam beraten haben, werden wir sicherlich in der Ausschussberatung noch diskutieren. Es ist notwendig festzustellen: Die Arbeit des

Landesgesundheitsrates hat nur dann Sinn, wenn wir sie konkret definieren und umschreiben. Sie hat nur dann Sinn, wenn wir die Zusammensetzung des Gremiums dem Gesundheitswesen im Freistaat Bayern anpassen. Dies ist die Grundlage dieses Gesetzentwurfs.

Ich bin recht zuversichtlich, nachdem sich alle drei Fraktionen mit ihren Vorstellungen in dem Gesetzentwurf wiederfinden, dass wir zu guten Beratungen mit der entsprechenden Änderung des Gesetzes zum Landesgesundheitsrat kommen werden.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wahnschaffe. – Entschuldigung. Bei mir steht Kollege Wahnschaffe. Frau Kollegin Sonnenholzner, Sie haben das Wort.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mit seltener Einmütigkeit haben die drei Fraktionen in diesem Haus ein gewisses Unwohlsein mit der derzeitigen Struktur und Arbeitsweise des Landesgesundheitsrates geäußert und festgestellt, dass seine Abschaffung nicht die richtige Lösung wäre, sondern eine Wiederbelebung sowohl inhaltlich als auch bei der Zusammensetzung dieses Gremiums angestrebt werden soll. Das ist die Grundlage dieses Gesetzentwurfs. Wesentliche Bestandteile hat Kollege Unterländer schon berichtet; das muss ich nicht wiederholen.

Interessant ist, dass wir als Parlamentarier uns mit einer Reduzierung der Abgeordnetenzahl in dem Gremium selbst kasteien zugunsten der Vertreter der Gesundheitsberufe bzw. der Verbände, die bislang noch nicht im Landesgesundheitsrat vertreten waren, die aber im 21. Jahrhundert zumindest eine entscheidende Rolle im Gesundheitswesen spielen. Diese Vertreter aus dem Gesundheitswesen sollen künftig bei den Beratungsleistungen des Landesgesundheitsrates für die Staatsregierung und den Bayerischen Landtag mitwirken.

Ich bin sicher, dass durch diese Erweiterung um die schon genannten Mitglieder die Diskussion zwar nicht an jeder Stelle einfacher werden wird, sie wird mit Sicherheit aber lebendiger werden. Es wird uns sicherlich gelingen, dann tatsächlich das zu schaffen, was wichtig ist, nämlich eine Entscheidungsfindung über Themen, die die Gesundheit in Bayern betreffen. Es ist ein für mich wichtiger Gesichtspunkt, uns nicht mit dem zu beschäftigen, was in der Bundespolitik passiert, sondern wir müssen uns originär mit dem beschäftigen, was es in Bayern an Handlungsspielräumen und Notwendigkeiten im gesundheitspolitischen Bereich gibt.

Ganz besonders wichtig war mir, dass der öffentliche Gesundheitsdienst nicht mehr wie bisher durch einen Landrat, sondern durch den Verband der dort tätigen Mediziner vertreten wird. Das ist ein breiter Sektor, wo es wieder zusätzliche Aufgaben geben wird, wie zum Beispiel beim Thema Vernachlässigung von Kindern. Aus diesem Grund ist es, wie gesagt, wichtig, den öffentlichen Gesundheitsdienst einzubinden, was nicht be-

deutet, dass die anderen von Herrn Unterländer schon genannten Gruppen, die jetzt neu hinzukommen, unsere Wertschätzung nicht ebenso haben.

Es gibt viel zu tun. Wir haben es mit großen Problemen – ich nenne nur die Drogensucht, den Alkoholmissbrauch, das Stichwort: Flatrate-Saufen – zu tun. Auch das sind Themen, mit denen sich dieser Landesgesundheitsrat sinnvollerweise beschäftigen muss. Ebenso steht das Thema Impfungen auf der Agenda. Es gibt also, wie gesagt, viel zu tun und ich hoffe deshalb, dass wir es schaffen, den Gesetzentwurf zum 01.07.2007 in Kraft treten zu lassen, wie es in dem Entwurf auf Drucksache 15/7870 vorgesehen ist. Dann kann der Landesgesundheitsrat nach der Sommerpause in neuer Zusammensetzung frisch und mit großem Elan seine Arbeit aufnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Das Wort hat Frau Kollegin Rütting.

Barbara Rütting (GRÜNE): Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen mich guter Hoffnung. Das hat nichts mit Ihrem Buch zu tun, Herr Prof. Gantzer,

(Heiterkeit)

sondern damit, dass ich glaube, dass ich nach vier Jahren Zugehörigkeit zu diesem Parlament endlich in meinem Bemühen Erfolg haben werde, einen meiner Anträge durchzubringen. Bisher wurden alle meine Anträge vor allem von den Damen und Herren der CSU stets abgelehnt. Es sieht nun also ganz hoffnungsvoll aus.

Der Landesgesundheitsrat wurde 1953 gegründet mit dem Ziel, die Abgeordneten in gesundheitspolitischen Fragen zu beraten. Das mag damals in Ordnung gewesen sein, aber inzwischen sind 50 Jahre vergangen, und ich habe schon vor vier Jahren bemängelt, dass die Patientenvertreter, die Naturheilpraktiker und auch die Psychotherapeuten fehlen. Das wurde damals allgemein anerkannt, aber es hat sich nichts getan. Der Rat war fast nie beschlussfähig. So waren im vergangenen September von den 15 dazugehörenden Abgeordneten nur noch zwei vertreten, nämlich Herr Kobler und ich. Und da war er wieder nicht beschlussfähig. Ich empfand ihn dann doch als überflüssig und habe meiner Fraktion vorgeschlagen, die Abschaffung zu beantragen. Das hat dann allerdings eine ziemliche Panik ausgelöst, wie ich gehört habe, aber es hat immerhin dazu geführt, dass endlich Gespräche stattfanden. Ich bin wirklich glücklich, sagen zu können, dass alle Forderungen der GRÜNEN in diesem Gesetzentwurf nun enthalten sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke an die Patientenvertretungen, die Mitglied werden, an die Naturheilkundler, an die Heilpraktiker. Ich hoffe, dass wir in dieser Zusammensetzung nun endlich zu vernünftigen Diskussionen kommen.

Statt der 15 werden es in Zukunft nur noch zehn Abgeordnete sein; das genügt sicherlich auch, wenn wirklich alle zehn anwesend sind und nicht nur zwei, wie ich es eben dargestellt habe. Dann können wir sicherlich alle eine gute Arbeit vollbringen.

Immerhin war dieser Antrag auf Auflösung nötig, um etwas in Bewegung zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gibt auch jeder zu. Sogar der Präsident des Landesgesundheitsrates, Prof. Hahn, sagte, gut dass Sie das gemacht haben; jetzt kommt endlich Bewegung in die Sache.

Ich hoffe also sehr, dass wir eine fraktionsübergreifende Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf erreichen. Ich freue mich auf weitere fraktionsübergreifende Diskussionen und hoffe, dass Sie unsere Anträge in Zukunft öfter für gut befinden und dann auch annehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Bestellung von Mitgliedern für den Stiftungsrat der Sudetendeutschen Stiftung

Der Vorsitzende des Stiftungsvorstandes, Herr Dr. Hartmut Singbartl, hat mitgeteilt, dass die fünfjährige Amtsperiode des Stiftungsrats der Sudetendeutschen Stiftung mit Ablauf des 26. Juni 2007 endet.

In den neu zu bestellenden Stiftungsrat entsendet der Landtag gemäß Artikel 8 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Errichtung der Sudetendeutschen Stiftung wiederum fünf Mitglieder, die nicht dem Landtag angehören müssen. Nach d'Hondt hat die Fraktion der CSU das Vorschlagsrecht für vier Mitglieder, die SPD-Fraktion für ein Mitglied. Vonseiten der CSU-Fraktion wurden als Mitglieder vorgeschlagen: Frau Christa Matschl, Herr Reinhard Pachner, Herr Prof. Dr. Gerhard Waschler und Herr Josef Zellmeier.

Die SPD-Fraktion hat Frau Christa Naaß als Mitglied vorgeschlagen. Gibt es dazu den Wunsch nach einer Aussprache? – Das ist nicht der Fall. Über die zu bestellenden Mitglieder können wir gemeinsam abstimmen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer mit der Bestellung der vorgeschlagenen Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Stiftungsrats der Sudetendeutschen Stiftung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Enthaltung seitens des BÜNDNISSES 90/

DIE GRÜNEN, ansonsten mit den Stimmen der beiden anderen Fraktionen so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Susann Biedefeld u. a. u. Fraktion (SPD)
Einbeziehung des Bayerischen Tierschutzbundes in die Steuerungsgruppe Wildtiermanagement/Große Beutegreifer (Drs. 15/7237)**

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Managementpläne für Wildtiere (Drs. 15/5714)**

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Abschuss von Braunbär Bruno im vergangenen Sommer hat sich die CSU-Staatsregierung und insbesondere Herr Staatsminister Schnappauf bis auf die Knochen blamiert.

(Beifall bei der SPD)

Erst war der Bär willkommen. Selbst Minister Schnappauf war einer der ersten, der den Bären in Bayern willkommen hieß. Dann wurde Bruno zum Problembären, und dann war der Bär tot. Bruno tot!

(Zurufe von der CSU: Oh, oh, ah!)

Das alles hätte möglicherweise verhindert werden können, auch die Blamage eines Umweltministers Dr. Werner Schnappauf. Es hätte verhindert werden können. Bruno könnte eventuell noch leben, wenn wir im Sommer vergangenen Jahres in Bayern ein funktionierendes Wildtiermanagement gehabt hätten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Aber dem war nicht so und dem ist auch nicht so bzw. sind wir jetzt in Ansätzen ein Stück weiter, weil laut Ankündigung bereits in dieser Woche die erste Phase eines erarbeiteten Konzepts, nämlich ein spezielles Wildtiermanagement für den Bären, jetzt vorliegt und veröffentlicht werden soll. Aber auch daran ist sicherlich noch viel Arbeit zu leisten. Dem war allerdings nicht so im Sommer des vergangenen Jahres. Wir haben schon damals, nicht erst nach dem Abschuss von Bruno, sondern bereits im Vorfeld, aber erst recht nach diesem Fiasko aufgrund des Verhaltens der CSU-Staatsregierung und des Umweltministeriums erneut beantragt, diese Wildtiermanagementpläne auf den Weg zu bringen.

Jetzt haben wir die Situation, dass tatsächlich nach diesem Fiasko das zuständige Umweltministerium endlich in die Gänge gekommen ist und den vielen Ankündigungen und Versprechungen endlich Taten folgten und folgen. Das ist auch gut so; denn es ist längst überfällig und längst von der Opposition eingefordert. Das ist gut so.

Aber es gibt einen Punkt, den wir für untragbar halten, und darauf zielt unser Antrag ab. Wir wollen den größten bayerischen Tierschutzverband, den Landesverband des Deutschen Tierschutzbundes, in dieser Steuerungsgruppe haben, was die Erarbeitung der Wildtiermanagementpläne betrifft.

Es gibt eine Steuerungsgruppe, die das grundsätzliche Vorgehen, die Grundsätze des Managements und die Grundkonzepte abstimmt. Die Steuerungsgruppe gibt also die Eckpunkte vor. Diese Vorarbeiten werden dann in Arbeitsgruppen vertieft. Wir sind nach wie vor nicht damit einverstanden und halten es für untragbar, dass der Tierschutzbund, der Landesverband, nicht dabei ist. Es sind vier Verbände in dieser Steuerungsgruppe: der Bayerische Bauernverband, der Landesbund für Vogelschutz, der Bund Naturschutz und der Bayerische Landesjagdverband.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Gibt's ja nicht!)

Wir sagen, bei Wildtiermanagementplänen geht es um Tiere, hier müssen tierschutzrechtliche Aspekte berücksichtigt werden. Wir wollen nicht nur auf der einen Seite den Jagdverband, Kollege Vocke, sondern auch den Tierschutzbund, die Tierschützerinnen und Tierschützer, mit ihrem Sachverstand in der Steuerungsgruppe vertreten haben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

nicht nur partiell in den späteren Arbeitsgruppen, partiell, wenn es der Steuerungsgruppe passt, den Sachverstand einzuholen, sondern wir wollen den Tierschutzbund von vornherein in der Steuerungsgruppe dabei haben. Das eine schließt das andere nicht aus. Genauso wie der Jagdverband oder der Bayerische Bauernverband in den nachgelagerten Arbeitsgruppen mitarbeiten, möchten wir, dass der Tierschutzverband in der Steuerungsgruppe

sitzt und seinen Sachverstand dort und in diesen Arbeitsgruppen einbringen kann.

Wir bedauern es sehr, dass wohl der Anlass dafür, den Tierschutz auszugrenzen, die Kritik des Tierschutzbundes an dem Verfahren ist, wie es mit Bruno abgelaufen ist. Es kann nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass diejenigen, die Kritik üben, die als Tierschutzbund die Anliegen und das Wohl von Tieren verfolgen und dann Kritik am Abschluss von Bruno üben, wenn das der CSU-Staatsregierung nicht passt – der Kollege Kaul hat das in der Ausschusssitzung bestätigt, nachzulesen im Protokoll vom 11. Februar 2007 –,

(Zuruf des Abgeordneten Henning Kaul (CSU))

nur weil Kritik geübt worden ist, ausgegrenzt werden. Es kann nicht sein, dass eine große Gruppe nur deswegen, weil sie Kritik übt und etwas nicht abnickt, gänzlich ausgegrenzt wird. Einen Verband mit 115 000 Mitgliedern in Bayern, mit 111 Vereinen und Verbänden unter diesem Dach grenzt man gänzlich aus. Ich frage mich nur: Wie wollen Sie da Akzeptanz erhalten?

Eigentlich wäre es richtig, gerade Kritiker einzubeziehen, damit mehr Akzeptanz zu erreichen und sie dazu zu veranlassen, die weiteren Phasen vorzubereiten, was zum Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit betrifft. Auch hier hat ein Bayerischer Tierschutzbund viele Möglichkeiten. Sie grenzen diese aus. Damit sind wir nicht einverstanden.

(Glocke des Präsidenten)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Das war die Zeitglocke.

Susann Biedefeld (SPD): Mit dem Bärenmanagementplan ist die Arbeit nicht beendet, sondern wir wollen nach wie vor die Einbeziehung des Bayerischen Tierschutzbundes in diese Arbeit und in die Pläne.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon toll: Wir haben heute zwei Anträge zum Wildtiermanagement auf der Tagesordnung, und wenn man in den Ticker schaut, dann sieht man – Sperrfrist 18.30 Uhr –: Bernhard: Managementplan Braunbären in Bayern steht – Ausgleichsfonds regelt Schäden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Zufall!)

Fantastisch! So ein Zufall! Wäre es nicht angemessen gewesen, Herr Bernhard, uns vorher für heute, da die Debatte ansteht, den Plan zu geben? Dann hätten wir auch gleich inhaltlich darüber reden können. Stattdessen diese geheimnisvolle Verschlussache, die Verbände haben sie, sie haben auch reagiert. Manche Journalisten haben sie.

Es wäre wohl doch angemessen gewesen, das Parlament rechtzeitig zu informieren, damit wir heute sachbezogen auch gleich ein paar Dinge hätten feststellen können.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ganz toll ist, dass der Kollege Max Strehle am 13. April mit einer wunderschönen Bezeichnung zitiert wird. Er bezeichnet den 40-Seiten-Plan als „Schwachsinn“ und „bürokratisches Monster“. Der übertriebene Aktionismus sei bezeichnend für das Umweltministerium, das vor allem in der Spitze völlig überfordert sei.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Strehle: „Schnappauf hat das Haus nicht im Griff.“

Da muss ich schon sagen, hier gehören ordentliche Strukturen her: Sie informieren die Fraktionen, sie legen den Plan rechtzeitig vor und benützen nicht eine Pseudotaktik, um Ihren Managementplan an die Öffentlichkeit zu jubeln, indem Sie eine Pressemitteilung herausgeben: Sperrfrist heute 18.30 Uhr. Da muss ich sagen, das ist eigentlich Ihres Hauses nicht würdig – möchte man meinen.

Unser Antrag, diesen Managementplan vorzulegen, datiert vom 20. Juni 2006. Wir haben die Forderung aufgestellt, bevor der Bär Bruno erschossen wurde. Sie haben jetzt ein Dreivierteljahr gebraucht, um einen Managementplan für den Bären vorzustellen. Gut so, dass er endlich da ist. Aber wir brauchen darüber hinaus auch Managementpläne für alle Beutegreifer: Wolf und Luchs, und wir brauchen weitere für Fischotter, Biber oder Elch.

(Eberhard Sinner (CSU): Für den Knut auch!)

Ich möchte heute gerne wissen, wie sich dieser Zeitplan gestaltet, bis wann wir davon ausgehen können, dass etwas vorliegt.

Wir haben beispielsweise 2005 bereits gefordert, dass ein Managementplan für den Wolf kommt, gerade für den Bayerischen Wald, das brauchen wir – Schutz des Wolfes im Bayerischen Wald, Drucksache 15/2817. Es ist an der Zeit, dass wir vernünftige Pläne haben.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Es gibt Managementpläne in Österreich und in der Schweiz. Sie müssen eigentlich nur darauf zurückgreifen.

Einen zweiten Punkt möchte ich noch kurz ansprechen. Ich denke, wir haben hoffentlich morgen den Managementplan offiziell in der Hand, wenn schon nicht um 18.30 Uhr – vielleicht kriegen wir ihn dann nachträglich zum Osterhasen von Ihnen, wie auch immer. Der zweite Punkt ist wirklich ebenso lächerlich. Es geht um den SPD-Antrag auf Beteiligung der Tierschutzverbände in der Steuerungsgruppe, eine völlig richtige Forderung, die wir unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie haben sich herausgezogen und haben gesagt: Na ja, den Tierschutz tun wir dann in die Arbeitsgruppen. Wenn wir ihn wollen, dann fragen wir ihn gelegentlich. Sonst stört er uns nur in der Steuerungsgruppe. Aber wenn Sie diesen Managementplan mit wenigen Konflikten – konfliktfrei wird er nie sein – umsetzen wollen, dann müssen Sie die Tierschutzverbände in die Steuerungsgruppe hineinnehmen, sonst hat es keinen Sinn.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Gelegentlich mal in der Arbeitsgruppe, das ist Unsinn.

Aber jetzt kommt das Allertollste. Wir haben unseren Antrag „Managementpläne für Wildtiere“ am 25. Januar im Umweltausschuss diskutiert. Da hat Herr Himmighoffen ganz klar gesagt: Die Tierschutzverbände kommen ihm nicht in die Steuerungsgruppe, aber in die Arbeitsgruppe. Was haben wir dann? Gut eine Woche später, nachdem der Antrag der SPD kam, dass Tierschutzvertreter in die Steuerungsgruppe sollen, kommt ein Antrag der CSU. Siehe da, welche Neuigkeit wird verkündet? Man bittet das Staatsministerium, die Tierschutzvertreter in die Arbeitsgruppe zu nehmen.

(Susann Biedefeld (SPD): Schaufensterantrag!)

So viel ist das Wort eines Ihrer hohen Beamten im Umweltausschuss wert. Wenn er sagt, die kommen in die Arbeitsgruppe, dann macht fast zwei Wochen später die CSU noch einmal einen eigenen Antrag.

(Susann Biedefeld (SPD): Schade ums Papier!)

Über den werden wir demnächst diskutieren. Den Tierschutz beim Wildtiermanagement einbinden, da muss ich sagen: Wie viel ist Ihnen das Wort Ihrer Vertreter des Umweltministeriums im Umweltausschuss wert?

(Dr. Marcel Huber (CSU): Jetzt sind wir einmal Ihrer Meinung, dann ist es auch wieder nicht recht!)

– Herr Huber, dieser Antrag ist das Papier nicht wert, auf dem er steht. Es sind leider ein paar Bäume zu viel gefällt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Meine Zeit ist leider um. Ich freue mich auf den Zeitplan: Wann werden alle anderen Wildtiermanagementpläne, die wir in unserem Antrag heute fordern, vorgestellt? Wann erhalten wir sie? Wann kriegen wir den Bärenmanagementplan? – Ich bin gespannt. Die Frist läuft bis 18.30 Uhr. Vielleicht kriegen wir ihn dann. Geben Sie uns die Antwort und ändern Sie bitte Ihre Meinung, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, und binden Sie die Tierschutzverbände angemessen ein. Dann haben wir

die Chance, im Wildtiermanagement künftig relativ reibungslos zu arbeiten. Leicht wird es nicht sein.

Ein kurzes letztes Wort – ich weiß, meine Redezeit ist zu Ende –: Sagen Sie bitte auch, Herr Bernhard, wer die Trägerschaft für den Entschädigungsfonds übernehmen wird.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die GRÜNEN!)

Das, was im Umweltausschuss gesagt wurde, der Jagdverband, halte ich nicht unbedingt für das Beste.

Also: Wer wird die Trägerschaft für den Entschädigungsfonds übernehmen, der jetzt zu 85 % aus dem Naturschutzfonds bezahlt werden soll und zu je 5 % von den Naturschutzverbänden sowie der Jägerschaft?

(Thomas Kreuzer (CSU): Die GRÜNEN könnten sich beteiligen!)

– Wir reißen uns nicht darum; wir haben kompetente Umweltverbände.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin Paulig, Sie sollten nicht zweimal den Präsidenten mit dem Hinweis antäuschen, dass die Redezeit zu Ende ist, um dann eine Minute zu überziehen. Ich sage das nur für künftige Täuschungsversuche.

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Huber.

Dr. Marcel Huber (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es richtig schön, in einem Land leben zu dürfen, in dem Lebensraum für so viele Wildtiere ist, neuerdings vielleicht sogar für große Beutegreifer. Ich finde es auch schön, dass es heutzutage so viele Menschen gibt, die sich freuen, wenn Luchs, Bär, Wolf und Co. zu uns zurückkommen.

Aber – damit geht es jetzt los – neue Nachbarn haben manchmal Probleme miteinander. Das ist im letzten Jahr leider leidvoll erlebt worden. Ein normales Verhalten, ein artgerechtes gegenseitiges aufeinander Zugehen und miteinander Umgehen ist nicht selbstverständlich. Der Mensch hat keine Erfahrungen mehr im Umgang mit solchen Tieren und ein eingewandertes Tier hat möglicherweise in einem dicht besiedelten Raum wie Deutschland keine Erfahrung. Das heißt, wir stimmen darin überein: Ein geeignetes, vorbereitetes und wohldurchdachtes Handeln ist notwendig. Das war der Hintergrund des GRÜNEN-Antrags, der in diese Richtung geht.

Die Staatsregierung ist aber längst tätig geworden. Wir haben bereits seit Ende des letzten Jahres die Steuerungsgruppe und die Arbeitsgruppe eingerichtet. Wir erwarten mit Spannung heute in den nächsten Minuten das Eintreffen des Braunbär-Management-Plans Teil 1. Das

heißt, die Dinge sind auf dem Weg und die Staatsregierung hat in Ihrem Sinne gehandelt. Wenn wir eine Petition vor uns hätten, würde ich sagen: § 80 Nummer 4, positiv erledigt. Der Antrag ist hinfällig.

(Susann Biedefeld (SPD): Das ist lange nicht erledigt, und das wissen Sie auch!)

– Man kann nicht alles gleichzeitig machen. Man kann nicht 100 Mann gleichzeitig daransetzen. Sie wissen auch, dass die Dringlichkeit in Bezug auf alle Tiere, um die es hier geht, nicht gleich groß ist. Man hat mit dem Bären angefangen und arbeitet die Erfordernisse stringent ab.

Zum SPD-Antrag: Auch hierin gibt es eine große prinzipielle Übereinstimmung. Das Wildtier-Management hat einen bedeutenden Tierschutzaspekt. Es ist leider ab und zu notwendig, zum Schutze der Menschen, ein Tier aus der Natur zu entnehmen. Dann kommt die Tierschutzbetrachtung: Was macht man, wenn man das Tier fängt? Soll man es tatsächlich, obwohl so ein Bär Hunderte von Kilometern zu wandern gewohnt ist, in einen Zoo stecken? – Das ist für einen Bären wie ein Knast. Die Alternative, ein Tier über Tausende von Kilometern zu transportieren, ist bereits für ein landwirtschaftliches Nutztier eine Belastung und für ein Wildtier wie einen Bären eine Katastrophe. Solche Reisen muss man sich gut überlegen. Ob dann die Tötung die bessere Lösung ist, ist ein Tierschutzaspekt, den es abzuwägen gilt.

Ein anderer Tierschutzaspekt: Ich habe mich letztes Jahr etwas gewundert, wie Bären-Tierschützer über Sachschäden in der Landwirtschaft gesprochen haben. Gemeint haben sie über 30 Schafe mit aufgerissenen Bäuchen und durchgebissenen Kehlen, die jämmerlich auf der Weide verendet sind. Auch das ist ein Tierschutzaspekt. Das ist der Grund, warum die CSU ebenso wie Sie der Meinung ist, dass sich Tierschutzverbände an der Erstellung von Management-Plänen beteiligen sollten. Das ist sinnvoll und meines Erachtens auch notwendig.

Sie haben bei dem, was Sie gerade vorgetragen haben, nirgends davon gesprochen, dass wir bei dem mit Spannung erwarteten Management-Plan den Deutschen Tierschutzbund bereits in die Mitarbeit eingebunden hatten.

(Susann Biedefeld (SPD): In der Arbeitsgruppe!)

– Genau dort, wo die Arbeit gemacht wird, genau dort, wo die Tierschutzaspekte Einfluss finden, nämlich bei der Festschreibung des Vorgehens.

Wir haben in Bayern sogar noch mehr. Wir haben nicht nur die Beteiligung einer Tierschutzorganisation, sondern wir haben auch die Beteiligung des Tierschutzbeirates. Man geht in Bayern weit über das hinaus, was zum Beispiel in Österreich, der Schweiz oder gar Rumänien der Fall ist.

(Susann Biedefeld (SPD): Wer gibt denn die Eckpunkte vor?)

Wir haben in Bayern eine Situation, die besser als in anderen europäischen Ländern ist.

Frau Biedefeld, trotz aller Übereinstimmung: Es geht nicht um Ausgrenzung, sondern Sie halten den Dissens darüber, wo die Einrichtung, für die Sie stehen, in die Organisation und die Erstellung der Management-Pläne eingebunden werden soll, weiter aufrecht. Ich sage Ihnen – das Thema ist ausreichend diskutiert –: Ich bin der Meinung, der beste Ort, die Fachkenntnis in die Formulierung und Festschreibung von Management-Plänen einzubringen ist die Ebene der Arbeitsgruppe.

(Susann Biedefeld (SPD): Wir sagen Steuerungs- und Arbeitsgruppe!)

Ich halte diese Aufgabenverteilung für eine sachgerechte und effiziente Positionierung. Aus diesem Grund werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Aussprache ist damit geschlossen. – Entschuldigung, der Herr Staatssekretär hat um das Wort gebeten. Ich hatte schon den Blick auf die Uhr gerichtet. Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich will auf ein paar Punkte eingehen, die angesprochen worden sind. Zunächst einmal, Frau Kollegin Biedefeld: Die Verhinderung des Todes von Bruno, wie Sie es behaupten, ist eine Legende, denn im Fall Bruno ist von allen Bärenexperten die Sach- und Sicherheitslage im Einzelnen geprüft worden. Das würde heute ganz genauso ablaufen. Die Empfehlung war, Bruno zu entfernen. Insofern ist falsch, was Sie behaupten.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Biedefeld?

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Ja – fünf Minuten? Also bitte.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Staatssekretär, sind Sie bereit einzuräumen, dass damals im Fall Bruno der Tierschutzbund außen vor gelassen wurde und der Vorschlag, Fachleute einzubinden und einen fünfstelligen Betrag zur Verfügung zu stellen, um den Bären einzufangen und Maßnahmen auf den Weg zu bringen, der vonseiten des Tierschutzbundes vorgetragen worden ist, abgelehnt wurde und damit auch die Arbeits- und Sachkompetenz ausgegrenzt wurde?

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Wir haben uns damals auf den breiten Sachverstand derjenigen gestützt, die mit Bären zu tun hatten. Diese haben uns beraten und geraten, wie wir vorgehen sollten. Wir haben jetzt ein Management. Frau Kollegin Paulig, es ist toll, dass es ein Management gibt, und Sie

sollten damit auch zufrieden sein. Ich dachte, ich hätte Ihnen heute eine vernünftige Abendlektüre zugänglich gemacht, aber Sie sind nicht mit mir zufrieden; das tut mir sehr leid.

(Susann Biedefeld (SPD): Wo ist denn die Abendlektüre?)

Jetzt ganz kurz: Der Tierschutzbund arbeitet mit. Die Hauptarbeit wird in der Arbeitsgruppe gemacht. Dabei hat der Tierschutzbund pragmatisch und vernünftig mitgearbeitet. Die strukturelle Diskussion, ob die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe oder in der Steuerungsgruppe erfolgt, ist völlig unnötig. Wir werden auch – ich habe noch 2 Minuten, 42 Sekunden – den Tierschutzbund bei künftigen Entscheidungen beteiligen. Das ist völlig pragmatisch, und darin sehen wir überhaupt kein Problem.

(Susann Biedefeld (SPD): Wenn es Ihnen genehm ist!)

Der Management-Plan hat einige Zeit gebraucht. Wir haben im Übrigen auch bevor der Bär Bruno zu uns kam, über diese Dinge diskutiert. Es hat internationale Abstimmungen gegeben. Es wird auch eine Abstimmung mit den Interessengruppen geben. In den langen Diskussionen bis zur Fertigstellung hat sich gezeigt: Es ist ein gutes Konzept, das auch international kompatibel ist. Dieser Aspekt ist wichtig, denn wenn ein Bär kommt, kommt er vermutlich aus dem Süden. Dann brauchen wir die Österreicher und Italiener, und dann bedarf es einer vernünftigen Information, um in Zukunft beurteilen zu können, um welchen Bären es sich handelt, damit er in unser Bärenkonzept eingerastet werden kann.

Frau Kollegin Paulig, wir sind stufenweise vorgegangen, indem wir uns zunächst auf den Braunbären konzentriert haben. In diesem Jahr werden der Wolf und der Luchs bearbeitet. Das ist vorgesehen. Im Juni wird es eine erste Sitzung dazu geben. Es gibt dabei keine großen Vorbilder aus dem Ausland; das Konzept müssen wir selbst entwickeln. Wir gehen also stufenweise vor, weil die Tiere, die wir zu beurteilen haben und mit denen wir umzugehen haben, unterschiedliche Anforderungen stellen und unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen. Es ist sinnvoll, dass wir jetzt dieses Thema behandelt haben und gerüstet sind, wenn ein Bär zu uns kommt.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Jetzt ist es 18.30 Uhr!)

Zur Trägerschaft eines Wildtierfonds: Eine gemeinsame Träbergemeinschaft von Jagdverband, Bund Naturschutz und Bund für Vogelschutz ist vorgesehen. Der Bayerische Naturschutzfonds finanziert 85 % – das haben Sie schon erwähnt –, also den Löwenanteil, sodass wir auch für das Thema Entschädigung eine vernünftige Regelung haben. Hinzu kommt das Monitoring, das wir jetzt aufbauen wollen und müssen. Ich glaube, wir haben jetzt ein gutes Konzept. Ich denke, dass auch Sie das bei der Lektüre befriedigt zur Kenntnis nehmen werden. Wir arbeiten weiter an diesen Dingen; die Diskussion ist auch nicht zu Ende. Wenn man feststellt, wir sollen das eine oder andere verbessern oder anders machen, dann tun

wir das. – Jetzt habe ich keine Sekunde Redezeit mehr. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CSU – Ruth Paulig (GRÜNE): Wann kriegen wir den Plan?)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Jetzt liegen mir tatsächlich keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, wozu ich die Anträge wieder trenne. Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 15/7237 abstimmen. Das ist Tagesordnungspunkt 8. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt auf Drucksache 15/7739 die Ablehnung. Wer dagegen dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der CSU-Fraktion abgelehnt.

Nun lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/5714 abstimmen. Das ist Tagesordnungspunkt 9. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt auf Drucksache 15/7725, auch diesen Antrag abzulehnen. Wer dagegen dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann haben wir dasselbe Stimmergebnis wie eben. Auch dieser Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt. Damit sind die Tagesordnungspunkte 8 und 9 erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum weiteren Ablauf: Der Tagesordnungspunkt 10 ist im Einvernehmen aller Fraktionen abgesetzt. Das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zum Tempolimit auf Autobahnen. Ich darf mich dafür, dass der Antrag abgesetzt wird, auch persönlich bedanken – natürlich deshalb, damit wir mit den beiden anderen Anträgen noch fertig werden.

Ich rufe daher Tagesordnungspunkt 11 auf. Ich bitte, die Redezeiten einzuhalten, damit wir die beiden nächsten Tagesordnungspunkte noch schaffen.

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN) Klimaschutz: Nachtflugverbot (Drs. 15/7250)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Magerl. Fünf Minuten.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, gestatten Sie mir eine Bemerkung: Dem Antrag auf Tempo 120 werden Sie nicht entgegen; er kommt das nächste Mal.

(Beifall bei den GRÜNEN – Eberhard Sinner (CSU): Für einen Porsche-Fahrer ist das kein Problem!)

Zum allgemeinen Verständnis darf ich vorweg bemerken: Der vorliegende Dringlichkeitsantrag ist Bestandteil eines Bündels von Anträgen, das wir zum Thema Klimaschutz eingereicht haben. Wie es oft so geht, zerfleddern die Bündel im Lauf der Beratung etwas. Die Anträge kommen dann einzeln ins Plenum. Wir sagen also nicht, dass wir mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag allein das Klima retten wollen, sondern er gehört zu einem großen Bündel von Anträgen. Uns ist bewusst, dass es keine Maßnahme gibt, mit der allein man das Klima retten kann, sondern es wird eine Vielzahl von Maßnahmen erfordern und man wird auf einer Vielzahl von Ebenen ansetzen müssen, um den Klimawandel noch abmildern zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Herbert Ettengruber (CSU))

– Herr Kollege, wenn Sie so argumentieren „Damit richten wir überhaupt nix aus!“, dann können Sie doch gleich heimgehen. Aber das entspricht nicht meiner Auffassung von Parlamentarismus, dass wir hier nichts ausrichten. Ich bin hier, weil ich glaube, dass wir hier noch etwas richten können. Ich werde mich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln im Plenum dafür einsetzen, den Klimawandel abzumildern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Herbert Ettengruber (CSU): Bei diesem Antrag können wir aber wirklich heimgehen!)

Hintergrund des Antrags ist eine neue wissenschaftliche Erkenntnis. Sie wurde erhärtet durch Messungen, die am 11. September, also bei den Flugverboten nach den Attentaten in New York, durchgeführt wurden. Man hat den Einfluss speziell des Wasserdampfs, aber auch anderer Schadstoffe gemessen, die aus dem Luftverkehr in die Atmosphäre emittiert werden. Hintergrund sind auch Untersuchungen aus dem Vereinigten Königreich, aus Großbritannien, aus denen klar hervorgeht, dass Nachtflug wesentlich klimarelevanter ist als Tagflug. Denn in der Nacht halten die Kondensstreifen die Infrarotstrahlung außerordentlich effizient zurück. Damit tragen sie zu einer deutlichen Erderwärmung bei. Die Kondensstreifen sind die Wolken, die wir alle tagtäglich, wenn so klares Wetter ist, beobachten können, die aus den Turbinen der Flugzeuge emittiert werden. Die Untersuchungen haben gezeigt, dass der Nachtflug nur 25 % des Flugaufkommens ausmacht, aber über 60 % der Kondensstreifen produziert. Das ist ein guter Grund zu sagen, die Nachtflüge sollten deutlich eingeschränkt werden, zumindest in der Zeit von 22 bis 6 Uhr. Dafür sprechen nicht nur Gründe des Klimaschutzes, sondern auch die Gründe des Lärmschutzes für Anwohnerinnen und Anwohner der Flughäfen. Wir haben diese Forderung immer wieder eingebracht und werden sie immer wieder einbringen, bis wir sie durchgesetzt haben. – Ich bitte also um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pschierer.

Franz Josef Pschierer (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Lieber Kollege Christian Magerl, diese Anträge können kommen, so oft sie wollen; sie werden dann entsprechend von uns behandelt und abgelehnt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wollen Sie das Klima nicht retten?)

Ich bitte, sauber zu differenzieren, was die Begrifflichkeiten angeht: Nachtflugverbot sollte nicht mit Nachtflugbeschränkungen verwechselt werden. Ich bitte auch, diese beiden Themen nicht alleine im Zusammenhang mit dem Klimaschutz zur Debatte zu stellen. An den beiden Flughäfen München und Nürnberg reden wir nur über Nachtflugbeschränkungen. Dazu ist bereits Recht gesprochen. Kollege Magerl weiß, dass es hier bereits Gerichtsverfahren gegeben hat. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat noch im Herbst letzten Jahres die geltenden Nachtflugbeschränkungen bestätigt. Konsens war auch – das war immer klar –,

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Konsens ist es eben nicht!)

dass mit den Nachtflugbeschränkungen nach geltendem Recht nicht Klimaschutz betrieben werden kann, so hehr die Motive des Klimaschutzes auch sein mögen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Irgendwo muss man doch anfangen!)

Nachtflugbeschränkungen dienen einzig und allein dem individuellen Schutz der Anrainer vor Lärmbelästigung. Das ist geltendes Recht, meine Damen und Herren. Deshalb bitte ich, die Dinge sauber auseinanderzuhalten. Wir haben an beiden Flughäfen ausführlich über die Nachtflugbeschränkungen diskutiert. Wir haben in München sogar eine sehr differenzierte Regelung gefunden. Nach dieser Regelung gibt es von 0 bis 5 Uhr quasi ein Nachtflugverbot. Zwischen 22 und 23.30 Uhr und von 5 bis 6 Uhr sind Starts und Landungen nur erlaubt, wenn es sich um lärmarmes Fluggerät handelt. Das ist Konsens und von der Rechtsprechung auch so abgesegnet.

Ich möchte auch sagen, was mich am Antrag stört: Kollege Magerl, das ist die Rigorosität des Antrags, mit der ein generelles Nachtflugverbot gefordert wird. Wenn wir diese Forderung umsetzen würden, wäre das ein Wettbewerbsnachteil sowohl nationaler wie auch internationaler Art für die beiden Flughäfen in München und Nürnberg. Deshalb bleiben wir dabei: Dieser Antrag wird abgelehnt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion hat diesen Antrag im Ausschuss abgelehnt. Wir werden ihn auch heute ablehnen. Wir nennen Ihnen gerne die Gründe hier im Plenum noch einmal, Kollege Magerl, obwohl wir ja auch

im Ausschuss nebeneinander sitzen und Sie das Protokoll gelesen haben, wie auch Kollege Pschierer. Den Begriff der Rigorosität haben Sie jetzt so schön zitiert; aber das sei Ihnen gestattet.

Herr Kollege Magerl, Sie führen uns ein in die Welt der Kondensstreifen mit Ihrem Hinweis aus der Zeitschrift „Nature“. Sie sagen allerdings in Ihrem Antrag nicht, wie sich Ihr Vorschlag auswirken würde – und das bräuchte es dann gerade, wenn Sie zu Recht sagen, wir müssen eine Gesamtbetrachtung machen. Wir von der SPD-Fraktion werden das jetzt zum Thema Verkehr tun. Insofern wird das Tempolimit nur ein kleiner Aspekt einer großen Betrachtung sein. Kollege Magerl, Sie sagen uns nicht, wie sich diese Nachtflugregelungen in Bezug auf die dann fehlende Abkühlungswirkung von Kondensstreifen auswirken würden, weil in der Nacht logischerweise keine Sonneneinstrahlung da ist. Denn in der Nacht ist es bekanntlich „kälter als draußen“ und es scheint keine Sonne.

Aus diesem Grund sagt „Nature“, dass der Nachtflug offensichtlich andere Auswirkungen hat. Uns wird überhaupt nicht mitgeteilt, in welchen messbaren Größenordnungen das stattfindet und welchen Beitrag zum Gesamtschadstoffaufkommen das ausmacht. Sie haben heute im Interesse der Menschen, denen zu dienen wir alle, nicht nur die GRÜNEN, bestimmt sind, hinzugefügt, dass es nicht nur um das Klima geht, sondern auch um die Ruheinteressen der Anwohner. Das ist seit der Ausschussberatung neu. Das ist – Kollege Pschierer hat das schon gesagt – der einzige Ansatzpunkt im geltenden Recht für eine Möglichkeit zur Beschränkung.

Jetzt sind wir bei dem Punkt angelangt, den wir im Ausschuss ausführlich diskutiert haben. Es gibt Verkehrsbeschränkungen auf den bayerischen Flughäfen. Natürlich gibt es in der Nacht Verkehrsbeschränkungen. Herr Kollege Pschierer hat das, was Kollege Rotter schon berichtet hat, noch einmal zusammengetragen. Auf dem Flughafen in München ist die Zeit von 0.00 Uhr bis 5.00 Uhr sogar grundsätzlich flugbewegungsfrei. Das kann man sinnvollerweise erreichen: eine grundsätzlich flugbewegungsfreie Zeit.

Sie fordern ein generelles Verbot ohne jede Ausnahme. Eine solche Regelung wirkt im ersten Moment hart und durchsetzungskräftig, ist aber eine schlechte Lösung, weil das Leben eben bunter ist und man Differenzierungen braucht. Deshalb begrüßen wir die jetzt bestehenden differenzierten Regelungen sehr. Einer Anpassung im Einzelfall werden wir uns natürlich nicht verschließen. Herr Kollege Pschierer hat mich zitiert; ich zitiere jetzt ihn sinngemäß: Was Sie verlangen, ist rigoros, ist für die Galerie gedacht, wird dem Problem leider auch nicht gerecht. – Es wird Sie nicht verwundern – das sage ich in aller Verbundenheit und Freundschaft –, dass wir den Antrag auch heute ablehnen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Damit ist die Aussprache ge-

schlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die beiden anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Antrag der Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Reinhold Strobl u. a. (SPD)
Richtlinien für den Schwimmunterricht (Drs. 15/7187)

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Ich bitte darum, sie einzuhalten; dann schaffen wir heute noch unser Pensum. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Naaß.

Christa Naaß (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Im Oktober 2005 verunglückte ein sechsjähriges Kind in einem 1 Meter tiefen Nichtschwimmerbecken in Dinkelsbühl tödlich. Dieser tödliche Schwimmunfall in Dinkelsbühl hat gezeigt, dass eine Lehrkraft eine Gruppe mit fast 30 Kindern im Schwimmunterricht nicht verantwortlich beaufsichtigen kann. Das ist auch dann nicht möglich, wenn die Gruppe in Schwimmer und Nichtschwimmer aufgeteilt wird. Hinzu kommt, dass in den Schwimmbädern häufig kein Bademeister mehr anwesend ist, weil sich die Kommunen zum Teil einen Bademeister gar nicht mehr leisten können. Wenn die Wasserwacht Kurse abhält, dann beträgt die Anzahl der Kinder in der Gruppe maximal 15. Beim Schwimmunterricht an den Schulen hingegen sind zum Teil 30 Kinder in einer Schwimmgruppe, sodass die Lehrkräfte dann gar nicht mehr in der Lage sind, den Schwimmunterricht verantwortungsvoll durchzuführen.

Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion einen Antrag gestellt, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, die derzeitige Gruppengröße bei Abhaltung von Schwimmunterricht auf maximal 15 Kinder, zumindest in Grundschulen, zu reduzieren.

Mittlerweile ist ein zweiter Unfall bekannt geworden. Im Januar 2007 verunglückte in der Volksschule Lochham ebenfalls ein kleiner Bub von sechs Jahren, der die 1. Klasse besuchte. Er war in einer Schwimmgruppe mit 26 Kindern, die von einer Lehrkraft und einer Mutter betreut wurde. Dieser Junge hatte das Glück, dass er nach einer Minute noch rechtzeitig gerettet und wiederbelebt werden konnte. Das Kind in Dinkelsbühl hatte dieses Glück nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen appelliere ich an Sie: Überdenken Sie mit uns gemeinsam die bestehenden Richtlinien für den Schwimmunterricht, die aus dem Jahr 1996 stammen und eine reine Sollvorschrift sind. In diesen Richtlinien wird ausgeführt, dass Nichtschwimmergruppen nicht mehr als 15 Teilnehmer umfassen sollen. In der Praxis schaut es aber anders aus. In Dinkelsbühl bestand die Gruppe aus 26 Kindern, in Lochham bestand die Nichtschwimmergruppe eben-

falls aus 26 Schülern. Die Praxis ist also eine andere. Die Schulen haben ein festes Budget und können sich keine zusätzliche Lehrkraft leisten. Das hat sogar der Schulrat in Ansbach bestätigt. Er sagte wortwörtlich: „Für eine zweite Lehrkraft im Schwimmunterricht haben wir einfach nicht die Stunden in unserem Budget.“ Wir müssen also mehr Geld für mehr Lehrkräfte zur Verfügung stellen. Die Sicherheit der Kinder, Kolleginnen und Kollegen, muss uns etwas wert sein. Es darf nicht zulasten der Sicherheit unserer Kinder gespart werden.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie darum, bei diesem Thema nicht einfach zu lächeln und sich in der Debatte zurückzulehnen, sondern mit uns ernsthaft zu diskutieren und die Staatsregierung aufzufordern, die Richtlinien zu ändern. Das darf keine Sollvorschrift bleiben, sondern wir brauchen eine klare gesetzliche Grundlage, welche die Schulen vor Ort in die Pflicht nimmt. Wenn man aber die Schulen in die Pflicht nimmt, ist der Gesetzgeber dafür verantwortlich, ausreichend Lehrkräfte für solche Aktivitäten zur Verfügung zu stellen.

Auch der Richter am Amtsgericht Dinkelsbühl, der das Verfahren durchführen musste und in seinem Urteil die Lehrkräfte freigesprochen hat, hatte nur ein Kopfschütteln für diese Verwaltungsvorschrift übrig. Jeder, der einen solchen Fall verantwortlich verhandelt und ein Urteil sprechen muss, wird erkennen, dass diese Sollvorschrift nicht ausreicht, um die Sicherheit unserer Kinder zu gewährleisten.

Nachdem uns das Ministerium irrtümlicherweise eine andere Auskunft gegeben hat, haben wir unseren ersten Antrag zurückgezogen. Ich bitte Sie, unserem zweiten Antrag, den wir eingereicht haben, zuzustimmen und die Staatsregierung aufzufordern, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit künftig eine Schwimmgruppe an Grundschulen nicht mehr als 15 Schülerinnen und Schüler umfassen darf.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rüth.

Berthold Rüth (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn für die CSU-Fraktion die Trauer und das Mitgefühl ausdrücken, das wir alle empfinden, als ein Grundschüler beim Schwimmunterricht verunglückte. Immer dann, wenn Unglücke passieren, ist es richtig und notwendig zu hinterfragen, ob die bestehenden Vorschriften und Gesetze ausreichen, um künftig ähnliche Vorfälle zu vermeiden, oder ob das Geschehen hätte verhindert werden können.

Die Durchführung von Schwimmunterricht an bayerischen Schulen regelt eine kultusministerielle Bekanntmachung vom April 1996. Diese schreibt vor, dass für Schwimmer und Nichtschwimmer in einer Schwimmklasse eigene Gruppen einzurichten sind und dass Nicht-

schwimmergruppen nicht mehr als 15 Teilnehmer umfassen sollen. Bei Soll-Regelungen handelt es sich um sogenannte gebundene Ermessensentscheidungen, die sich im Vollzug für den Regelfall zu einer Verpflichtung realisieren. Wenn im Einzelfall die Teilnehmerzahl von 15 überschritten werden muss, ist das ausnahmsweise nur dann möglich, wenn die Sachlage eine Durchführung des Schwimmunterrichts ansonsten ausschließen würde. Eine Regelung für die Gruppengröße, die jegliche Ausnahme ausschließen würde, würde der Schulrealität mit ihrer Notwendigkeit für Praktikabilität und den konkreten Bedingungen vor Ort nicht gerecht werden können.

Eine Verschärfung dieser Regelung dahingehend, dass die absolute Teilnehmerzahl ein Ausschlusskriterium für den Schwimmunterricht darstellen würde, wäre auch nicht sachgerecht im Hinblick darauf, dass der eingangs erwähnte Unglücksfall, der Auslöser des SPD-Antrags war, seine Ursache nicht in der Gruppenstärke hatte.

(Johanna Werner-Muggendorfer(SPD): Sondern?)

– Die Gründe dafür sind den Mitgliedern des Bildungsausschusses bekannt. In der kultusministeriellen Bekanntmachung ist auch festgelegt, dass die Lehrkräfte für den Schwimmunterricht eine spezielle Ausbildung im Schwimmen und Rettungsschwimmen benötigen. Im Unterricht selbst teilt die Lehrkraft die Gruppen für die verschiedenen Aufgabenstellungen ein.

(Christa Naaß (SPD): Wenn man 26 Nichtschwimmer hat!)

Dies bedeutet, dass sich bei größeren Schwimmklassen keineswegs alle Schüler im Wasser befinden. Die Kinder werden außerdem in Schwimmer- und Nichtschwimmergruppen eingeteilt. Die Nichtschwimmergruppen dürfen an der Grundschule nicht mehr als 15 Kinder umfassen. Bei Klassen mit mehr als 30 Kindern gibt es die Möglichkeit, zwei Gruppen zu bilden.

Ich will das einmal an einem Beispiel praktisch erläutern: Wir haben in Bayern bei den Grundschulern eine Klassengröße von rund 23 Kindern. Angenommen, die Klasse 1a umfasst 22 Schüler und die Klasse 1b 24 Schüler. Das sind im Schnitt 23 Schüler. Der Schwimmunterricht findet somit mit 46 Kindern statt. Diese Gruppe wird aufgeteilt in Schwimmer und Nichtschwimmer. Die 15 Nichtschwimmer werden einer Lehrkraft zugeteilt. Die 31 Schwimmer werden zwei Lehrkräften oder einer Lehrkraft und einer nebenberuflichen Lehrkraft mit der entsprechenden Qualifikation zugeteilt.

Wenn wir in diesen Klassen 16 Nichtschwimmer hätten, läge es im Ermessen der Lehrkraft vor Ort, ob und wie sie den Unterricht durchführt. Sie kann zum Beispiel anordnen, dass zehn Kinder im Wasser sind und sechs Kinder draußen stehen und Trockenübungen machen.

(Christa Naaß (SPD): Wer beaufsichtigt die?)

So wird dies in der Praxis gehandhabt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Bekanntmachung des Kultusministeriums aus dem Jahre 1996 ist alles geregelt. Wesentlicher Garant für einen sicheren Schwimmunterricht ist die Qualifikation der Lehrer und Lehrerinnen. Die Praxis zeigt, dass unsere Lehrer den Schwimmunterricht mit großer Sorgfalt durchführen und es keinen Fall gibt, bei dem ein Kind wegen der Gruppengröße verunglückt wäre.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Naaß?

Berthold Rütth (CSU): Nein.

Zudem sind bei den Multiplikatoren-Schulungen in Zusammenarbeit mit den Wasserrettungsverbänden zusätzliche Maßnahmen zur Unfallverhütung im Schwimmunterricht ausgearbeitet worden, die flächendeckend in allen Regierungsbezirken angeboten werden. Diese Maßnahmen konzentrieren sich auf die Prävention von Unfällen. Wir sollten deshalb unser Augenmerk verstärkt auf die Prävention richten und nicht glauben, dass neue Vorschriften ein Mehr an Sicherheit böten. Wir werden den Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Frau Kollegin Naaß gemeldet.

Christa Naaß (SPD): Herr Kollege Rütth, ist Ihnen bekannt, dass die Ermessensentscheidung der Lehrkräfte mittlerweile so aussieht, dass die Lehrkräfte nicht mehr bereit sind, Schwimmunterricht zu erteilen, weil sie sich diese Verantwortung nicht mehr zutrauen?

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Rütth, wollen Sie etwas dazu sagen?

Berthold Rütth (CSU): Frau Kollegin Naaß, mir ist das nicht bekannt. Ich habe mich sehr sorgfältig und intensiv bemüht, mit Leuten aus der Praxis zu sprechen. Es mag jedoch sein, dass es an dem Ort, wo dieses Unglück passiert ist, anders aussieht. Das will ich gerne einräumen. Grundsätzlich kann ich diese Aussage nicht teilen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rütth, Trauer und Mitgefühl im Bayerischen Landtag ausgesprochen – vielleicht haben Sie es auch ernst gemeint –, reichen nicht aus. Sie müssen Ihren Gefühlen Taten folgen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir alle haben Praktiker und Praktikerinnen befragt. Ich denke, Sie können Ihren gesunden Menschenverstand bemühen. Ich empfehle den Selbstversuch: Gehen Sie einmal mit 46 achtjährigen Kindern ins Schwimmbad und stellen Sie sechs Kinder an den Beckenrand, die dann brav und folgsam Trockenübungen machen. Teilen Sie diese Kinder dann noch in Schwimmer und Nichtschwimmer auf. Ich möchte sehen, wie Sie damit zurecht kommen. Vielleicht haben Sie sogar eine Ausbildung. Einem billig, gerecht und logisch denkenden Menschen erschließt sich jedoch, dass es so nicht gehen kann. Mit dem, was Sie hier gesagt haben, und mit dem, was Sie tun, wälzen Sie die Verantwortung auf die Lehrer und Lehrerinnen ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus dieser Verantwortung dürfen jedoch die CSU und das Kultusministerium nicht entlassen werden. Diese Verantwortung haben Sie heute übernommen. Diese Verantwortung können Sie nicht den Lehrern und Lehrerinnen zuschieben, weil diese nämlich dann immer mit einem Bein im Gefängnis stünden. Ich bin froh, dass die Lehrer und Lehrerinnen sagen: Wir machen das unter diesen Umständen nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die SPD-Fraktion hat eine Gruppengröße von maximal 15 Kindern gefordert. Ich gehe sogar noch weiter. Ich halte es sogar mit sieben Kindern für schwierig. Wir müssen alles tun, um die Sicherheit unserer Kinder zu gewährleisten, auch wenn es im Fall von Dinkelsbühl vielleicht kein Problem der Aufsicht gewesen sein sollte. Ich möchte für meine Fraktion noch einmal deutlich machen, dass selbst 15 Kinder zu viel sind. Ich würde mit der Zahl noch weiter heruntergehen.

Frau Kollegin Naaß, ich möchte den beiden Schilderungen noch einen Fall hinzufügen. In Würzburg ist ebenfalls ein Kind ertrunken. Außerdem möchte ich einen Aspekt noch einmal aufgreifen: Sie schicken Lehrer und Lehrerinnen in eine rechtliche Unsicherheit. Sie bleiben mit der Frage zurück, ob die zwei Kinder, die gestorben sind, mit einer kleineren Gruppengröße hätten gerettet werden können. Diese Frage müssen Sie sich selbst beantworten.

Ich möchte es nicht auf mich nehmen, diese Frage verneinen zu müssen. Wir müssen alles tun, damit im Ernstfall diesen Kindern geholfen werden kann. Deshalb stimmen wir diesem Antrag zu. Ich möchte es nicht versäumen, Folgendes zu sagen: Herr Kollege Rütth, was Sie am Ende gebracht haben, empfand ich als hochgradig zynisch. Das wird der Situation nicht gerecht und konterkariert Ihre Eingangsbemerkung, dass Sie Trauer und Mitgefühl hätten. Das habe ich dem Schlussteil Ihrer Ausführungen nicht entnommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung,

Jugend und Sport empfiehlt auf Drucksache 15/7756 die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der CSU-Fraktion abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich bedanken und wünsche Ihnen einen schönen Abend, eine arbeitsreiche Woche und viel Erfolg. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.59 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD
Lkw-Maut-Ausweichverkehr wirksam bekämpfen – Mautflüchtlinge stoppen
Drs. 15/7240, 15/7796 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	ohne
bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Bärbel Narnhammer, Heidi Lück, Ludwig Wörner u.a. SPD
Auskreuzungen aus Versuchs-GVO-Anbau in Grub verhindern
Drs. 15/7371, 15/7752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Georg Eisenreich, Ingrid Heckner u.a. CSU, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Reinhold Strobl u.a. SPD, Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg

u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Die Chance auf den zweiten Bildungsweg nicht kappen: BAföG für Berufsoberschülerinnen und -schüler erhalten
Drs. 15/7374, 15/7871 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Helmut Brunner, Sepp Ranner u.a. CSU
Auslauf der Milchquote
Drs. 15/7466, 15/7744

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

5. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Mögliche Gesundheitsgefährdungen aufgrund baulicher Mängel des Schießstandes der IV. Bereitschaftspolizeiabteilung in Nürnberg
Drs. 15/6826, 15/7780 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 Gescho:

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Herstellung gesundheitlich unbedenklicher Arbeitsbedingungen auf dem Schießstand der IV. Bereitschaftspolizeiabteilung in Nürnberg
Drs. 15/7024, 15/7779 (ENTH) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

